

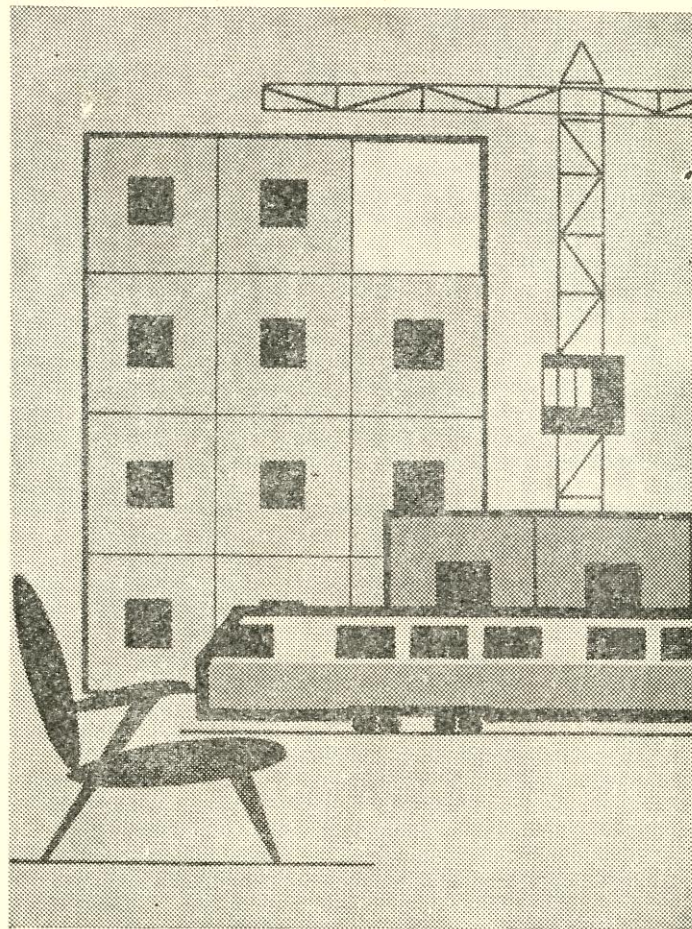
Индекс 70624

STANKOIMPORT

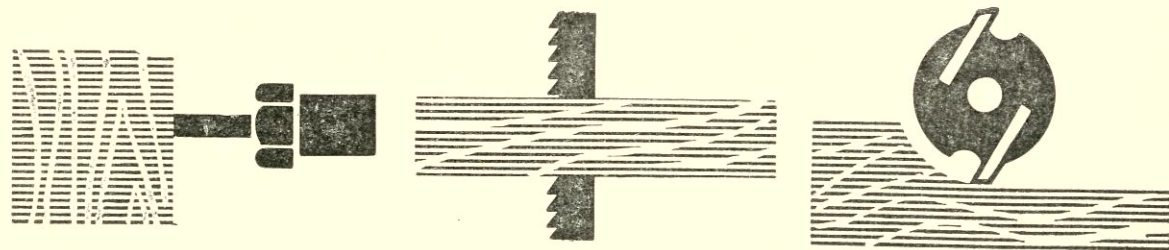
exportiert Universal- und Spezial-
maschinen für Holzverarbeitung
in großer Auswahl.

STANKOIMPORT bürgt für moderne
Konstruktion und hohe Qualität.

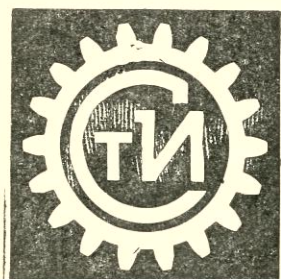
Aus unserem Angebot: Sägegatter,
Bandsägemaschinen, Ausschneide- und
Kreissägen, Drehbänke, Hobel-, Fräs-,
Zapfenschneide-, Bohr-, Stoß-, Schleif-,
Polier-, Parkethobel- und Schärfmaschi-
nen.



На немецком языке



Ausführliche Prospekte durch
STANKOIMPORT, Moskau, UdSSR



STANKOIMPORT

NEUE ZEIT

Die französisch-sowjetische Zusammenarbeit
Prof. Liebermann: Zur Entwicklung
der sowjetischen Wirtschaft

Vom kongolesischen Kupfer
Neue Dokumente zur Oktoberrevolution
N. Kurdjumow: Amerikanische Provinzeindrücke

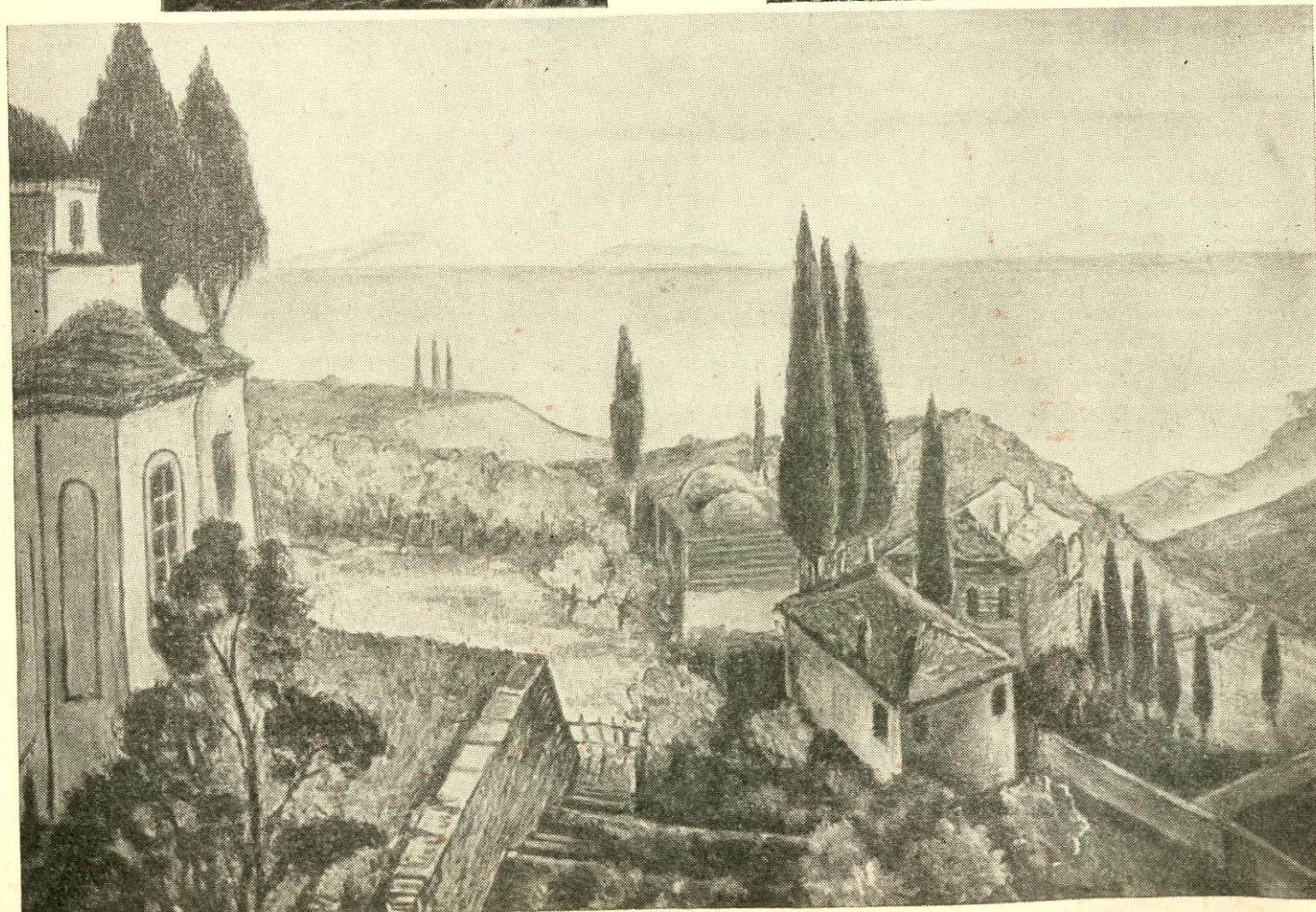
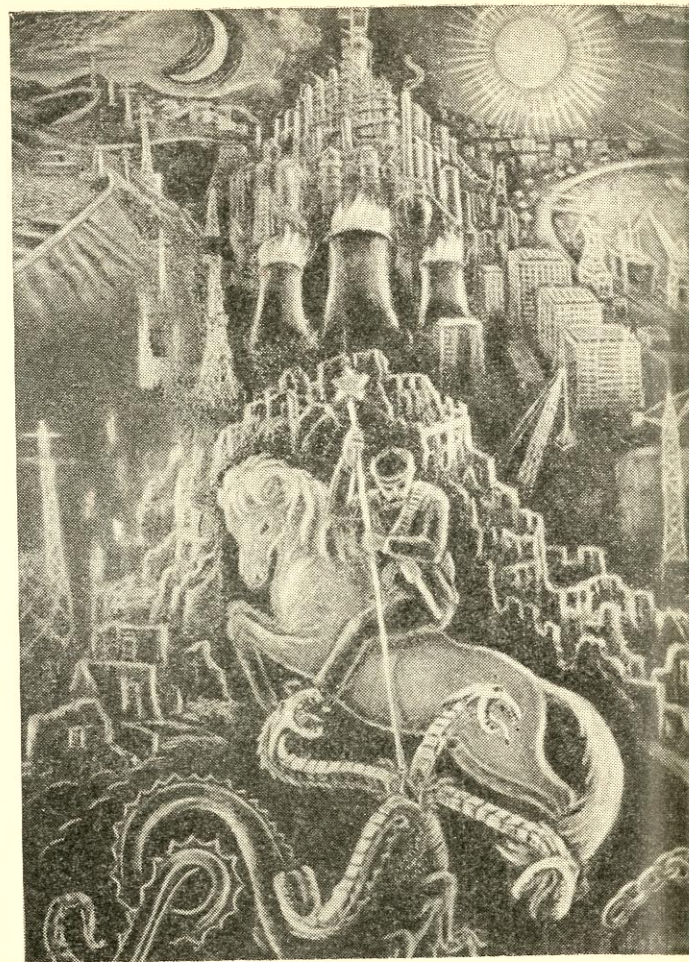
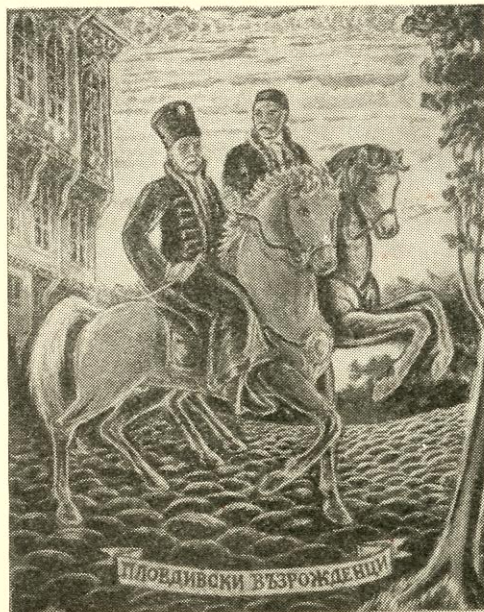
29

19. JULI
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK

Bilder von Zanko Lawrenow

Im Moskauer Künstlerhaus fand eine Ausstellung des Volkskünstlers Bulgariens Zanko Lawrenow statt. Hier einige seiner Werke: „Plowdiwer Freiheitskämpfer“ (links); „Roter Reiter. 9. September 1944“ (rechts); „Der Heilige Berg“ (unten).



NEUE ZEIT

Nr. 29

19. Juli 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau
25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.
Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 14. Juli erschienen.

In diesem Heft:

Worin unsere Stärke besteht . . .	1
Unser Kommentar . . .	3
Cestmír Amort – Die Oktoberrevolution und die europäische Lage . . .	5
J. Liebermann – Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft . . .	9
J. Botschkarijow – Vom kongolesischen Kupfer . . .	12
W. R. – Fruchtbare Zusammenarbeit . . .	14
G. Dejnitschenko – Internationale Aktionen für Vietnam . . .	16
W. Lawrow – Die Annexionspläne Israels . . .	17
Zeitgeschehen: Zypern: Gefahr im Verzug • Südvietnam: McNamaras Pläne . . .	19
Kostas Kotsias – Die Kulturschaffenden und die Offensive des Neofaschismus . . .	21
Internationale Umschau . . .	24
N. Kurdjumow – Amerikanische Provinzeindrücke . . .	26
Krystyna Zielińska – Die polnische Presse . . .	23
Aus der Redaktionspost: Brief eines jungen Kubaners . . .	15
Kamerun . . .	22
I. Andronow – Das Vietnam-Tagebuch des Iwan Anh Tu (Bücherschau) . . .	30
A. Werth – Ein Nachruf für Konni Zilliacus . . .	31
Biographisches: I. I. Jakubowski • Ahmadou Ahidjo . . .	4, 23
Leserbriefe . . .	18

Worin unsere Stärke besteht

Nikolai Grigorjewitsch Markin war kein Berufsdiplomate. Dennoch ist sein Name in die Geschichte der Diplomatie eingegangen.

Als gleich nach der Großen Oktoberrevolution das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten geschaffen wurde, kamen neue Menschen in das Gebäude am Schloßplatz in Petrograd, wo jahrzehntelang zaristische Diplomaten amtiert hatten. Unter diesen neuen Menschen war auch der Matrose Nikolai Markin. Er erhielt von der kommunistischen Partei einen Sonderauftrag: die Geheimverträge des zaristischen Rußlands und der Provisorischen Regierung mit ihren imperialistischen Verbündeten zu veröffentlichen.

Der Verzicht auf Geheimverträge war eine der ersten Handlungen der jungen sowjetischen Diplomatie. Er zeugte davon, daß in dem Gebäude am Schloßplatz wie in der Weltpolitik überhaupt neue Menschen und mit ihnen **völlig neue diplomatische Beziehungen** Einzug hielten.

Viele westliche Diplomaten wollten sich damals ins Fäustchen lachen: Was verstanden die Bolschewiken schon von Diplomatie! Sie verzichteten auf ein so mächtiges Instrument wie Abmachungen hinter den Kulissen! Der Westen ahnte jedoch nicht, daß die sowjetische Außenpolitik über weitaus mächtigere Mittel gebot, und das war und ist eine volksverbundene Außenpolitik, die der Welt Frieden und Wahrheit bringt. Sie stützt sich auf weitaus mächtigere Kräfte als die vielgepriesene diplomatische Kunst der bürgerlichen Welt.

Lenin sagte wiederholt, daß die Stärke unserer Politik in ihrer Wahrheit besteht. Die Sowjetunion hat nichts zu verbergen und kann ihre Absichten und Pläne ohne weiteres zur allgemeinen Beurteilung vorbringen.

Heute, da die Weltöffentlichkeit ein epochales Dokument, die Thesen des ZK der KPdSU „50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution“ erörtert, sieht man deutlich, wie konsequent die Sowjetunion Lenins Prinzipien der neuen, sozialistischen Außenpolitik in die Tat umsetzt. Ebenso wie 1917 steht der Sowjetstaat auch 1967 auf der Wacht der Interessen aller Völker. Nach wie vor liegt es ihm fern, irgendwelche Geheimabmachungen zu treffen.

Wie gern möchten gewisse westliche Politiker an Stelle unseres Staates ein Land sehen, mit dem man die Welt in Einflußsphären teilen könnte, wie das einst praktiziert wurde. Nicht von ungefähr schwebt gewissen politischen Kommentatoren eine „Abmachung der Supermächte“ vor, der zufolge die USA mit der Sowjetunion die Welt aufteilen könnten, während die übrigen Länder sich ihrem „Superdiktat“ fügen müßten. Diese „Theoretiker“ sollten doch auf den Kalender schauen: Die Zeiten, da die Welt in einigen Hauptstädten aufgeteilt und umgeschnitten wurde, gehören längst der Vergangenheit an. Seitdem die sozialistische Diplomatie besteht, sind solche Methoden zum

Scheitern verurteilt. Der in der Großen Oktoberrevolution entstandene Sowjetstaat wird auch fortan diese Methoden verachten.

Die Stärke der sozialistischen Außenpolitik liegt in den Prinzipien des Friedens, der Völkerfreundschaft, des Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit, die von Lenin ausgearbeitet und verkündet wurden.

„Unsere Außenpolitik“, sagte L. I. Breshnew am 5. Juli in seiner Rede vor den Absolventen der Militärakademien, „hat die Prüfung der Zeit restlos bestanden. Sie entspricht den Interessen des Sowjetvolkes, der Völker der sozialistischen Länder, den Interessen der Völker, die für nationale Unabhängigkeit kämpfen, den Interessen des Weltfriedens.“

In den vergangenen 50 Jahren hat die Kommunistische Partei als die leitende Kraft unseres Staates alle außenpolitischen Handlungen der Sowjetunion ausgerichtet. Wie es in den Thesen des ZK der KPdSU heißt, hat allein schon das Entstehen des Sowjetlandes den Imperialisten die Hände in der internationalen Arena gebunden. Allerdings taten die Diplomaten des Westens zunächst so, als existiere der Sowjetstaat nicht. Aber schon 1922 mußten dieselben westlichen Politiker, die Sowjetrußland das Existenzrecht mit Schaum vor dem Munde absprachen, eine sowjetische Delegation zur Konferenz von Genua einladen, um höchst wichtige weltpolitische Probleme zu lösen.

Heute wird schon niemand im Westen mehr behaupten wollen, daß ohne die Sowjetunion eine Lösung internationaler Probleme möglich sei. Mehr noch, die sozialistische Diplomatie ist in der Weltpolitik nicht nur durch die Diplomatie der Sowjetunion vertreten. Die außenpolitische Tätigkeit des ganzen sozialistischen Lagers ist zu einem wichtigen Faktor der Weltpolitik geworden.

Die Diplomatie des Sozialismus tritt den Versuchen der imperialistischen Mächte entgegen, den Frieden zu stören. Die sozialistischen Länder sind ein Stabilisierungsfaktor der internationalen Situation.

So war es während der ersten Nahostkrise, als aus Moskau die Worte der Beschlüsse erschallten, die auf der Beratung der Führer von kommunistischen und Arbeiterparteien und Regierungen der sozialistischen Länder gefaßt worden waren. Gleich darauf führte die sozialistische Diplomatie in der UNO einen harten Kampf um die Sache der Völker, die ihre nationale Unabhängigkeit und Souveränität gegen die Umtriebe des Imperialismus verteidigen.

Wir dürfen die Lehren der Geschichte nicht vergessen, und wenn heute gewisse außer Rand und Band geratene Politikaster in Blitzkrieg-Ideen schwelgen und behaupten, daß der Krieg

erneut zu einem politischen Instrument geworden sei, — es gibt gewichtigere Kriterien, die die wahre Perspektive erkennen lassen. Am 5. Juli sagte L. I. Breshnew in seiner Rede:

„Die Geschichte der neuen Gesellschaft, die von der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, liefert den unumstößlichen Beweis: wer wagte, sich am Sozialismus zu vergreifen, wurde zerschlagen. Es kann kein anderes Los für diejenigen geben, die es wiederum versuchen sollten, die Errungenschaften des Sozialismus anzutasten.“

Die moralische Riesenkraft, die die Handlungen Nikolai Markins möglich machte, bestimmte auch den Sieg des jungen, damals noch schlecht bewaffneten Sowjetrußlands in dem Ringen mit allen seinen Feinden. Seither ist der Sowjetstaat jedoch zu einer großen Industriemacht geworden. Er ist aus dem Feuer des zweiten Weltkriegs als eine unbesiegbare Militärmacht hervorgegangen. Unsere moralische Kraft vereinigte sich mit der materiellen Stärke, und da die Menschen der Sowjetunion wissen, wie hinterlistig der Imperialismus ist, scheuen sie keine Mühe, um die Wehrfähigkeit ihres Landes zu festigen. Wie in den Thesen des ZK der KPdSU betont wird, ist die sozialistische Revolution verpflichtet, sich verteidigen zu können: So lehrten Marx und Lenin.

Die Lehren der Geschichte besagen, daß die Sowjetunion ein mächtiges Rüstungspotential besitzen muß, das fähig wäre, die Umtriebe aller imperialistischen Kräfte zu durchkreuzen. Diese Lehren werden von der Sowjetregierung in ihrer Tätigkeit ständig berücksichtigt. Am 9. Juli, am Tag der Luftflotte der UdSSR, klang das Dröhnen der sowjetischen Flugzeuge über dem Flughafen Domodedowo als achtungsgebietende Warnung an alle Kriegsabenteurer.

Die jetzige internationale Lage legt uns erneut die Notwendigkeit nahe, auf der Hut zu sein. Das zeigen die Vorgänge im Nahen Osten: die Aggression des von den Imperialisten ermunterten Israel gegen die arabischen Länder. Das zeigt der Piratenkrieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Das zeigt die Revanchepolitik der herrschenden Kreise Westdeutschlands. An die Umtriebe der Reaktion erinnert auch der militärfaschistische Umsturz in Griechenland.

Natürlich macht die Verschärfung der internationalen Lage eine besondere Wachsamkeit und Bereitschaft der sowjetischen Streitkräfte notwendig. Unser sozialistischer Staat verfügt zur Zeit über die modernsten und stärksten Waffen, die imstande sind, unser Land vor jedem Aggressor zu schützen. Um so mehr Gewicht gewinnen die außenpolitischen Handlungen der Sowjetunion zur Unterstützung des gerechten Unabhängigkeitskampfes der Völker, zum Schutz von Frieden und Sicherheit.

Eine offene Frage

Vor Redaktionsschluß des vorigen Heftes setzte sich die Sondertagung der UNO-Vollversammlung mit der Nahostkrise auseinander und stimmte über die eingebrachten Resolutionsentwürfe ab. Bei Redaktionsschluß dieses Heftes nimmt die Sondertagung ihre Sitzungen wieder auf, um sich weiterhin um eine Lösung der Nahostkrise zu bemühen.

Die Tagung geht weiter, die Bemühungen dauern an. Warum denn? Es war ja völlig offenkundig, daß die meisten Teilnehmer der Tagung in der einen oder anderen Weise die Aggression verurteilten und erklärten, daß ihre Länder und Völker um jeden Preis die baldigste Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten durchsetzen wollen. Ebenso klar war es damals auch, wo der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels liegt und daß es vor allem gilt, eine Zurücknahme der Truppen des Aggressors von den besetzten Territorien zu erreichen. Diese Forderung stand im Mittelpunkt der Debatte. Wie wichtig das ist, wissen alle: wer aufrichtig festen Frieden anstrebt und der Ansicht ist, daß man der Aggression entgegenzutreten muß, und wer offen oder heimlich den Aggressor ermuntert.

Die USA verfügen über viele Mittel, andere Staaten unter Druck zu setzen und zu beeinflussen. Unter den UNO-Mitgliedern gibt es viele Länder, deren Regierungen auf die USA angewiesen sind. Die Manöver der USA-Diplomatie und ihrer Partner waren glattweg darauf ausgerichtet, die Stimmen auf der Tagung zu spalten und keine Beschlussfassung zuzulassen, die die Zurücknahme der israelischen Truppen von den okkupierten arabischen Territorien fordern würde.

Unabhängig davon, in welchem Maße die hemmungslosen Tel Aviver Führer die UNO-Beschlüsse befolgen würden, hätte eine Resolution mit der Forderung nach Abzug der Truppen große prinzipielle und praktische Bedeutung. Ein solcher UNO-Beschluß hätte es dem Aggressor und den hinter ihm stehenden imperialistischen Kreisen schwer gemacht; er hätte die UNO befähigt, auch weiterhin im Geiste der Charta gegen die Aggression zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Frieden vorzugehen.

Es ist den imperialistischen Diplomaten gelungen, die Forderung nach Zurücknahme der israelischen Truppen von den besetzten Gebieten zu hintertreiben, und das hat den Aggressor ermuntert. In der vergangenen Woche konnte man sich davon überzeugen, wie unmittelbar selbst diese indirekte Ermunterung Israels sich auswirkte. Der Militärklüngel von Tel Aviv gibt zu verstehen, daß er sich von den annektierten Territorien nicht zurückziehen gedenkt. Die militärischen Provokationen dauern an.

Im Nahen Osten ballen sich erneut Gewitterwolken zusammen. Die Frechheit des von den Imperialisten ermunterten Aggressors stachelt seine Gelüste an. Die Verschwörungen gegen die nationale Freiheitsbewegung und die nationale Unabhängigkeit der jungen Staaten sprechen dafür. All das

putscht die faschistischen und neofaschistischen Kräfte in verschiedenen anderen Teilen der Welt und in verschiedenen Ländern auf. Dadurch wachsen die weltpolitischen Spannungen noch mehr.

In solchen Momenten muß die UNO nicht ihre Schwäche, sondern ihre Stärke demonstrieren. Ihre Stärke besteht aber darin, im Geiste der Charta zu handeln, d. h. gegen den Aggressor vorzugehen, ihm nicht die geringste Hoffnung darauf zu lassen, daß seine Aggression ungestraft bleibt.

Die Sondertagung der Vollversammlung hat am 12. Juli ihre Sitzungen wiederaufgenommen. Wir wünschen, daß die überwiegende Mehrheit ihrer Teilnehmer sich völlig dessen bewußt wird, wie gefährlich jede Ermunterung der Aggression für alle ist, in erster Linie für die jungen freiheitsliebenden und unabhängigen Staaten. In ihrem Interesse liegt es vor allem, daß die Vollversammlung eine gerechte Lösung der Nahostkrise trotz aller Machinationen der Imperialisten findet und daß ihre Beschlüsse der Aggression nicht förderlich werden. Solange dies nicht geschieht, bleibt die Frage offen.

Wir leben in einer Zeit, da militärische Aggression als ehrlos betrachtet wird und nicht nur zu verurteilen, sondern auch zu unterbinden ist.

Aggressor bleibt Aggressor. Wo immer eine militärische Aggression verübt wird, wo immer der Versuch ermittelt wird, Differenzen und Konflikte von einer Position der Stärke zu lösen, müssen alle Mittel der friedliebenden Staaten und alle Möglichkeiten der UNO aufgeboten werden, um den Aggressor bloßzustellen, ihm Einhalt zu gebieten, die Schuldigen des militärischen Überfalls zur Verantwortung zu ziehen.

So wird es schließlich sein: Die Aggressoren werden ihre verdiente Strafe erhalten. Es heißt ja mit Recht, daß alle Wölfe sich schließlich beim Kürschner zusammenfinden. Heute ist die Menschheit fest davon überzeugt, daß Gerechtigkeit und Vernunft triumphieren.

Zum Moskauer Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten

In Zusammenhang mit der am 4. Juli in Moskau eröffneten Jugoslawischen Industrieausstellung hat der Vorsitzende des Bundesexekutivrates Mika Spiljak die Sowjetunion besucht. Nationale Ausstellungen dieser Art werden nicht immer von Regierungschefs eröffnet. Der Besuch Mika Spiljaks zeigt, welche Bedeutung man in Moskau und Belgrad der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit beimißt.

Die Ausstellung in Moskau ist die größte Exposition, die Jugoslawien jemals im Ausland veranstaltete. Warum gerade jetzt und gerade hier eine so umfassende

Leistungsschau abgehalten wird, ist durchaus gerechtfertigt, denn die Sowjetunion ist zum wichtigsten Handelspartner Jugoslawiens geworden, und dieser Handel entwickelt sich ungemein dynamisch: In den letzten fünf Jahren hat er sich fast vervierfacht.

Jugoslawien orientiert sich auf Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auch zu den anderen sozialistischen Ländern. Mehr als ein Drittel seines Handelsverkehrs mit dem Ausland entfällt auf RGW-Länder. Die jugoslawische Zeitung *Kommunist* erklärt die Handelspolitik ihres Landes „sowohl mit der geographischen Nähe und den Beziehungen zu diesen Ländern als auch mit den wechselseitigen Interessen und dem sozialistischen Charakter der sozialpolitischen und ökonomischen Entwicklung“.

Die Wirtschaftskontakte zwischen Jugoslawien und den meisten sozialistischen Ländern Europas werden immer vielseitiger. Sowjetische und jugoslawische Betriebe haben eine Kooperierung in die Wege geleitet. Eine große Rolle dabei spielte das vor zwei Jahren gegründete Sowjetisch-Jugoslawische Komitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das sich mit Fragen der Arbeitsteilung, der Spezialisierung und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit befaßt.

Höchst wichtig ist, daß der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien mit der politischen Zusammenarbeit übereinstimmt.

Während seines Aufenthalts in Moskau traf sich Mika Špiljak mit A. N. Kossygin. Sie tauschten Meinungen nicht nur über die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, sondern auch über internationale Probleme aus. Erneut wurde die Annäherung und Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen bei der Einschätzung der wichtigsten weltpolitischen Probleme bestätigt.

Das betrifft vor allem die Nahostkrise. Anfang Juli fand

in Belgrad ein Plenum des ZK des Bundes der Kommunisten statt. In seiner Rede sagte Josip Broz-Tito dort:

„Ich glaube, es wäre naiv zu meinen, daß die Aggression Israels eine von früheren Ereignissen losgelöste lokale Angelegenheit sei. Im Grunde ist das Teil eines weitgehenden und umfassenden Planes, der nach wie vor bezweckt, im Nahen Osten, in Afrika und in Asien die fortschrittlichen Regimes womöglich abzuschaffen und mit allerlei Methoden Regimes aufzustellen, die völlig unter der Fuchtel der imperialistischen Mächte wären.“

Die jugoslawische Regierung verurteilt die Aggression Israels auf das entschiedenste. Sie fordert den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten.

In Jugoslawien werden Sammlungen für Hilfe an die von der Aggression betroffenen arabischen Völker veranstaltet. Die Werktätigen spenden einen ein- bis zweitägigen Verdienst für diesen Fonds. Viele Betriebe haben die Preise für Waren gesenkt, die der Staat kauft, um sie nach Nahost zu schicken. Wie die Presse meldet, werden die VAR, Syrien und Jordanien bis Ende Juli aus Jugoslawien mehr als 40 000 Tonnen Nahrungsmittel, Textilien und Medikamente erhalten. Die ersten Schiffe mit Frachten für die arabischen Staaten haben bereits die Häfen Rijeka und Bar verlassen.

Die Imperialisten versuchen, die Front des nationalen Freiheitskampfes zu durchbrechen und reaktionäre Regimes bald in der einen, bald in der anderen Weltgegend wiederherzustellen. In dieser Situation ist die Einheit der sozialistischen Länder wichtig, denn ihre Macht und ihr Einfluß auf die Entwicklung in der Welt bilden das Haupthindernis, das der Verwirklichung der imperialistischen Pläne im Wege steht. Auch von diesem Standpunkt kommt der Annäherung und Übereinstimmung der Ansichten der Sowjetunion und Jugoslawiens größte Bedeutung zu.

Biographisches • Biographisches • Biographisches

Iwan Jakubowski

Anfang Juli wurde auf Vereinbarung der Regierungen der Warschau-Pakt-Staaten Marschall der Sowjetunion Iwan Ignatjewitsch Jakubowski zum Oberbefehlshaber der Vereinigten Streitkräfte ernannt.

I. I. Jakubowski wurde 1912 als Sohn eines Bauern im Dorf Saizewo, Bezirk Gorki, Gebiet Mogiljow, geboren. Er ist Belorusse. Er arbeitete in einer Ziegelei und besuchte eine Lehrerbildungsanstalt. 1932 begann er seinen Dienst in der Sowjetarmee als Zögling der Minsker Militärschule „M. I. Kalinin“; dann war er Zug-, Kompanie- und Bataillonführer. 1935 besuchte er Fortbildungskurse für Kommandeure. Er ist seit 1937 Mitglied der KPdSU. 1948 absolvierte er die Militärakademie des Generalstabs.

Während des Großen Vaterländischen Krieges war I. I. Jakubowski Regiments-



Brigadekommandeur und stellvertretender Korpskommandeur der Panzertruppe. Er ist Teilnehmer der Verteidigung Moskaus, der Schlachten an der

Wolga, am Kursker Bogen, am Dnepr und vor Berlin. Nach dem Kriege befehligte er eine Panzerdivision, die Panzer- und mechanisierten Truppen des Wehrkreises Vorkarpaten und eine Panzerarmee. 1957 wurde er zum Ersten Stellvertreter des Befehlshabers und 1960 bis Januar 1965 war er Befehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Von Januar 1965 an befehligte I. I. Jakubowski die Truppen des Kiewer Wehrkreises. Im April 1967 wurde er zum Marschall der Sowjetunion befördert und zum Ersten Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR ernannt.

Auf dem XXII. und dem XXIII. Parteitag der KPdSU wurde I. I. Jakubowski ins Zentralkomitee der Partei gewählt. Er wurde ferner ins Politbüro des ZK der KP der Ukraine gewählt. I. I. Jakubowski ist Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR (6. und 7. Legislaturperioden) und zweifacher Held der Sowjetunion.



Die Oktoberrevolution und die europäische Lage

Dokumente aus einem Archiv

Das sogenannte Pariser Archiv von Beneš, das sich in Prag befindet, enthält hochinteressante Dokumente über die Große Sozialistische Oktoberrevolution.

Im Archiv sind die Schriftstücke des tschechoslowakischen Nationalrats gesammelt, der während des ersten Weltkriegs unter der Leitung von Masaryk und Beneš in Paris tätig war. Sein Ziel war die Gründung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates. Dabei bauten seine Mitglieder vor allem auf die Entente-Länder. Sie erhofften sich die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei von dem Sieg dieser Staaten über Deutschland und Österreich-Ungarn, unter deren Joch die Tschechen und die Slowaken mehrere Jahrhunderte gebeugt waren.

Der tschechoslowakische Nationalrat hatte Zweigstellen in Italien und Rußland und verfügte über ein Netz von Presseagenturen und Propagandastellen in England, Italien und den USA wie auch in neutralen Staaten, so der Schweiz, Dänemark und Holland. In Paris liefen Berichte über die politische Lage in den verschiedenen Ländern zusammen. Die tschechoslowakischen Politiker fertigten sorgfältig Aufzeichnungen von ihren Gesprächen mit Staatsmännern an und schrieben deren Äußerungen zu aktuellen Fragen der Politik nieder, auch sammelten sie Dokumente zu diesen oder jenen Problemen des internationalen Lebens.

Das Archiv bietet interessante Informationen nicht nur über die politischen Geheimmanöver der westlichen Staatsmänner, sondern auch über die Entwicklung der revolutionären Bewegung in den europäischen Ländern und über den Einfluß, den die sozialistische Oktoberrevolution auf diese Bewegung ausübte.

Als bürgerliche Politiker bemühten sich die Mitglieder des Nationalrates natürlich nicht um eine objektive Beleuchtung der Tatsachen, die mit der Oktoberrevolution zusammenhingen. Die Dokumente im Archiv tragen einen fragmentarischen Charakter und sind keineswegs vollständig. Sie widerspiegeln jedoch wesentliche Züge der Epoche und vermitteln einen Eindruck von der mächtigen Einwirkung der Oktoberrevolution auf die Menschen jener Zeit, auf die internationale Lage und auf die Vorgänge in verschiedenen Ländern.

„Heute Räte in Rußland, morgen bei uns.“

Angaben über die Lage im tschechischen und im slowakischen Gebiet wie auch in den anderen Teilen der Habsburger Monarchie sammelte die tschechoslowakische Presseagentur, die sich in der Schweiz befand.

In ihren Berichten nehmen die revolutionären Ereignisse in Rußland einen bedeutenden Platz ein.

Am 20. November 1917 wurde aus Prag berichtet, das Dekret der Sowjetmacht über den Frieden stehe im Mittel-

punkt der Aufmerksamkeit der tschechischen Öffentlichkeit. Unter dem unmittelbaren Einfluß dieses Dekrets veröffentlichten die südslawischen und die ukrainischen Mitglieder des Wiener Parlaments am 30. November 1917 eine gemeinsame Erklärung folgenden Wortlauts:

„Das Friedensangebot der jetzigen russischen Regierung beruht nicht nur auf dem Grundsatz ‚Friede ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung‘, sondern auch auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung aller Nationen, was unsere“ (d. h. die österreichisch-ungarische) „Regierung verheimlicht hat... Der russische Friedensvorschlag setzt auch Garantien für die Selbstbestimmung der Nationen voraus. Wir bestehen unsererseits auf der Selbstbestimmung aller Nationen und fordern volle Freiheit und staatliche Unabhängigkeit.“

Die Erklärung wurde als Flugblatt illegal in den Sprachen mehrerer slawischer Völker verbreitet, die der österreichisch-ungarischen Monarchie untertan waren. Die österreichische Zensur hatte die Veröffentlichung des Dokuments verboten.

Die weiteren Schritte der Sowjetregierung fanden gleichfalls großen Anklang. In einem Bericht an den Nationalrat, der am 28. Dezember 1917 aus Prag nach Genf abgeschickt wurde, heißt es:

„Die tschechische Bevölkerung, besonders die Arbeiter und die Studenten, macht kein Hehl aus der Bewunderung, die sie für die Petrograder Regierung empfindet, und erklärt öffentlich: ‚Heute Räte in Rußland, morgen bei uns.‘“

Die Archivdokumente zeugen von den stürmischen politischen Ereignissen, die die Oktoberrevolution im tschechischen und im slowakischen Gebiet auslöste.

Von den sozialdemokratischen Organisationen angeregt, begannen Anfang 1918 Massendemonstrationen für die Annahme der sowjetischen Friedensvorschläge. Die Arbeiter von Kladno traten in den Streik und billigten auf einer Kundgebung, die am 19. Januar auf dem Hauptplatz der Stadt abgehalten wurde, eine Resolution mit wirtschaftlichen Forderungen und dem Verlangen nach dem Abschluß eines Friedensvertrags. Unter dem stürmischen Beifall der 8000 Anwesenden wurde der Text eines Grusschreibens an die revolutionäre Petrograder Regierung und ihren Vorsitzenden, W. I. Lenin, angenommen.

Eben solche Arbeiteraktionen fanden in Brno, Ostrava, Plzeň und Prag statt. Auch dort wurden Entschließungen angenommen, die die Einstellung des Krieges forderten und

Sowjetrußland begrüßten. Die Teilnehmer vieler Versammlungen und Kundgebungen forderten die Gründung einer tschechoslowakischen Republik, die nach Rußlands Beispiel eine sozialistische Räterepublik werden sollte. In Prag wurde illegal ein Flugblatt verbreitet, das eine Rede des Abgeordneten des österreichischen Parlaments, des tschechischen Sozialdemokraten Lev Winter, enthielt, welcher sagte:

„Die Arbeiterklasse der ganzen Welt wird nie vergessen, daß die russische Revolution die erste große sozialistische Revolution war, daß der Sozialismus über die russische Revolution zum ersten Mal einen mächtigen Einfluß auf die Weltgeschichte gewonnen hat, daß die russische Revolution der erste geglückte Versuch war, in einem Gebiet von gewaltigem Ausmaß die kapitalistische, militaristische und gutsherrliche Ordnung mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Mögen die Spießer die Bolschewiki schmähen und sie aller Todsünden beschuldigen: In die Geschichte der Arbeiterklasse wird die russische Revolution als eine der schönsten Erinnerungen eingehen.“

„Beginn einer neuen Epoche“

Die Berichte der tschechoslowakischen Presseagentur in der Schweiz zeugen von der mächtigen Einwirkung der Vorgänge in Rußland auf die Haltung und Stimmung der Menschen nicht nur in den tschechischen und slowakischen Gebieten, sondern auch in den anderen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Am 18. November 1917 begrüßte der Zentralvorstand der Kroatischen Sozialdemokratischen Partei die Revolution in Petrograd und erklärte:

„Die Bolschewiki fordern eine Neugestaltung Europas auf der Grundlage eines gerechten Nationalitätenprinzips. Wir schließen uns ihnen an und fordern nicht nur die nationale, sondern auch die soziale Befreiung.“

Der Vorsitzende des südslawischen Klubs im Wiener Parlament, der Abgeordnete Korošec, sagte:

„Wir fordern die Gründung eines selbständigen Nationalstaates, um Herr im Hause zu sein. Darum begrüßen wir die Vorschläge der Sowjetregierung betreffs der Selbstbestimmung der Nationen und sind dem großen russischen Volk, das von jeher der beste Bruder der Tschechen wie auch der Südslawen war, unendlich dankbar.“

Am 25. und 26. Dezember 1917 fand in Ljubljana der X. Parteitag der Südslawischen Sozialdemokratischen Partei statt. Delegierte aus Krain, Kärnten, Istrien und der Steiermark beschlossen einstimmig eine Resolution folgenden Inhalts:

„Die Südslawische Sozialdemokratische Partei begrüßt den



Sieg der proletarischen Revolution in Rußland als der ersten Revolution der vereinigten Arbeiterklasse der Betriebe und Städte wie auch des flachen Landes in der Weltgeschichte; die russische Arbeiterklasse hat sich einmütig gezeigt in ihrer Entschlossenheit, den Zarismus, die Bourgeoisie und den Kapitalismus zu stürzen und der nationalen Unterjochung ein Ende zu bereiten. Wir rufen das Proletariat von ganz Österreich-Ungarn und Deutschland auf, die nationalistischen Differenzen zu vergessen, sich mit uns zu vereinen und gemeinsam das kapitalistische Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln. Erst dann werden wir eine mächtige Föderation der freien sozialistischen Republiken Mitteleuropas gründen können. Ruhm und Preis der russischen Revolution, Ruhm und Preis der ersten Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Ruhm und Preis Lenin!“

Ebenso äußerten sich auch die polnischen Proletarier, die auf österreichisch-ungarischem Gebiet lebten. Die sozialdemokratische Organisation in Kraków veröffentlichte am 28. Dezember 1917 einen Aufruf an die polnischen Arbeiter, in dem es hieß:

„Jahrhundertlang strebten wir nach der Gründung eines selbständigen Staates. Aber wir wollen ihn nicht als ein Almosen aus der Hand der österreichisch-ungarischen und der deutschen Regierung empfangen. Wir wollen kein Königreich Polen, denn dann würde ja nur an die Stelle einer Monarchie eine andere treten. Laßt uns denn kämpfen für eine polnische Republik, für eine sozialistische Republik, die sich auf Freundschaft und brüderliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland stützt!“

Am 21. und 22. November 1917 fanden in Budapest und anderen ungarischen Industriestädten sozialdemokratische Versammlungen statt. Sie billigten einen Aufruf an die Führung der Sozialistischen Internationale. Er enthielt die Aufforderung, sobald wie möglich in Stockholm einen sozialistischen Arbeiterkongreß einzuberufen, der die Sozialdemokraten aller Länder auffordern sollte, sich für die russischen Friedensvorschläge einzusetzen und zu ihrer Unterstützung eine Streikbewegung zu organisieren.

Der 22. November 1917 wurde zum Tag der Freundschaft mit Sowjetrußland proklamiert. Auf Initiative der Sozialdemokraten wurden in Budapest und anderen Städten Vorträge über die sowjetische Friedenspolitik und über die neue Petrograder Regierung gehalten. Es kam oft vor, daß die Theater Vorstellungen durch politische Ansprachen unterbrochen wurden. Das Publikum trat in lebhaft Diskussionen mit den Rednern, stellte Fragen, billigte das Vorgehen der Sowjetmacht.

Gewaltigen Eindruck machte die Oktoberrevolution auch in Wien, der Hauptstadt Österreich-Ungarns. Aus den Mitteilungen der tschechoslowakischen Presseagentur geht hervor, mit welcher Begeisterung die Werktätigen und alle fortschrittlichen Kreise Wiens die Nachricht von der Ausrufung Rußlands zur Sowjetrepublik aufnahmen.

Am 11. November 1917, einem Sonntag, wenige Tage nach dem Sieg der Oktoberrevolution, fand im Großen Saal des Wiener Konzerthauses eine Massenkundgebung statt. Der Saal war überfüllt, viele, bis zu 50 000, versammelten sich auf den anliegenden Straßen. Die Kundgebung begrüßte einstimmig „den Sieg der Petrograder Arbeiter als den Beginn einer neuen Epoche des Freiheitskampfes des internationalen Proletariats und als Anlaß zu der Hoffnung, daß dem Krieg durch vereinte Bemühungen ein Ende gemacht werden wird“.*

*Ebenso wie alle folgenden deutschsprachigen Quellen aus dem Tschechischen rückübersetzt. D. Übers.

Es wurden auch folgende Forderungen erhoben: Die Mittelmächte müßten die Sowjetregierung anerkennen, Friedensverhandlungen beginnen, die Truppen von der Front zurücknehmen und sie demobilisieren; die Großproduktion sollte verstaatlicht und unter Arbeiterkontrolle gestellt, das Gutsherrenland unter den landarmen und landlosen Bauern aufgeteilt werden usw.

In den folgenden Tagen sprachen im Wiener Parlament ununterbrochen Arbeiterdelegationen vor, die die Annahme der russischen Friedensvorschläge und die Anerkennung der neuen Petrograder Regierung forderten. Der Allgemeine Österreichische Frauenbund überreichte den Abgeordneten eine Friedensresolution, die von seinen Ortsgruppen vom 19. bis zum 21. November 1917 in Wien wie auch in anderen österreichischen Städten beschlossen worden war. Viele Entschlüsse enthielten die Forderung, „die von Rußland hingestreckte Hand des Friedens zu ergreifen und sich über ein friedliches Nebeneinanderleben aller Völker zu einigen“.

Ende 1917 brachte die österreichische Presse eine amtliche Mitteilung, die Wiener Regierung werde die russischen Friedensvorschläge annehmen. In diesem Zusammenhang erhoben die Sozialdemokraten die Forderung, nach dem russischen Beispiel die Armee abzurufen. Einige Altersgruppen sollten unverzüglich, die übrigen nach und nach entlassen werden. Dieser Forderung schlossen sich Wiener Studenten und Universitätsprofessoren an.

Am 12. Januar 1918 begannen in Wien stürmische Demonstrationen und Streiks. Die Arbeiter gingen mit der Losung auf die Straße: „Die Friedensbedingungen der Sowjetregierung annehmen!“ Am 18. Januar erreichte die Streikbewegung ihren Höhepunkt. Fast das ganze Wiener Proletariat hatte die Arbeit niedergelegt. Im Parlament forderten Arbeiterdelegationen die unverzügliche Annahme der sowjetischen Friedensvorschläge.

Der Umfang der Bewegung jagte der österreichischen Bourgeoisie Furcht und Schrecken ein. Die Regierung erklärte eiligst, die österreichische Armee werde an weiteren Kriegshandlungen gegen Rußland nicht teilnehmen und sich in nächster Zeit auf ihre Ausgangsstellungen zurückziehen. Die österreichischen Vertreter bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk erhielten die Weisung, den sowjetischen Beauftragten unabhängig von der Haltung der deutschen Bevollmächtigten entgegenzukommen und sobald wie möglich ein Abkommen zu schließen. Ein Korrespondent der tschechoslowakischen Presseagentur berichtete, der Vorsitzende des österreichischen Ministerrats, Dr. Seidler, habe diese Entscheidung damit erklärt, daß er „neue Arbeiterunruhen“ befürchte.

Zugleich suchte die Wiener Regierung die revolutionären Stimmungen durch schroffe Maßnahmen zu unterdrücken. Am 6. März 1918 erklärte Verteidigungsminister Czapp, er werde schonungslos gegen jede Propaganda bolschewistischer Ideen einschreiten. Er befahl, die aus russischer Gefangenschaft zurückkehrenden Soldaten unter Aufsicht zu stellen, da es seiner Meinung nach „unter ihnen zahlreiche Personen gibt, die bereits mit revolutionären Ideen infiziert sind und als Emissäre heimkehren, die diese Ideen propagieren“.

Klassengenossen

Das Archiv des tschechoslowakischen Nationalrates enthält auch interessante Dokumente, die die Lage in Deutschland betreffen, darunter folgendes Flugblatt mit einem Aufruf deutscher Sozialdemokraten an die Werktätigen, das das Datum des 14. November 1917 trägt. Es hieß darin:



„Wir deutschen Sozialdemokraten sehen in den russischen Maximalisten“ (d. h. Bolschewiki) „Sozialisten und Klassengenossen und stellen mit Genugtuung fest, daß ihre ersten Aktionen nach der Machtergreifung tatsächlich des Sozialismus würdig sind. In dem Lande, in dem der Weltfrieden proklamiert wird, müssen um der Erreichung des gemeinsamen Zieles willen alle weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialisten weichen. Die deutsche Arbeiterklasse begrüßt das Vorgehen der Russen als einen neuen verheißungsvollen Schritt zum Frieden. Wir sind bereit, ihn tatkräftig zu unterstützen.“

Unter dem Druck der Volksmassen beschloß die deutsche Regierung, den Vorschlag Sowjetrußlands anzunehmen. Am 29. November 1917 erklärte Reichskanzler Graf Hertling, seine Regierung sei bereit, mit sowjetischen Delegierten in Verhandlungen zu treten. Wie ein Vertreter der tschechoslowakischen Presseagentur, der über die Stimmung in den deutschen Regierungskreisen unterrichtet war, mitteilte, hatte Graf Hertling bei einer vertraulichen Besprechung mit Kabinettsmitgliedern erklärt, in den Schützengräben würden Flugblätter mit dem Text der sowjetischen Friedensvorschläge verteilt, die einen gewaltigen Einfluß auf die deutschen Soldaten hätten:

„Besonders beunruhigend ist, daß alles, was die Bolschewiki in Flugblättern versprochen haben, unverzüglich in die Tat umgesetzt wird.“

Der Leiter der tschechoslowakischen Presseagentur in Amsterdam, Dr. B. Štěpánek, betonte in einem Bericht über eine Rede, die Graf Hertling am 4. Dezember 1917 vor einem engen Kreis in Berlin hielt:

„Nicht nur die große Friedensoffensive der Russen erweckt bei den deutschen Maximalisten Sympathie für die Bolschewiki, sondern auch vor allem die Reihe der wirtschaftlichen Maßnahmen, die sie getroffen haben.“

Trotz militärischen Verbots veranstalteten sozialdemokratische Organisationen in Berlin am 18. Dezember in einem Großbetrieb eine Friedenskundgebung. Die mehreren Tau-

send Teilnehmer dieser Kundgebung nahmen einstimmig eine Entschliebung an, in der es hieß:

„Wir hoffen, daß die Reichsregierung den russischen Friedensvorschlägen entgegenkommt, die einen Friedensschluß ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung auf Grund der Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes an die Nationen vorsehen. Wir sind überzeugt, daß es nur auf dieser Basis einen dauerhaften Frieden geben kann, da die Anmaßungen der großdeutschen Annexionspolitik den Krieg endlos in die Länge ziehen und die Gefahr neuer Kriege heraufbeschwören.“

Wie in anderen Ländern verknüpften die deutschen Arbeiter den Kampf für den Frieden mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen. Sie erklärten, nach dem Vorbild der Bolschewiki zu handeln, und forderten, daß die Krupp-Werke unter Arbeiterkontrolle gestellt würden. Teilnehmer einer sozialdemokratischen Versammlung im Berliner Vorort Schmargendorf erklärten:

„Die Krupp-Werke haben ein enormes Kapital ausschließlich in Rüstungsaufträgen angelegt, und jetzt bangen die Kapitalisten um ihre Einkünfte, wenn der Frieden bald geschlossen wird. Die Kapitalisten fürchten den Frieden, sie fürchten die neue russische Regierung. Im Gegensatz dazu fordern wir die unverzügliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rußland. Wir kämpfen für Freundschaft mit den Räten, kämpfen gegen unseren Klassenfeind, gegen die deutschen Kapitalisten und ihre ausländischen Teilhaber.“

Dr. Soll und die Kongoneger

Unter den Archivdokumenten befindet sich eine Erklärung der Alldutschen vom 20. Dezember, die die Besorgnis der herrschenden Kreise Deutschlands widerspiegelt. Sie lautet: „Die Lehre des Bolschewismus ist Gift, sie kann die stärksten Staaten in der Wurzel schädigen. Auf wirtschaftliche Erwägungen gestützt, treten die Bolschewiki für vollständige Abrüstung ein. Das bedeutet z. B., daß Deutschland, dessen Stärke vor allem in seiner Armee besteht, künftighin seiner stabilsten Stütze beraubt wäre. Die Bolschewiki wollen Grund und Boden aufteilen. Ein solches Programm ist außerordentlich verlockend und kann in Europa eine kaum vorstellbare soziale und politische Umwälzung hervorrufen. Es möge sich niemand der Hoffnung hingeben, daß sich ein mit den Bolschewiki geschlossener Frieden nicht auf unsere innere Lage auswirken würde. Einigen wir uns mit ihnen, so wird ihre Lehre ungehindert bei uns eindringen.“

In der Erklärung heißt es weiter, wenn Deutschland auch gegen England und Frankreich Krieg führe, seien diese längst nicht so gefährlich wie das bolschewistische Rußland. Darum wurde empfohlen, mit den Entente-Ländern einen Verständigungsfrieden zu schließen, selbst wenn dieser für Deutschland unvorteilhaft sein sollte, und dann zu-

sammen mit ihnen gegen den Bolschewismus zu marschieren.

Die Informationen der tschechoslowakischen Presseagentur zeigen, daß das von der Sowjetmacht proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Nationen in den politischen Kreisen Deutschlands große Bestürzung auslöste. Dr. Soll, Staatssekretär im Reichskolonialamt, erklärte am 21. Dezember 1917 auf einer Versammlung im Großen Saal der Berliner Philharmonie, Deutschland lehne den Grundsatz der Selbstbestimmung der Nationen ab. Seine Annahme würde in Europa und auf allen anderen Kontinenten zum Chaos führen und jeder Kolonialherrschaft nicht nur Deutschlands, sondern auch Frankreichs, Englands und anderer Staaten ein Ende machen. Dr. Soll stimmte dem Standpunkt der Alldutschen zu. Er rief aus:

„Was sollte aus der Welt werden, wenn z. B. die Kongoneger die nationale und sogar die staatliche Selbständigkeit erhielten? Das wäre der Weltuntergang. Und ihn brocken uns heute die Bolschewiki ein!“

Aber alle Bemühungen, das Eindringen der revolutionären Ideen aus Sowjetrußland zu unterbinden, waren erfolglos. In Deutschland entstanden Arbeiterräte. Der stärkste und tatkräftigste von ihnen war der Großberliner Arbeiterrat. Nach Angaben der tschechoslowakischen Presseagentur gelang es diesem sogar, mehrere seiner Mitglieder über die Front nach Rußland zu schicken, wo sie eine Botschaft überreichten, die der Solidarität des deutschen Proletariats mit dem russischen Volke Ausdruck verlieh. Es hieß in dieser Botschaft:

„Sollte die Reichsregierung Eure Friedensvorschläge nicht annehmen, so werden wir sie dazu zwingen. Bei uns herrscht brutale Polizeiwilkkür, aber wir sind stark genug.“

Das OKH erfuhr, daß eine Delegation zu den Bolschewiki geschickt worden war. Der Arbeiterrat wurde aufgelöst, seine Führung eingekerkert. Auch viele Vertreter des linken Flügels der deutschen Sozialdemokraten wurden verhaftet. Darauf verstärkten sich die Unruhen. In Moabit, Siemensstadt und anderen Berliner Stadtteilen wurden Barrikaden errichtet. In Charlottenburg kam es zu Zusammenstößen. Auf einer Großkundgebung im Treptower Park wurde Sowjetrußland begrüßt und die Gründung einer deutschen sozialistischen Räterepublik gefordert.

Im Februar 1918 wurde ein „Sozialistisches Komitee Deutschlands“ gegründet. Es sprach sich für einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung, für die Errichtung der Arbeiterkontrolle über die industrielle Produktion, für die Aufteilung des Grund und Bodens der Junker unter den landlosen und landarmen Bauern wie auch für die unverzügliche Anerkennung der Regierung Sowjetrußlands aus.

(Wird fortgesetzt)



Zeichnungen von W. Tschernikow

NEUE ZEIT * Nr. 29

Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft

Prof. Dr. rer. oec. habil.
Jewsej LIEBERMANN

Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution diskutieren einige westliche Publizisten Fragen wie: Hat sich das sowjetische Gesellschaftssystem als wirksam erwiesen? Zeugen die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen in sozialistischen Ländern nicht von Pannen oder sogar „Gebrechen“ des sozialistischen Wirtschaftsmechanismus? Gleitet der Sozialismus, um die Beseitigung solcher Mängel bemüht, nicht zum Kapitalismus ab? Und sind diese Reformen nicht überhaupt eine Abkehr vom „orthodoxen“ Marxismus?

Bevor wir versuchen, diese und ähnliche Fragen zu beantworten, halten wir es für geboten, wenigstens ein paar Fakten und Zahlen anzuführen.

Von den 50 Jahren, die die Sowjetunion besteht, mußte das Sowjetvolk gezwungenermaßen fast die Hälfte an verheerende Kriege und an die Beseitigung ihrer schrecklichen Spuren setzen. Betrachtet man allein die Jahre des friedlichen Aufbaus, so hat die industrielle Produktion das 66fache erreicht (1966 gegenüber 1913), und die des Herzstücks der Industrie — Maschinenbau und Metallbearbeitung — ist auf das 538fache gestiegen. Wer könnte bestreiten, daß dieser in der Entwicklungsgeschichte von Industrieländern nie dagewesene Zuwachs von der großen Wirksamkeit des sowjetischen Gesellschaftssystems zeugt?

Dazu sagen die westlichen Kommentatoren jedoch, von Bedeutung seien nicht die Zuwachsraten an sich, sondern ihr Vergleich mit den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Beherzigen wir denn diesen Rat. Von 1929 bis 1966 belief sich der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion in der UdSSR auf 11,1 Prozent, in den USA auf 4 Prozent und in England und Frankreich auf 2,5 Prozent.

Und wieder werden Zweifel angemeldet: Die Zuwachsraten der industriellen Bruttoproduktion hätten an sich keinen Aussagewert. Prüfstein der Wirksamkeit sei eher die Zunahme des Nettoprodukts oder Nationaleinkommens.

Legen wir denn auch diesen Maßstab an. Der Zuwachs des Nationaleinkom-

mens belief sich (auf vergleichbarer Grundlage) im Jahre 1965 gegenüber dem Jahre 1950 in der UdSSR auf 264 Prozent, in den USA auf 66 Prozent (1950 = 100 Prozent).

Daraufhin wird auch dieses Kriterium der Effektivität bezweifelt: Die Kennziffer der absoluten Zunahme des Nationaleinkommens müsse relativ berechnet werden, d. h. je Kopf der Bevölkerung. Präzisieren wir denn auch hier: In den genannten Jahren stieg das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung in der UdSSR um 185 Prozent, in den USA jedoch nur um 30 Prozent.

Da auch dieser Vergleich für den Sozialismus spricht, wird ein weiterer, auf den ersten Blick sogar stichhaltiger Einwand erhoben: Die Gesamtzunahme des Nationaleinkommens zeuge noch nicht von der Effektivität der Produktion. Das Nationaleinkommen müsse in optimalen Proportionen für den Konsum wie auch für die Akkumulation verwendet werden. In der UdSSR wurden in den letzten Jahren etwa 75 bis 72 Prozent des Nationaleinkommens dem Verbrauch zugeführt, folglich wurden 25 bis 28 Prozent dieses Einkommens akkumuliert. In diesem Zusammenhang schrieben einige westliche Soziologen, z. B. Raymond Aron, das Geheimnis des hohen Entwicklungstempos der UdSSR sei entschleiert. Es bestehe darin, daß die Sowjetunion durch Drosselung des Verbrauchs zuviel akkumulierte — daher das rasche Bautempo und die Entwicklung der Produktion durch „Superinvestitionen“.

Als ob das ein Geheimnis gewesen wäre! In den Dokumenten der Partei zum 50. Jahrestag des Großen Oktober wird darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Menschen keine Anstrengungen scheuten und bewußt Entbehrungen auf sich nahmen, um die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes zu überwinden und es in einen mächtigen sozialistischen Staat zu verwandeln.

In der Sowjetunion glaubt niemand an Wirtschaftswunder. Auslandskredite wurden uns nicht gewährt. Um mächtig zu werden, mußten wir beträchtliche Entbehrungen auf uns nehmen, in Steppjacken herumlaufen, uns mit sehr

Was einigen westlichen Publizisten zu sagen wäre

wenig Wohnraum begnügen. Die Ausdauer der sowjetischen Menschen, ihre Standhaftigkeit und Opferbereitschaft verblüfften die Feinde des Sozialismus. Und dieser Heroismus des Sowjetvolkes steht nicht etwa außerhalb unseres Wirtschaftssystems, sondern ist dessen organischer Bestandteil! Das muß man bewundern, statt darüber zu spotten. Schließlich haben die Völker im Westen der von unserem Volk geschaffenen Industrie beträchtliche „Dividenden“ zu verdanken: ihre Erlösung von der braunen Pest, von dem Tribut an Blut, Gut und Menschenwürde, den die hitlerfaschistische totale Neuordnung in Europa eintrieb.

Wird im Westen gesagt, unsere Industrie sei nur durch Drosselung des Volkskonsums geschaffen worden, so ist das jedoch keineswegs die ganze Wahrheit, sondern nur eine winzige Teilwahrheit, also der beste Anlaß, eine große Lüge auszusprechen.

Selbst bei der relativen Konsumtionsbeschränkung in der UdSSR konnte der Lebensstandard der Bevölkerung beträchtlich gehoben werden. Die Effektivität der Ordnung, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, äußerte sich gerade hierin. Trotz widerwärtigster Umstände, trotz der Kriege und Verheerungen ist es gelungen, im Laufe von 50 Jahren die Realeinkünfte der Arbeiter in den Städten auf das 6,6fache und die der Bauern auf das 8,5fache zu erhöhen!

In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß sich in den genannten Jahren eine echte (nicht etwa nur für eine solche ausgegebene) Kulturrevolution vollzogen hat. Völlig abgeschafft ist das Analphabetentum, die allgemeine unentgeltliche Mittelschulbildung ist Tatsache geworden, und die unentgeltliche Hochschulbildung, bei der die Studenten Stipendien erhal-

ten, in einem beispiellosen Maßstab organisiert. Fast 15% der Bevölkerung erhalten Alters- oder Invalidenrente. In den letzten zehn Jahren hat fast die Hälfte der Bevölkerung, über 110 Millionen Menschen, neue Häuser und Wohnungen bezogen. Zu erwähnen ist auch die Entwicklung von Wissenschaft, Kunst und Sport, da die ganze Welt Zeuge des Aufblühens dieser Formen der Kultur in der UdSSR ist.

Ein statistisches Kriterium von großem Aussagewert für den Lebensstandard ist die Tatsache, daß sich die durchschnittliche Lebenserwartung in unserem Lande auf 70 Jahre verlängert hat. Trotz der Verringerung der Geburtenzahl ist der Bevölkerungszuwachs bei uns dank der Verminderung der Sterblichkeit für ein hochentwickeltes Land recht groß. All das verdanken wir dem Ausbau der unentgeltlichen ärztlichen und sanitären Betreuung der Bevölkerung und der Verbesserung der Lebensbedingungen. Und Hand in Hand damit geht die moralische Gesundung der Gesellschaft, aus der Prostitution, Pornographie, Rauschgiftsucht und andere unabdingbare Züge des Lebens unter dem System des freien Unternehmertums ausgemerzt sind.

Je mehr geleistet ist, desto...

Es stünde einem sowjetischen Menschen jedoch nicht an, zu prahlen und die noch nicht überwundenen Wachstums- und Entwicklungsschwierigkeiten der sozialistischen Gesellschaft zu verschweigen. In der Wissenschaft ist es ja bekanntlich so, daß, je mehr man erfährt, desto mehr Unerkanntes ins Blickfeld rückt. So ist es auch im sozialen Leben: Je mehr geleistet ist, desto klarer wird, wieviel noch getan werden kann und muß. Und das ist keineswegs eine pessimistische Auffassung, sondern eher der nüchterne Optimismus von Menschen, die von ihrer Kraft überzeugt und von der Großartigkeit der bevorstehenden Aufgaben hingerissen sind.

Wir haben keine einfache Aufgabe zu lösen. Sie besteht darin, die Effektivität der Produktion durch eine Wirtschaftsreform beträchtlich zu steigern. Aus dem bereits Gesagten muß klar sein, daß die Reform keineswegs die Folge eines „Fiaskos“ der Planwirtschaft ist. Im Gegenteil. Gerade das Wachstum und die Entwicklung unserer Wirtschaft haben uns erkennen lassen, daß die Methoden, die seinerzeit nötig und unvermeidlich waren, es heute nicht mehr ermöglichen, unsere gewaltige, weit-

verzweigte und komplizierte Wirtschaft erfolgreich zu leiten.

Hätte ein bürgerlicher Publizist annehmen können, daß das Rußland der Jahre 1919—1921, ein Land, dessen Bevölkerung hungerte, nackt und bloß war, ein halbes Jahrhundert später zu einer „Supermacht“ werden würde, wie sich heute möglicherweise dieselben Journalisten ausdrücken, die der Sowjetunion mehr als einmal den Untergang prophezeit hatten? Sie taten das im Bürgerkrieg, im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und besonders am Anfang des zweiten Weltkriegs. Wohlgemerkt: Hier geschah kein Wunder, hier entwickelte sich eine von den Fesseln des Kapitalismus befreite Gesellschaftsordnung nach den ihr eigenen Gesetzen.

In der UdSSR ist jedoch noch nicht der durchschnittliche Konsumsstand der höchstentwickelten Länder des Kapitalismus, z. B. der USA, erreicht. Dementsprechend ist auch das Niveau der Arbeitsproduktivität bei uns noch niedriger. Ebendeshalb wird in der Sowjetunion die Aufgabe gestellt, den Lebensstandard der Bevölkerung beträchtlich zu steigern. Jetzt sind dafür ausreichende materielle Bedingungen geschaffen. Im Wirtschaftswettbewerb mit dem Westen wird gerade ein hoher Lebensstandard zur Siegesbedingung. Haben sich die Völker der ganzen Welt davon überzeugt, daß in der UdSSR die allseitige Prosperität der Gesellschaft und die freie Entwicklung des einzelnen gewährleistet ist, so wird auch niemand mehr an der Wirksamkeit ihres Wirtschaftssystems zweifeln.

Unsere Wirtschaftsreform ist gerade der Katalysator der Effektivität unserer Produktion. Die materielle Interessiertheit der Werktätigen von Stadt und Land in Industrie, Handel, Verkehr und wo überall sonst wird verstärkt. Die Einkaufspreise für Agrarrohstoffe sind erhöht worden, der Lebensstandard in den Kolchosen und Sowchosen nähert sich dem in der Stadt. Die Einkommen der Werktätigen wachsen entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Rentabilität der Betriebe. Inflationäre Erschütterungen sind kraft der Verflechtungsplanung der Produktion grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Reformen beruhen auf...

Die Reformen in der UdSSR bestehen in der Verknüpfung der zentralisierten Planung mit der gesteigerten ökonomischen Stimulierung der Betriebe, der

Entwicklung ihrer Initiative, ihrer operativen Selbständigkeit, ihrer materiellen Interessiertheit sowie ihrer Verantwortlichkeit für das Produktionsergebnis und den Absatz. Die führende Rolle des Plans ist durchaus vereinbar mit der Berücksichtigung der Anforderungen des Marktes, d. h. mit der Verbrauchernachfrage, und mit der Entwicklung der Technik. Es wäre völlig irrig, darin irgendeine Schwächung oder einen „Abbau“ des Systems der planmäßigen Leitung zu sehen. Im Gegenteil, da die Betriebe daran interessiert sein werden, ihre Produktionsmöglichkeiten aufs beste zu nutzen, wird sich niemand versucht fühlen, sie durch Kanzleimethoden zu veranlassen, hinreichend angespannte Pläne zu übernehmen. Das beweist bereits die Erfahrung, die 1966 mit der Anwendung des neuen Systems in 704 Betrieben gemacht wurde. Es wird also eines der wichtigsten Prinzipien der Reform realisiert: Was der Gesellschaft nutzt, muß auch jedem Betrieb nützen.

Vom Standpunkt der Theorie von der wirtschaftlichen Leitung ist der zentrale Plan der Punkt, auf den sich die Bewegung orientiert, der Markt aber ein selbstregulierendes Rückkopplungssystem, das die „Feinbearbeitung“ des Planes bis zu seiner vollständigen oder für den gegebenen Fall erforderlichen Genauigkeit besorgt, da die Bewegung der Wirtschaft im ganzen eine höchst komplizierte Bewegung ihrer zahlreichen Teile ist.

An all dem ist keine Spur von Rückkehr zu einer spontanen Regulierung auf der Grundlage ausschließlich des Marktmechanismus. Markt ohne Plan führt zu Anarchie, Disproportionen, Depressionen und Arbeitslosigkeit. Aber ein Plan, bei dem der organisierte Markt nicht berücksichtigt wird, läuft Gefahr, in bürokratischer Verknöcherung zu erstarren und die mögliche Effektivität der Produktion nicht zu erreichen. Maß und Grad der Verknüpfung des Systems der zentralisierten Planung mit den Erfordernissen des Marktes zu bestimmen, ist eine schwierige, aber unter den Verhältnissen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln durchaus lösbare Aufgabe.

Unsere Pläne müssen wissenschaftlich begründet, d. h. optimal sein. Kriterium ist dabei nicht das Produktionswachstum an sich, sondern ein solches, das seinem Tempo und seiner Struktur nach das Nationaleinkommen je Kopf der Bevölkerung am schnellsten wachsen läßt und dafür sorgt, daß ein immer größerer Teil dieses Einkommens dem

Konsum zugeführt wird. Dabei darf jedoch die Effektivität der akkumulierten Mittel nicht sinken, sie muß vielmehr durch effektivere Investitionen und durch verringerte Fondsintensität gesteigert werden, was in unserem industriell hochentwickelten Lande jetzt durchaus möglich ist.

Westliche Theoretiker fragen...

Wie interpretieren nun einige Theoretiker des Westens unsere ökonomischen Neuerungen? In einem objektiv gehaltenen und stilistisch ausgefeilten Artikel, der im März 1967 in *Le Monde diplomatique* veröffentlicht wurde, unternimmt Professor Henri Denis (Paris) philosophische Abstecher ins Gebiet des Marxismus. Er stellt die Frage: Warum werden in der Ökonomik der UdSSR „bürgerliche“ Instrumente wie Geld, Preis u. dgl. m. beibehalten, warum wird ihre Rolle sogar verstärkt? Prof. Denis nimmt mit Recht an, daß Arbeitsprodukte, sobald sie als Waren erzeugt werden, auch einen Preis haben müssen und daß man sich unter diesen Umständen bei ihrer Erzeugung von wirtschaftlichen Berechnungen und Rentabilitätsabwägungen leiten lassen muß.

Anschließend geht Prof. Denis auf das Wesen unserer Reformen ein, wobei er auch meine Artikel erwähnt, und stellt die Frage: Wie läßt sich das alles mit dem marxistischen Leitsatz von der Beseitigung des Warenfetischismus wie auch aller Formen „Hegelscher“ Entfremdung vereinbaren? Es sieht so aus, denkt Prof. Denis laut vor sich hin, daß die sowjetischen Ökonomen die Lösung dieses Problems den Philosophen überlassen, die aber anscheinend nicht wissen, was in der Wirtschaft vor sich geht.

Ich glaube, wir können Prof. Denis beruhigen. Niemand in der UdSSR verzichtet auf die Marxsche These von der Beseitigung des Warenfetischismus. Da die Produktionsmittel nicht mehr Privateigentum sind, weiß jeder Arbeiter und Angestellte: Er arbeitet nicht, um Kapital für den Direktor oder für Aktionäre zu schaffen. Unsere Werktätigen wissen ganz genau, daß sie um unserer gemeinsamen Sache willen arbeiten. Die Produktion trägt unmittelbar gesellschaftlichen Charakter; die Arbeit für die Gesellschaft ist nicht mehr bloß Arbeit um des Einkommens willen, sondern eine hochgeachtete gesellschaftliche Angelegenheit. Die moralische Erhöhung eines Menschen, der Erfolge erzielt hat, und sei es auch auf

dem bescheidensten Posten, ist bereits alles andere denn Fetischisierung der Beziehungen von Menschen unter der Maske der Beziehungen von Dingen.

Aber wir blicken noch weiter in die Zukunft: Wir müssen den Kommunismus errichten. Dazu gilt es, die Effektivität der Produktion auf einen solchen Stand zu bringen, daß, wie Marx sagte, alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen, d. h. eine absolute Fülle an Gütern geschaffen wird, damit, sie nach den Bedürfnissen verteilt werden können und nicht nach der Leistung bei der Arbeit, die dann zu einem natürlichen Lebensbedürfnis, ja zu einer Quelle des Vergnügens wird.

Diese Aufgaben werden nicht durch philosophische Diskussionen gelöst, wie wichtig diese auch sein mögen, sondern durch die Schaffung eines wirksamen ökonomischen Verwaltungssystems. Und es ist klar, daß es nicht angeht, die Verwirklichung der Endziele zu einem Zeitpunkt zu fordern, zu dem die Gesellschaft noch auf dem Wege zu diesen Zielen ist. Das einzige, worüber man streiten kann, ist, ob sie sich auf dem rechten Weg zu diesen Zielen befindet.

Marx war ein Wissenschaftler, kein Prophet. Er konnte nicht genau voraussagen, wann diese oder jene Entwicklungsform der Gesellschaft anbrechen werde. Es ist klar: Betrachtet man den Marxismus nicht als ein Dogma, sondern als wissenschaftliche Schlußfolgerung aus einer Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, so geht es nicht an, jede wissenschaftliche Entwicklung der marxistischen Leitsätze, die sich aus einer Analyse der nächsten historischen Entwicklungsstufen ergibt, als „Abtrünnigkeit“ zu verschreiben und sich mit ähnlicher Demagogie zu befassen.

Offenbar gelingt es den bürgerlichen Ideologen nicht, bei der Erörterung dessen, wie die wichtigsten marxistischen Leitsätze in der Praxis des sozialistischen Aufbaus verwirklicht werden, die Gebote des Historismus zu wahren.

Einige westliche Propagandisten wollen im Marxismus einen „Gegensatz“, ein „Dualismus“ entdeckt haben, da er zu einer Revolution aufrufe, die die Lebensbedingungen des Volkes verbessern sollen, während diese Verbesserung doch schließlich zum Verlust der revolutionären Grundhaltung führe. Sie behaupten, infolge der Hebung des Lebensstandards der Werktätigen in den sozialistischen Ländern entarte der Sozialismus und käme dem Kapitalismus näher. Das Gleiche behaupten auch die chinesischen Jam-

mertheoretiker immer wieder, womit sie sich auf eine Ebene mit den bürgerlichen Politikern des Marxismus begeben.

Aber es ist nicht der geringste „Dualismus“ daran und es besteht nicht der geringste Widerspruch zwischen einer wirklich revolutionären Einstellung des Volkes und seinem Bestreben, nach dem Sieg der Revolution ein hohes Lebensniveau zu sichern. Revolutionäre Haltung äußert sich nicht nur in Selbstaufopferung auf den Barrikaden, obwohl ein Volk auf solche Selbstaufopferung in kritischen Geschichts Augenblicken nur stolz sein kann.

Wahre Pflichten des Revolutionärs

Eine „revolutionäre Haltung“ künstlich hervorrufen und dadurch Barrikaden gegen die eigenen Volksmassen zu errichten, daß man den Anreiz zur schwierigen und aufopfernden Arbeit im Produktionsbereich erschüttert, ist eine ganz üble Auffassung von der marxistischen These über den revolutionären Kampf. Diese Auffassung ist eher die Folge der Furcht vor den Schwierigkeiten, die mit der Lösung der komplizierten, wirklich revolutionären Aufgaben verbunden sind, welche im Aufbau eines hocheffektiven Wirtschaftssystems bestehen. Echte Revolutionäre haben hier viel zu tun. Tagtägliche Arbeit, die Fähigkeit, die Hindernisse zu nehmen, die uns die Natur entgegenstellt, und die Interessen der Menschen sachkundig zu lenken — das ist eine ehrenvolle revolutionäre Pflicht; sie erfordert Sinn für das Neue, Erfindungsgabe und Beharrlichkeit, und dies jeden Tag, jede Stunde. Ungeschulten jungen Menschen mag scheinen, daß das nicht so wirkungsvoll ist wie Randalieren und Geschrei auf Straßen und Plätzen mit einem Zitatensbuch in der Hand, aber die Revolution ist nun einmal kein Feuerwerk, sondern beharrliche Arbeit, mitunter und sogar sehr oft auch angestrengte Kleinarbeit.

Der Marxismus erheischt revolutionäre Haltung im großen wie im kleinen. Die revolutionäre Hauptaufgabe der sozialistischen Länder besteht darin, im Wettstreit mit der alten Welt zu siegen dank einem hohen materiellen und moralischen Niveau der Entwicklung der Gesellschaft und eines jeden ihrer Mitglieder.

Brief an die Redaktion

Vom kongolesischen Kupfer

Werte Redaktion!

Einer Ihrer Leser, der ungenannt bleiben wollte, hat mir geschrieben, er sei mit meinem in Heft 7 veröffentlichten Artikel „Nachruf für die Union minière“ nicht einverstanden. Der Artikel betraf die Regelung des Konflikts, der 1966 zwischen Kongo (Kinshasa) und der belgischen Bergbaugesellschaft Union minière ausgebrochen war. Der Verfas-

ser behauptet, bald nach der Veröffentlichung dieses Artikels habe „General Mobutu kapitulierte und in der Kupferfrage einen noch knechtenderen Vertrag unterschrieben“. Ich weiß nicht, welche Angaben meinen Opponenten zu einer so kategorischen Schlußfolgerung gelangen ließen; ich habe jedenfalls einen anderen Eindruck.

Am 5. Juli wurden über Kisangani, früher Stanleyville, der Hauptstadt der kongolesischen Ostprovinz, weiße Söldner abgeworfen, die offenbar aus südlicher Richtung mit Flugzeugen herangeschafft waren. Verbände der kongolesischen Nationalarmee verteidigten die Stadt. Die Kämpfe dauerten mehrere Tage. Eine Abteilung europäischer Söldner unter dem Befehl von Oberst Bob Denard, die in der kongolesischen Armee Dienst taten, katangesische Gendarmen sowie eine Gruppe ehemaliger Söldner, die sich als weiße Ansiedler in der Provinz Kivu niedergelassen hatten, schlossen sich den Eindringlingen an.

Zum 10. Juli hatten die Truppen der Regierung Mobutu die von den Söldnern besetzten Städte in der Ostprovinz und der Provinz Kivu wieder befreit. Nach ihrer Niederlage verbarg sich ein Teil der Söldner in den Wäldern, andere flüchteten mit einem Flugzeug nach Rhodesien. Am 10. und 11. Juli versuchte eine kleine Gruppe noch den Flugplatz in Kisangani zu halten.

Der bewaffnete Einfall von Söldnern in die östlichen Gebiete Kongos war keineswegs ein Unternehmen, das irgendwelche Desperados auf eigene Faust durchgeführt hätten. Aber gerade so will man diesen Konflikt in einigen westeuropäischen Hauptstädten interpretieren. Dort wird der kongolesischen Regierung sogar vorgeworfen, sie bause die Affäre mit ihren Sicherungsmaßnahmen (Verhängung des Ausnahmezustandes, allgemeine Mobilmachung) und mit ihrer Beschwerde in der UNO absichtlich auf. In Kinshasa weiß man jedoch sehr gut, wer hinter den Abenteurern steht, die am 5. Juli im Osten des Landes abgesetzt wurden. Es ist auch kein Geheimnis, wer so kostspielige Unternehmen bezahlt. Im Sicherheitsrat führte der kongolesische Vertreter Idzumbuir Tatsachen an, die von einer Verschwörung westlicher Monopolkreise gegen das jetzige Regime in Kongo sprechen. Er erwähnte namentlich den Xérilis-Plan, der den Sturz der Regierung Mobutu bezweckte. Diesen Plan hatten Tshombe und seine europäischen Berater in Madrid ausgearbeitet. Der Abwurf von Fallschirmjägern im Osten Kongos war ein Bestandteil dieses Plans.

Es fragt sich, warum sich die Beziehungen zwischen der Regierung Mobutu und den westlichen Monopolen derart verschlechtert haben. Das erklärt sich mit den wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, die die Willkür der Auslandsmonopole eindämmen und die Wirtschaft Kongos festigen sollen. In seinem Artikel „Nachruf für die Union minière“, den wir in Heft 7 (Februar 1967) brachten, ging Juri Botschkarjow auf die Ursachen des Konflikts zwischen den Behörden in Kinshasa und den westlichen Monopolkreisen ein. Nachstehend bringen wir eine Zuschrift, die wir von J. Botschkarjow zur gleichen Frage erhielten. Angesichts der letzten Ereignisse gewinnt dieser Brief ein besonderes Interesse.

Die Redaktion

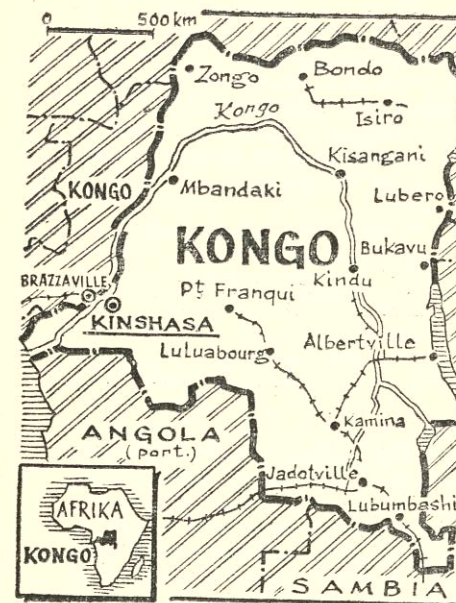
Es sei kurz an die Geschichte des Konflikts erinnert.

In der ersten Hälfte des Jahres 1966 traf die Regierung von Kongo (Kinshasa) mehrere Entscheidungen über die in diesem Land tätigen ausländischen Gesellschaften. Sie sahen namentlich vor, daß die Vorstände dieser Gesellschaften ihren Sitz nach Kinshasa verlegen müßten. Diese Forderung wurde auch gegenüber der Leitung der belgischen Union minière erhoben.

Schuld am Konflikt war ebendiese Leitung, da sie sich kategorisch weigerte, ihren Sitz nach Kinshasa zu verlegen, was sie damit begründete, daß ihre Tätigkeit internationalen Charakter trage und nicht auf das Kongogeschäft beschränkt sei. Das war eine Ausrede, da die Union minière eigens zum Abbau der katangesischen Bodenschätze gegründet worden war und sich die Hauptinteressen dieser Gesellschaft gerade auf diese kongolesische Provinz konzentrierten.

Am 31. Dezember 1966 war der Termin, den die Behörden von Kinshasa für die Verlegung der Hauptquartiere besagter Gesellschaften in die kongolesische Hauptstadt festgesetzt hatten, abgelaufen. Da die Union minière der Forderung nicht Folge geleistet hatte, entzog die kongolesische Regierung in Übereinstimmung mit ihrer vorausgegangenen Erklärung der Gesellschaft die Konzession wie auch alle ihre im Kongo befindlichen Guthaben. Diese gingen ohne Entschädigung an die im gleichen Jahr geschaffene kongolesische Gesellschaft GECOMIN (Société générale congolaise des minerais) über. Das Eigentum der Union minière war damit, im Grunde genommen, verstaatlicht, und das war die Position, von der aus Kinshasa dann mit den Vertretern der offiziellen Kreise und der Geschäftswelt Belgiens verhandelte.

Bei diesen Verhandlungen strebte die Union minière, von der belgischen Regierung unterstützt, zwei Hauptziele an. Erstens wollte sie Entschädigung für



das verstaatlichte Eigentum. Zweitens ging es ihr um ein Abkommen mit der GECOMIN, das ihr die Möglichkeit bieten würde, nach Kongo zurückzukehren und den Abbau der katangesischen Bodenschätze zumindest als Beauftragter dieser kongolesischen Gesellschaft fortzusetzen. Außerdem wollte die Union minière erreichen, daß ihr 40 Prozent der GECOMIN-Aktien übergeben würden.

In dem Artikel, der in Heft 7 der Neuen Zeit erschien, schrieb ich über die Erpressungs- und Druckmethoden, die die Leitung der Union minière und die belgische Regierung anwandten, um Kinshasa zur Kapitulation zu zwingen. Aber es stellte sich heraus, daß Belgien praktisch keine Mittel in der Hand hatte, diese Ziele zu erreichen. In diesem Zusammenhang schrieb die französische Zeitschrift L'Entreprise am 2. März: „Da die Verstaatlichung eine vollendete Tatsache ist, die niemand anzufechten gedenkt, drückt sich in der ‚Festigkeit‘, die die Union minière (von der belgischen Regierung unterstützt) bezeugt... einfach die Tatsache aus, daß sich die Union minière in die Enge getrieben sah.“

Der wunde Punkt der Position der kongolesischen Seite war in dieser Situation das Bewußtsein, nicht imstande zu sein, den mächtigen Produktionsapparat der Union minière funktionieren zu lassen, wenn die technischen Fachleute unter dem Druck der belgischen Regierung Kongo verlassen sollten. Kongo hat keine eigenen Fachleute, und solche aufzutreiben, war praktisch unmöglich.

In diesen Konflikt mischte sich nun noch eine Seite ein: die mit der Rothschild-Gruppe liierte belgische Banque Lambert. Sie ergriff die Initiative zur Bildung eines Konsortiums, an dem sich die französische Gesellschaft Penarroya, der Konzern Roan Selection Trust, die American Copper Co. und einige andere Gesellschaften beteiligen sollten. Die belgische Gruppe Société générale, deren Zweigstelle die Union minière war, sah durch diese Initiative ihre Stellungen in Kongo bedroht. Daher ihr Bestreben, einen zeitweiligen Kompromiß mit Kinshasa zu erzielen, um zu retten, was noch zu retten war.

Vertrauliche Verhandlungen zwischen der GECOMIN und der Société générale des minerais führten am 17. Februar zum Abschluß einer „technischen Vereinbarung“. Beide Partner gehen stillschweigend davon aus, daß sie die Verstaatlichung der Konzession und der in Kongo befindlichen Vermögenswerte der Union minière anerkennen. Die Vorstandsmitglieder und der Präsident der GECOMIN sind Kongolesen. „Die Union minière“, schrieb der Pariser Monde, „hat ihre Lagerstätten und den größten Teil ihres Tätigkeitsgebietes verloren (sie blieben ihr in anderen Räumen der Welt erhalten, haben jedoch keine so große Bedeutung).“

Die Kongolesen erkannten das Prinzip an, daß der Union minière für die in Kongo verlorenen Vermögenswerte eine Entschädigung zusteht. Der Vorstand der Gesellschaft schätzte diese auf 280 Millionen Pfund Sterling. Darauf stellten die Behörden von Kinshasa die Gegenforderung, ihnen 50 Millionen Pfund Sterling für das Kupfer zu zahlen, das nach der Verstaatlichung exportiert wurde, und Kongo 18 Prozent der Vermögenswerte der Union minière unentgeltlich zu übergeben (da der kongolesischen Regierung 18 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft gehören).

Ein Zugeständnis von kongolesischer Seite war auch die Einwilligung darin, daß das kongolesische Kupfer wie bisher von einer belgischen Gesellschaft abgesetzt werde, aber nicht von der Union minière, sondern von der Société générale.

Zum Unterschied von der Union minière ist die Société générale nicht Besitzer der Konzessionen und Unternehmen in Kongo. Wichtig ist auch folgendes: Der 1906 gebildeten Union minière war die Konzession in Kongo bis zum Jahre 1990 gewährt worden. Hingegen ist das Abkommen zwischen der GECOMIN und der Société générale des minerais nur auf drei Jahre geschlos-

sen, worauf es um zwei Jahre verlängert werden kann, wenn sich beide Partner darüber einig sind. Einige ausländische Beobachter betrachten diese Abmachung als ein Provisorium, als einen Waffenstillstand in dem Wirtschaftskrieg, der im Laufe des Jahres 1966 zwischen Kongo und Belgien im Gange war.

Nach dem Abkommen vom 17. Februar werden Abbau und Verarbeitung des Kupfererzes wie bisher unter Leitung des technischen Personals der ehemaligen Union minière erfolgen, aber unter Kontrolle der GECOMIN. Der Absatz des Kupfers wird Sache der Société générale des minerais sein. Für ihre Beziehungen zur GECOMIN ist ein besonderes Abkommen maßgebend, das am 13. Mai unterzeichnet wurde. Aus ihm geht hervor, daß sich die kongolesische Seite auch eine gewisse Kontrolle über den Kupferabsatz ausbedungen hat. Die GECOMIN wird alle Frachtbefehle für die Dampfer ausstellen, die kongolesisches Kupfer abtransportieren, während früher solche Dokumente nicht erforderlich waren. Der belgische Partner verpflichtete sich ferner, das Kupfer und die anderen Mineralien binnen 24 Stunden nach ihrer Verfrachtung, d. h. eigentlich auf dem Vorschubweg, zu bezahlen. Für den Kupferabsatz und für andere Dienstleistungen wird er 4,5 Prozent des Wertes der betreffenden Erzeugnisse erhalten.

Dieses Kompromißabkommen löst natürlich nicht alle Probleme, und mein Opponent möchte wahrscheinlich, daß die Kongolesen ihr Kupfer selbst gewinnen, selbst verarbeiten und selbst absetzen, ohne ihre Einkünfte mit ausländischen Gesellschaften teilen zu müssen. Sicherlich wollen das auch die Kongolesen selbst. Aber unter den derzeitigen konkreten Verhältnissen Kongos ist das unmöglich, hat es doch vor allem keine technischen Fachleute. Darum waren die kongolesischen Behörden genötigt, mit dem „Fremdkapital“ ein Kompromiß zu schließen. Anzunehmen, daß solche Abkommen mit der Souveränität überhaupt unvereinbar seien, und sie deshalb als Kapitulation abzustempeln, dazu besteht nicht der geringste Grund. Eine solche Interpretation sieht sehr nach Dogmatismus aus. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die jungen afro-asiatischen Staaten ausländisches Privatkapital mit Nutzen verwenden. Es handelt sich nur um die Bedingungen einer solchen Zusammenarbeit, darum, ob das Auslandskapital unter strenger Kontrolle der örtlichen Behörden steht, ob die Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten gesichert sind.

Betrachtet man das Abkommen zwischen der GECOMIN und der Société générale des minerais von diesem Standpunkt, so sieht man deutlich, daß es die Kontrolle der belgischen Gesellschaften über die kongolesische Wirtschaft schwächt und ein Schritt zur wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes ist.

Das bestätigen die letzten Ereignisse

in Kongo. Entspräche das Abkommen den Interessen der im katangesischen Bergbaugeschäft engagierten Monopole, so hätten sie kaum ein so abenteuerliches Unternehmen gestartet wie die Luftlandung von Söldnern in Ostkongo. Dann wären die Monopole im Gegenteil daran interessiert, das Regime Mobutu zu erhalten und zu festigen. Versuchen sie aber, seine Stabilität mit

dem Bajonett zu prüfen, so ist klar, daß der Westen insgeheim immer noch hofft, das Verlorene zurückzugewinnen. Aber je fester die Wirtschaftsposition der unabhängigen Regimes in Afrika ist, je selbständiger sie am Sektor der Wirtschaft sind, desto weniger Aussicht haben die Imperialisten, Revanche zu nehmen.

J. Botschkarjow

WIRTSCHAFTSNOTIZEN

Fruchtbare Zusammenarbeit

Im sowjetisch-französischen Communiqué vom 8. Juli über den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Georges Pompidou in der Sowjetunion heißt es u. a.: „Beide Teile konstatierten mit Genugtuung die günstige Entwicklung der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zu der sich die UdSSR und Frankreich in Übereinstimmung mit der Deklaration vom 30. Juni 1966 und der Erklärung vom 9. Dezember 1966 entschlossen haben.“ In dieser Hinsicht ist tatsächlich viel getan worden.

Vor allem werden sich bald die ersten praktischen Ergebnisse des Zusammenwirkens auf dem Gebiet des Farbfernsehens (FF) einstellen. Das Netz der FF-Sender und -kabelnetze ist schon betriebsbereit. Das Moskauer TV-Zentrum hat ein besonderes FF-Studio eingerichtet. Über 100 Farbkurzfilme (Kultur-, Dokumentar-, Zeichen-, Natur- und Streifen) sind bereits ausgewählt. Bei den Filmstudios der Unionsrepubliken sind Kurzfilme über deren beste künstlerische Leistungen bestellt. Unsere Industrie entwickelt eine transportable Station für FF-Live-Sendungen. So wird das Farbfernsehen bald ebenso operativ sein wie sein schwarzweißer älterer Bruder.

Sowjetische und französische Fachleute haben gemeinsam FF-Empfangsgeräte und FF-Studiokameras entwickelt. Ihre Baugruppen und sonstigen Komponenten werden zum Teil in der Sowjetunion, zum Teil in Frankreich produziert werden. Im Herbst 1967 wird in Ostan-

kino das neue TV-Zentrum in Betrieb genommen; dann beginnen in der UdSSR die Farbsendungen. In der ersten Zeit werden die Empfangsgeräte für sie so aufgestellt werden, daß sie die Öffentlichkeit sehen kann, z. B. in den Schaufenstern großer Geschäfte.

Im Automobilbau arbeiten sowjetische Stellen mit der staatlichen Firma Renault und mit der Firma Peugeot zusammen. Mit ihnen sind Kontrakte im Werte von 250 Millionen Frank unterzeichnet worden. Französische Firmen liefern einen Teil der Ausrüstung für die Erweiterung des Moskauer Kleinwagenwerks, in dem der Moskwitsch erzeugt wird. Mit Renault und Peugeot ist auch die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Technologie und bei den Automobilbau betreffenden theoretischen Forschungen vereinbart.

Im Staatlichen Komitee des Ministeriums der UdSSR für Wissenschaft und Technik wurde uns mitgeteilt, daß Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auch mit vielen anderen großen Industrieunternehmen abgeschlossen worden sind. Wir erwähnen hier nur die Chemiefirmen Rhône-Poulenc, Progil und Siss, die geophysikalische Firma Cersel und das Französische Staatliche Erdölinstitut. Mit letzterem arbeiten die sowjetischen Stellen in bezug auf die Erzeugung von Isopren, auf die Schürfung mit Schlauchkabeln und auf die Entwicklung von Motoren zusammen, die für verschiedene Treibstoffe gleichzeitig geeignet sind (sogenannte Allesfresser).

Ähnliche Abkommen hat die Sowjetunion auch mit Firmen anderer westlicher Länder, z. B. Italiens und Englands. Aber mit Frankreich nimmt die Zusammenarbeit allmählich einen weit größeren Umfang an. Nach der sowjetisch-französischen Deklaration vom 30. Juni 1966 ist eine Permanente gemischte sowjetisch-französische Kommission gebildet worden, die der Kürze wegen gewöhnlich die „Große Kommission“ genannt wird. Sie soll den Ausbau der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Handelsbeziehungen fördern und diese Arbeit planen. Zum erstenmal tagte sie im Januar d. J. Sie bildete zwölf gemischte Arbeitsgruppen: Chemieindustrie und chemischer Maschinenbau; Flugzeugbau; Bau von Schwer- und Energiewirtschaftsmaschinen; elektrotechnische Industrie; Eisen- und Nichteisenmetallurgie; Haushalts- und Wirtschaftsgeräte; Bekleidungsindustrie und Ausrüstungen für sie; Nahrungsmittelindustrie und Maschinenbau für diese Branche; Erdöl- und Gasindustrie; Traktoren und Landmaschinen; Werkzeugmaschinen und Schmiedepressen; Holz-, Zellulose- und Papierindustrie.

Diesen Gruppen sind bedeutende Aufgaben gestellt: Austausch von Lizenzen, Patenten, technischen Unterlagen, Organisation gemeinsamer Forschungs-, Experimental- und Konstruktionsarbeiten zur Entwicklung neuer Erzeugnisse und Ausrüstungen, Entwicklung von Fertigungsverfahren; Ausbau des Handels. Was das letztere angeht, so werden die Gruppen keine Geschäfte tätigen, sondern die Möglichkeiten beider Teile studieren und klären, Verhandlungen fördern und zur Beseitigung etwaiger Schwierigkeiten beitragen.

Eine weitere Sphäre der Verbindungen ist die gemeinsame Lösung wissen-

schaftlich-technischer Probleme. Zu ihnen gehören:

die Nutzung der Schätze des Meeres; Biologie, Genetik und Entwicklung von Meßapparaturen für die biologische und medizinische Forschung; Technologie der Agrarproduktion und der Lebensmittelverarbeitung; Schürfung, Bohrung und Abbau von Ölfundstätten;

Anwendung der mathematischen Methoden und der Rechentechnik bei wirtschaftlichen Forschungen und bei der Leitung der Produktion;

Probleme der Wasserversorgung; Entsalzung von Meereswasser; Hochspannungsstromleitungen.

Es handelt sich also um prinzipiell wichtige Probleme. Die Bedeutung einiger von ihnen, z. B. der Wasserversorgung oder der Nutzung der Meeres-schätze, geht weit über die nationalen Interessen unserer Länder hinaus, und ihre Lösung wird der ganzen Menschheit zugute kommen. In diesem Zusammenhang ist ein lebhafter Austausch von Delegationen im Gange, die aus Wissenschaftlern und Fachleuten bestehen, werden Kontakte zwischen Forschungsstellen aufgenommen. Es wurde eine Reihe von konkreten Themen ausgearbeitet, Expertengruppen werden gebildet und Arbeitspläne für mehrere Jahre aufgestellt.

Zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit gehört auch das am 30. Juni 1966 in Moskau unterzeichnete Abkommen über Zusammenarbeit bei der Erforschung und Erschließung des Weltraums zu friedlichen Zwecken einschließlich kosmischer Fernmeldesysteme mit Verwendung von künstlichen Erdsatelliten. Zu erwähnen ist auch ein großangelegtes Projekt gemeinsamer Forschungen sowjetischer und französischer Physiker an dem gigantischen sowjetischen Synchrophasotron in Serpuchow, das M. Pompidou während seines Aufenthalts in der Sowjetunion besucht hat.

Als Alexej Kossygin während seines Frankreichbesuchs im Dezember v. J. im französischen Fernsehen sprach, sagte er:

„Der Zusammenschluß des Forschergeistes sowjetischer und französischer Wissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure kann auf vielen Gebieten den technischen Fortschritt in beiden Ländern bedeutend beschleunigen, kann es ermöglichen, die nationalen Ressourcen sparsamer zu verwenden und mit geringeren Anstrengungen größere Resultate zu erzielen.“

Dieses großangelegte Programm wird bereits in die Tat umgesetzt.

W. R.

Aus der Redaktionspost:

Brief eines jungen Kubaners

Havanna, den 19. Mai 1967,
im Jahr des heroischen Vietnam

An das Redaktionskollegium
der Wochenschrift **Neue Zeit**

Ich habe Ihnen schon lange schreiben wollen, doch kam ich vor lauter Arbeit nicht dazu. Schließlich habe ich ein paar Stunden meiner kärglichen Freizeit verwendet, um Ihnen zu schreiben, wenn auch nicht so ausführlich, wie ich es gerne täte.

Über die Wochenschrift

Mehrere Gründe haben mich zu diesem Brief bewogen. Erstens möchte ich Ihnen zu dem gediegenen politischen Inhalt Ihrer Wochenschrift gratulieren. Ich lese sie bereits vier Jahre. Sie führt uns in die Weltpolitik ein, unterrichtet uns über das Wichtigste, woran sich die Völker und Regierungen der verschiedenen Länder trotz der Unterschiede in den sozialen Systemen halten müssen, nämlich über die friedliche Koexistenz und die gegenseitige Respektierung der Integrität und Souveränität der Staaten. Das sind gerade die Prinzipien, für die sich die Sowjetunion mit ihrer klugen Politik einsetzt. Ihre Zeitschrift macht die Leser mit dem Leben und den Bräuten von Völkern ferner Länder bekannt. Sie berichtet auch über die wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der Welt des Sozialismus, zu der ja auch mein Heimatland gehört, und besonders über die Sowjetunion, deren Erfahrungen nicht nur für die sozialistischen Länder nützlich sein können, sondern auch für die Völker, die den Weg der nichtkapitalistischen Produktionsweise betreten haben.

Die *Neue Zeit* ist eine tatsächlich internationalistische proletarische Zeitschrift, eine Kunderin der marxistischen Ideen.

Über die Sowjetunion

Über die Sowjetunion haben wir viel gelesen, besonders nach dem Sieg der Januarrevolution in unserem Lande.

Ihre Geschichte ist ebenso großartig wie aufschlußreich. Sie ist die Geschichte eines Landes, das sich lange Jahre einer grausamen imperialistischen Blockade und bewaffneten Intervention ausgesetzt sah. Als die Sowjetrepublik gerade entstanden war, hatte sie nur ein relativ kleines Territorium inne. In jenen Jahren des Schmerzes, des Krieges, des Hungers und des Heroismus waren gewaltige Gebiete des Landes, der Ferne Osten, Sibirien, der Süden bis zur Krim einschließlich, dem Terror der konterrevolutionären weißen Armeen ausgeliefert. Sie standen sogar vor Petrograd. Aber die Rote Armee, die aus Arbeitern, Bauern und Vertretern der Intelligenz bestand, zerschlug die Kräfte des Weltimperialismus, und die sozialistische Republik wurde noch stärker, wurde zum Vorbild aller Völker der Welt. Diese Siege waren der weisen Führung Lenins und der bolschewistischen Partei zu verdanken.

Die Geschichte der Sowjetunion ist die Geschichte eines kampfgestählten Volkes, das auch die größten Hindernisse überwinden kann.

Der Vaterländische Krieg, in dem das Sowjetvolk mannhaft gegen den internationalen Faschismus stritt, endete mit dessen Zusammenbruch, damit, daß über zehn Länder Europas und Asiens von seiner Herrschaft befreit wurden.

Vor kurzem fragte mich ein Freund: „Was läßt dich so fest an die Sowjetunion glauben?“ „Ihre Geschichte“, antwortete ich.

Über Kuba

Meine Heimat kenne ich gut. Und doch lese ich mit Interesse jeden Artikel, den Sie über Kuba bringen. Wir Kubaner fühlen uns dem Sowjetvolk zu großem Dank verpflichtet und kennen es gut, obwohl es nicht allen von uns ver-gönnt war, die erste Heimat der Werk-

tätigen mit eigenen Augen zu sehen. Die Solidarität unserer verbrüdernten Völker entspringt dem gemeinsamen Kampf gegen den Weltimperialismus und besonders gegen den aggressivsten Imperialismus, den der Vereinigten Staaten. Unsere Revolution lebt nicht nur dank dem Heroismus des kubanischen Volkes, sondern auch dank der gewaltigen Hilfe, die uns das mächtige Lager des Sozialismus, vor allem die Sowjetunion, das am stärksten entwickelte Land dieses Lagers, leistet. Das Beispiel der Beziehungen zwischen Kuba und der Sowjetunion zeigt, daß dem Handel zwischen unseren Ländern keine merkantilen Erwägungen zugrunde liegen. Das weiß das kubanische Volk ebenso gut wie die Völker der anderen sozialistischen Länder. Ohne die sowjetische Hilfe hätten sie nicht überleben können, selbst wenn sie sich dem Kapitalismus aufs tapferste widersetzt hätten. Die sowjetische Hilfe hat zur Konsolidierung vieler Revolutionen beigetragen. Nicht nur die Länder des sozialistischen Systems haben von der Sowjetunion eine Unterstützung erhalten, die wir nie vergessen werden. Das gilt auch für Staaten wie die VAR, Syrien, das heroische Jemen, Algerien, Afghanistan, Indien, Kambodscha, Kongo (Brazzaville), Tansania, Guinea oder Mali.

Es lebe die sowjetisch-kubanische Freundschaft!

Es lebe das Bündnis der sozialistischen Welt!

Es lebe die Weltrevolution!

Es lebe die UdSSR!

Mario Arredondo y Argüelles

Ich bin in Havanna geboren, 27 Jahre alt. Schon als Vierzehnjähriger sympathisierte ich mit der Sowjetunion, als Fünfzehnjähriger trat ich der Bewegung des 26. Juli bei. Zweimal, mit 16 und mit 17 Jahren, war ich verhaftet, als Achtzehnjähriger wurde ich des Landes verwiesen. Viereinhalb Monate, bis zum 10. Januar 1959, war ich in Ekuador im Exil. Jetzt stehe ich im Staatsdienst. Seit die Kommunistische Partei gegründet ist, gehöre ich ihr an und bin Mitglied der Kommission, die in unserem Amt eine Parteiorganisation aufbauen soll.

Georgi DEJNITSCHENKO

Die Urlaubszeit hat die schwedische Hauptstadt entvölkert, aber am Volkshaus war davon nichts zu bemerken. Vom 6. bis zum 9. Juli tagte dort eine Weltkonferenz über Vietnam, angeleitet von einer schwedischen pazifistischen Organisation: der Gesellschaft für Frieden und schiedsgerichtliche Entscheidung.

Von der Einstellung der schwedischen Öffentlichkeit zu dieser Konferenz zeugt die Tatsache, daß die Einwohner von Stockholm und anderen Städten in kurzer Zeit auf das Konto des Organisationskomitees, das bei der Skandinavischen Bank eröffnet wurde, mehr als 48 000 Kronen einzahlten. Der Konferenz stellten sich viele junge Schweden als Helfer zur Verfügung.

Die Schweden setzen sich aktiv für die Einstellung des Vietnamkrieges ein. Während der Konferenz hatten junge Menschen Sperrketten vor dem Handelszentrum der USA aufgestellt, das nur ein paar Minuten vom Volkshaus entfernt ist. Am 4. Juli, als die ersten Delegierten in Stockholm eingetroffen waren, fanden dort Umzüge statt, die die Verurteilung der amerikanischen Aggression und die Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams forderten.

Die Konferenz wurde mit Beteiligung von sechs bedeutenden internationalen Friedensorganisationen vorbereitet, darunter der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden, der Internationalen der Kriegsdienstgegner, der Prager Christlichen Friedenskonferenz und dem Weltfriedensrat.

Als das Sekretariat der Konferenz am dritten Tag die Liste ihrer Teilnehmer aushängte, zeigte es sich, daß 22 internationale Organisationen verschiedenster Art vertreten waren, die sich für den Frieden in Vietnam einsetzen. Außerdem nahmen Delegationen aus mehr als 60 Ländern teil.

Die Konferenzteilnehmer analysierten allseitig die Wege, die zu einer friedlichen Lösung des Vietnamproblems führen können. Den Anstoß dazu gab bereits die erste Sitzung, auf der Dinh Ba Thi sprach, der die Delegation der

Internationale Aktionen für Vietnam

Nationalen Befreiungsfront Südvietsams leitete. In seinem Bericht wie auch im Bericht des DRV-Vertreters Nguyen Minh Vi wurden die Bedingungen dargelegt, unter denen dem Blutvergießen ein Ende gemacht werden könnte.

Welchen Charakter die Debatten im Volkshaus trugen, zeigen die von der Konferenz gebildeten Kommissionen. Die erste befaßte sich mit Problemen des Völkerrechts, die zweite behandelte die Vorgänge in Vietnam von der Warte des Unabhängigkeitskampfes seines Volkes, die dritte erörterte die vorliegenden Initiativen zur friedlichen Lösung der Vietnamfrage, die echten wie auch die imaginären. Die vierte konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen der materiellen Unterstützung Vietnams. Insgesamt wurden acht Kommissionen gebildet.

Als Arbeitsgrundlage diente fast jeder Kommission ein zuvor aufgestellter Bericht. Diese Berichte waren hochinteressant. Der ersten Kommission lag z. B. ein Exposé des amerikanischen Völkerrechtlers William Standard vor, in dem der Nachweis erbracht wurde, daß der Krieg in Vietnam ein flagranter Verstoß gegen alle Normen der Gesetzmäßigkeit von der Verfassung der USA bis zur Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen ist. Ivo Vasiliev (CSSR) bewies in seinem Bericht überzeugend, daß das Saigoner Regime aus Marionetten besteht.

Wichtige Aufgaben hatte die Kommission zur Koordinierung der Aktionen für Frieden und Unabhängigkeit zu lösen. Nur gemeinsame Bemühungen der Völker sind ja imstande, eine weitere Eskalation des amerikanischen Vietnamkriegs zu verhindern, die die ganze Welt gefährden würde.

Die Gegner eines Friedens in Vietnam waren durch die Stockholmer Konferenz höchst beunruhigt. Kurz vor ihrer Eröffnung versuchten sie sogar, ein Falschdokument zu verbreiten, um die Reihen der Konferenzteilnehmer zu

spalten. Aber diese Provokation scheiterte.

Die Konferenz lenkte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Verbrechen der amerikanischen Militaristen in Vietnam und manifestierte die Solidarität der Öffentlichkeit mit dem tapferen Volk dieses Landes. Nicht minder wichtig sind die Beschlüsse und die Schlußfolgerungen der Konferenz. Sie sind in 14 Empfehlungen und Entschlüssen der Kommissionen und Arbeitsgruppen niedergelegt. Wir haben keine Möglichkeit, sie alle anzuführen. Hervorzuheben sind jedoch die Momente, die ihnen gemein sind. Erstens hat praktisch jedes von der Konferenz eingesetzte Arbeitsorgan den Krieg, den die USA in Vietnam führen, in dieser oder jener Form verurteilt. Zweitens forderten die Konferenzteilnehmer die Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront, die Einstellung der Bombenabwürfe auf die DRV, die Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Südvietsam und die strikte Einhaltung der Genfer Abkommen von 1954. Schließlich befürwortete die Konferenz eine Erweiterung der materiellen Hilfe für das vietnamesische Volk, z. B. durch Lieferung von Medikamenten, Krankenhaus- und Schuleinrichtungen.

Alle Forderungen sind im Appell der Konferenz an die Völker der ganzen Welt dargelegt. Er wurde einstimmig angenommen: Von mehr als 400 Delegierten stimmten nur vier gegen ihn, und vier enthielten sich der Stimme.

Die Konferenz gründete einen Ständigen Ausschuß für die Koordination aller Aktionen, den Informationsaustausch usw.

Die Stockholmer Konferenz wird zweifellos dazu beitragen, den Kampf gegen die amerikanische Aggression in Vietnam zu verstärken.

Stockholm

Die Annexionspläne Israels

Wladimir LAWROW

Die Versuche Israels, die geraubten arabischen Gebiete zu behalten, deren Befreiung von der Weltöffentlichkeit gefordert wird, haben ihre Vorgeschichte.

Wenn die israelischen Führer von den Grenzen des Staates Israel reden, so zitieren sie gewöhnlich das Alte Testament, wo es heißt, Gott habe den Juden ihre Heimstätte selbst angewiesen. Daher die Ansprüche auf den „Boden Israels in seinen historischen Grenzen“. Diese Konzeption wurde seinerzeit von dem Zionistenführer Jabotinsky gepredigt. 1946 erhob der Zionistenkongreß in Basel ähnliche Forderungen.

Die mit dem Beschluß der UNO-Vollversammlung vom 29. November 1947 festgesetzte Grenze Israels wollte den israelischen Rechtsführern von Anfang an nicht gefallen. Auf der 17. Vollversammlung (1962) ließ Frau Golda Meir, damals Außenminister Israels, durchblicken, daß Israel dies als eine Ungerechtigkeit betrachte und sie nicht mehr lange dulden werde.

Der Drang der israelischen Führer nach Gebietsexpansion äußerte sich in dem vom Generalstab aufgestellten „Strategischen Plan der israelischen Armee für 1956—1957“, über den Angaben in die Presse sickerten. Dort wurden allerlei ökonomische, politische und strategische „Motive“ eines „unvermeidlichen Krieges“ gegen die arabischen Staaten dargelegt und unumwunden gesagt, weshalb dieser Krieg nötig sei: „Das Ziel eines Krieges zwischen Israel und den arabischen Ländern ist die Veränderung der bestehenden Grenzen. Eine Besetzung des Territoriums, auf das Israel Anspruch erhebt, würde die wirtschaftliche und politische Lage des Landes verbessern.“ In der Zeit, in der dieser Plan entworfen wurde, war Moshe Dayan, der jetzige Verteidigungsminister, Chef des israelischen Generalstabs.

Als im Oktober 1956 Israel, von den imperialistischen Mächten ermuntert, den Aggressionskrieg gegen Ägypten entfesselte, stellte Tel Aviv die Parole „Für Israel in seinen biblischen Grenzen“ auf. Am 1. November 1956 erklärten die israelischen Behörden in einem Aufruf an die Bewohner von Gaza: „Wir werden Ägypten aus dem heiligen Land vertreiben.“ Am 3. November 1956 schrieb die Zeitung *Haboker* im Mentorton: „Man muß es unseren Verbündeten klarmachen, daß Israel eine

biblische Grenze, d. h. die ganze Wüste Sinai, haben will.“

Das Scheitern des Abenteuers von 1956 war für die Tel-Aviver Führer keine Lehre. Sie wollen sich die Idee territorialer Eroberungen auf Kosten der arabischen Nachbarländer nicht aus dem Kopf schlagen lassen. Im September 1958 sagte Moshe Dayan auf einer Kundgebung in Tel Aviv:

„Von allen Zielen des Zionismus ist bisher nur eins verwirklicht worden: die Gründung eines souveränen Staates. Um die anderen Ziele des Zionismus zu erreichen, muß man die Grenzen des Staates so festlegen, daß dies den Bedürfnissen des Wachstums der Bevölkerung entspricht.“

Gleichen diese Ansprüche etwa nicht dem Nazigeschrei vom „Lebensraum“?

Die israelischen Führer bemühen sich aus Leibeskräften, ihrer Bevölkerung einzureden, daß Israel ein Recht auf Erweiterung seiner Grenzen habe. Die entsprechende Propaganda wird vor allem in den Reihen der Streitkräfte getrieben.

Am eifrigsten trat die zionistische Partei profaschistischer Prägung „Herut“ schon immer für territoriale Eroberungen ein. Diese Partei wurde 1948 aus der aufgelösten Terrororganisation Irgun Zvai Leumi gebildet; ihre Mitglieder sind Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten, von Kleinkaufleuten bis zu Bankiers und Großindustriellen. Ihr gehören zahlreiche rückständige Einwanderer aus Afrika und Mittelostländern an. Führer dieser Partei ist der erzreaktionäre Menachem Begin. „Herut“ fordert nach wie vor eine harte Politik gegen die arabischen Länder, eine „Politik der Stärke“. Sie bestand schon lange auf einer „Wiederholung der Sinai-Kampagne von 1956“. Wie groß die Gelüste der „Herut“ sind, zeigt ihre Devise: „Ein großes Israel vom Euphrat bis zum Nil“.

Während der englisch-amerikanischen Intervention im Libanon und in Jordanien (1958) verlangte Begin im israelischen Parlament (Knesset), man solle die Situation benutzen, „um die Rechte auf das Land der Väter wiederherzustellen“. Er riet, „die Gelegenheit zu er-

greifen und für Israel sein Eigentum wiederzugewinnen", nämlich Ostpalästina. In seinem Bericht an den Parteitag im Juni 1966 machte Begin das „Recht auf die heiligen Stätten“ erneut geltend. Er ist namentlich der Ansicht, daß Israel ein Recht auf ganz Palästina, also auch auf die Gebiete westlich des Jordan, habe.

In der israelischen Führung gibt es keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die Grenzveränderungen. Man war dort nur vorsichtiger als Begin und Dayan und verzichtete auf direkte Gebietsforderungen. Heute jedoch, da Israel durch seine Aggression

einen Teil der Territorien der VAR, Jordaniens und Syriens an sich gebracht hat, lassen auch die „gemäßigten Führer“ keine Vorsicht mehr walten. Bezeichnend ist, daß kurz vor dem Überfall auf die arabischen Länder Dayan und Begin in die Regierung aufgenommen wurden.

Kaum waren die Schüsse verhallt, da erklärte Ministerpräsident Eshkol im Knesset, daß Israel zu seinen früheren Grenzen, „zur territorialen Situation von vor dem Krieg“ nicht zurückkehren werde. Einige namhafte Politiker haben sich bemüht, diese Worte teilweise aufzuschlüsseln.

Dayan, der immer mehr in den Vordergrund kommt, gibt fast täglich Erklärungen ab, des Sinnes, daß Israel sich die Altstadt von Jerusalem für immer einverleiben sowie im Gazastreifen und in Cisjordanien bleiben solle. Der frühere Stellvertretende Verteidigungsminister Peres erklärte vor kurzem während seiner „Informationsreise“ durch Westeuropa vor Korrespondenten in Paris, daß Israel in „Cisjordanien ein autonomes Gebiet zu gründen“ beabsichtige. Die israelischen Zeitungen erläutern, daß dieses Gebiet eine „Konföderation mit Israel“ eingehen und sich faktisch unter seiner Kontrolle befinden solle.

Der schlagendste Beweis für die Expansionspolitik Tel Avivs ist seine Annexion des jordanischen Teils von Jerusalem. Die Vollversammlung hat diese Aktion mit Stimmenmehrheit verurteilt und verlangt, daß alle Maßnahmen rückgängig gemacht werden, die bezwecken, die Altstadt Israel anzuschließen.

In Tel Aviv setzt man sich über diesen Entschluß hinweg. Schon im Januar 1957 sagte Ben-Gurion, daß „Israel sich mit keiner UNO-Resolution einverstanden erklären wird, die seinen Interessen widerspräche“. Heute, 1967, erklärt Eshkol, daß Israel zwar nicht wünscht, „die Bedeutung von UNO-Resolutionen zu schmälern, die es dazu auffordern würden“, (annektiertes) „Territorium zurückzuerstatten“, dies dennoch nicht tun werde, solange viele andere Fragen nicht durch eine „friedliche Regelung“ gelöst sind. Dabei hob der Ministerpräsident hervor, daß „eine künftige friedliche Regelung Israel bessere Grenzen geben muß“.

Es liegt auf der Hand, daß Tel Aviv beabsichtigt, auf dem geraubten Territorium Fuß zu fassen: Es werden auf viele Jahre berechnete Pläne zur „Erschließung“ der okkupierten Gebiete aufgestellt. Diese Pläne sehen Umsiedlungen, Verwaltungsreformen und eine Umgestaltung des Wirtschaftslebens in den arabischen Gebieten vor.

Was den israelischen Landräubern Mut macht, ist die tatkräftige Unterstützung der imperialistischen Mächte. Die Versuche der Interventen, eine „Politik der Stärke“ zu treiben, sind jedoch zum Scheitern verurteilt.

Die aggressiven Absichten Israels schaffen eine besorgniserregende und gefährliche Situation im Nahen Osten. Das kann nur den Imperialisten passen und Freude bereiten. Damit Frieden und Ruhe wiederhergestellt werden, muß der Aggressor die geraubten Gebiete verlassen!

Leserbriefe

FÜR DIE GERECHTE SACHE

Bin Student des 1. Studienjahres der Fachrichtung Arabistik (Ökonomie) am Orientalischen Institut der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Ihre Zeitschrift lese ich schon sehr lange; in letzter Zeit freute ich mich besonders über die Beiträge aus den arabischen Staaten, z. B. „Allen Winden offen“ von Boris Rjurikow über den Libanon und „Eintritt ins 20. Jahrhundert“ von Dmitri Wolski über den Jemen.

Ich möchte meiner Solidarität mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker Ausdruck verleihen. Die Verschwörung Israels mit den Imperialisten der USA und Westdeutschlands ist gegen die progressive Entwicklung der arabischen Länder gerichtet.

Im Gegensatz zur Politik der Bonner Machthaber steht unsere Deutsche Demokratische Republik auf der Seite der arabischen Völker, d. h. auf der Seite des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts.

Hans-Harald Müller
Engelsdorf, DDR

LIEDERFEST

Bei uns in Tallinn, der Hauptstadt Estlands, fand vor kurzem das traditionelle Liederfest statt. Auf dem Sängerfeld fanden sich Zehntausende Menschen ein: die Sänger und ihre Gäste. An dem Fest beteiligten sich Jugendgruppen aus vielen Sowjetrepubliken sowie aus sozialistischen Bruderländern: der DDR und Ungarn. Dieses wunderbare Fest, bei dem Tausende Laienkünstler Lieder und Tänze der sowjetischen und anderer Völker darboten, hat

sich zu einem wahren Festival der Brüderlichkeit und Völkerfreundschaft entwickelt.

Solche Feste bringen die internationalen Gefühle unseres Volkes zum Ausdruck. Unsere Lebensweise erzieht die Jugend nicht zu Chauvinismus und Menschenhaß, sondern zu Freundschaft und Brüderlichkeit.

A. Plepis
Tallinn, Estnische SSR

KULTURVERBINDUNGEN

Ich möchte feststellen, daß in den zehn Jahren seit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich gefestigt haben, der Kulturaustausch lebhafter geworden ist. Ich bin Lehrer. Meine Schüler lernen Russisch und möchten mit sowjetischen Schülern korrespondieren.

Von ganzem Herzen gratuliere ich Ihnen zum 50. Jahrestag der Sowjetmacht.

Yoshio Ikeda
Tokio, Japan

DER MÄCHTIGSTE SCHUTZ

In dieser Zeit erhöhter Spannungen spüre ich noch deutlicher als sonst, wie wertvolle Informationen ich der Neuen Zeit verdanke. Für uns alle hier ist die Sowjetunion der mächtigste Schutz vor dem Übermut der Aggressoren. Ohne diesen Schutz würden die Willkür und die Verantwortungslosigkeit der Imperialisten diesen Erdball bereits unbewohnbar gemacht haben.

Otto Burchardt
Jena, DDR

ZEITGESCHEHEN • ZEITGESCHEHEN • ZEITGESCHEHEN •

Zypern: Gefahr im Verzug

N. NISHOTIS

Am 26. Juni erlebte das Parlament von Zypern wohl die denkwürdigste Debatte seiner Geschichte. Auf Antrag von Lellos Demetriades, Fraktionsführer der Patriotischen Front (der Regierungspartei), wurde die Gefahr diskutiert, die durch die Athener Generalsjunta auf Zypern herabbeschworen worden ist.

Große Bedeutung hatte das Zustandekommen der Debatte an sich. Der Generalsklüngel in Athen und seine Anhänger auf Zypern hatten alles getan, um sie zu hintertreiben. Sie suchten den Präsident von Zypern, Erzbischof Makarios, zu beeinflussen und den Parlamentsvorsitzenden Glavkos Clerides wie auch den Berichterstatter selbst zu erpressen. Wie Demetriades im Parlament mitteilte, wurden sogar einige ausländische Botschaften aufgeboten, um ihn zur Zurücknahme seines Antrags zu veranlassen.

Der reaktionäre Militärklüngel war nicht umsonst besorgt. Die Debatte war ein wuchtiger Schlag gegen die Verschwörer. Durch seine Sprecher im Parlament erteilte das Volk von Zypern denen, die es auf seine Unabhängigkeit abgesehen haben, die gebührende Abfuhr. Im Parlament wurde der Plan der NATO zur „Lösung des Zypernproblems“ angeprangert und nachdrücklich zurückgewiesen. Er läuft darauf hinaus, die staatliche Selbständigkeit Zyperns zu liquidieren, es unter Griechenland und der Türkei aufzuteilen und zu einem Stützpunkt des Atlantikblocks zu machen.

Parlamentsvorsitzender Clerides wies darauf hin, wie verderblich die von der NATO angeregten griechisch-türkischen Verhandlungen über die Zypernfrage für das Land werden können. Er sagte: „Diejenigen, die für die Fortsetzung der zweiseitigen Verhandlungen eintreten, betrachte ich als Einpeitscher der Teilung Zyperns.“

Der Generalsekretär der Fortschrittspartei der Werktätigen Zyperns, E. Papaioannou, forderte die Aufbietung des gesamten Volkes, damit eine Teilung der Insel verhindert werde.

Die Art und Weise, in der die Machthaber in Athen auf die Debatte reagierten, bestätigte, daß eine Verschwörung vorliegt. Am 30. Juni gab Radio Athen

eine Erklärung „zuständiger Kreise“ durch, in der es hieß, daß Zypern „vor entscheidenden Ereignissen“ stehe und daß es darum nötig sei, die führenden zypriotischen Politiker zu isolieren und zum Rücktritt zu zwingen. Mit der Führung müßten Leute betraut werden, „die zur griechischen Regierung Vertrauen haben“.

Die Generale in Athen möchten die Republik Zypern liquidieren. Das Gerede von bevorstehenden „entscheidenden Ereignissen“ schätzte die Öffentlichkeit Zyperns als einen Hinweis darauf ein, welchen Umfang die Verschwörung der Reaktion bereits angenommen hat. In der Tat berichtete Reuter kurz darauf aus Athen, die griechische Regierung neige dazu, die „Zypernfrage gemeinsam mit der Türkei zu regeln“, doch

stehe dem die Haltung von Erzbischof Makarios entgegen. Die New York Times läßt sich aus Athen berichten, es handele sich nicht darum, ob es zu einem Staatsstreich auf Zypern kommt oder nicht, sondern nur um seinen Zeitpunkt.

Beauftragte der Athener Junta spornen die Führer der zypriotischen Reaktion an. Ende Juni erschien auf der Insel der stellvertretende Generalstabschef der griechischen Armee Generalleutnant Athanassios Denisis. Wie man erfuhr, unterhielt er sich mit General Grivas, auf den die Verschwörer bauen. Auch drei andere hohe griechische Militärs, unter ihnen Oberst Ntitzis vom Athener Aufklärungsdienst, haben Zypern besucht. Die NATO-freundlichen Zeitungen auf der Insel greifen die patriotischen Staatsmänner und die Journalisten, die die Pläne der Verschwörer enthüllen, heftig an.

Die Gefahr liegt auf der Hand. Die Verschwörung gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Zyperns ist ein Bestandteil der großangelegten Umtriebe des Imperialismus gegen die jungen Nationalstaaten.

Südvietnam: McNamaras Pläne

Dmitri WOLSKI

Krieg genüge ein Expeditionskorps von 475 000 Mann. Am 5. Juli aber berichtete dieselbe Nachrichtenagentur im Zusammenhang mit McNamaras Saigon-Reise, nach Ansicht militärischer Kreise seien „lediglich, um die Stellungen in Vietnam halten zu können“, noch Tausende Soldaten nötig. Was General Westmoreland angeht, so fordert er mit dünnen Worten sofort 200 000 Mann als Verstärkung.

Ein Mitarbeiter des Generals prahlte vor Korrespondenten, Westmoreland könne von Washington „alles haben, was er will“. Das mag stimmen, aber der Krieg wird für die USA zu einer immer schwereren Belastung. Den amerikanischen Zeitungen zufolge bedingt eine Befriedigung der Forderungen Westmorelands eine weitere Vergrößerung des Kriegsbudgets, höhere

Steuern und neue Einziehungen von Reservisten.

Der Heroismus der vietnamesischen Patrioten, die sich den schwierigsten Situationen gewachsen zeigen, läßt Washington bereits an seinen eigenen Berechnungen und Prognosen zweifeln. Heute wagt niemand mehr zu prophezeien, daß es mit weiteren 200 000 oder 300 000 Mann sein Bewenden haben werde. Den Anhängern des „Kriegs bis zum siegreichen Ende“ bleibt wie vielen ihrer Vorgänger nur noch die Hoffnung auf ein Wunder. Mit ihr hat sich McNamara offenbar auch nach Südvietnam begeben. Allerdings war er diesmal bemüht, keine große Schau aus seiner Reise zu machen: Nichts von Pressekonferenzen und öffentlichen Ansprachen, und von den 300 in Saigon akkreditierten Korrespondenten durften ihn nur drei begleiten. Alle seine Schritte wurden geheimgehalten. Dennoch ist über manche Projekte, die der Verteidigungsminister prüfte, einiges in die USA-Presse durchgesickert.

Eines von ihnen sieht eine Verstärkung des Luftkriegs gegen Nordvietnam, namentlich die Schaffung eines Bombenteppichs vor, der durch ganz Nordvietnam und einen Teil des Gebiets von Laos gehen soll. Die Bomben-

abwürfe sollen hier Tag und Nacht ununterbrochen und mit höchster Intensität vorgenommen werden. Amerikanischen Militärexperten zufolge würde das doppelt soviel Flieger und Maschinen erfordern wie der gegenwärtige Luftkrieg gegen den Norden.

Ein anderer Plan sieht die „physische Isolation“ der Befreiungsarmee Südvietnams vor. Zu diesem Zweck soll ein 170 Meilen langer Bodenstreifen zwischen dem Golf von Tonkin und der Grenze zu Laos und Thailand „gesäubert“, vermint und mit Stacheldrahtverhau und Beobachtungspunkten versehen werden, die überall einen ungehinderten Durchblick bieten. Die Anlage einer solchen Linie wird schätzungsweise 1 Milliarde Dollar kosten, drei Jahre dauern und 100 000 bis 150 000 Soldaten erfordern.

Der *Washington Evening Star*, der über diese Projekte berichtete, läßt durchblicken, daß auch andere in Erwägung gezogen wurden.

Es ist schwer zu sagen, worum es sich dabei handelt. Aber bereits die Pläne, die jetzt ruchbar geworden sind, zeugen davon, daß sich die amerikanische Politik zu einem immer wahnwitzigeren Abenteuerium versteigt.

Ein Friedensmeer

Am 9. Juli wurde in Rostock, der Metropole der Seeleute und Schiffsbauer der DDR, das traditionelle Forum der Ostseeländer eröffnet.

Wie in den vergangenen Jahren verläuft die Ostseewoche unter der Devise: „Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein.“

Da die traditionelle Veranstaltung diesmal die zehnte ist, also ihr Jubiläum feiert, ist die Teilnahme von Vertretern der Öffentlichkeit und der Bevölkerung der nordeuropäischen Länder an ihr stärker denn je. Rostock beherbergt Tausende Gäste aus Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, Island, der Sowjetunion und Polen. Unter ihnen sind Politiker, Parlamentarier, Vertreter politischer Parteien, Abgesandte von Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen.

Die feierliche Eröffnung der Ostseewoche fand auf dem Hauptplatz von Rostock, dem Ernst-Thälmann-Platz, statt. Die Eröffnungsansprache hielt der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR und Vorsitzende des Komitees der Ostseewoche, Dr. Lothar Bolz. Er sagte:

„Der westdeutsche Imperialismus ist wiederum zum Hauptgefahrenherd eines Weltkriegs geworden. ... Angesichts dieser Situation ist der Kampf für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung.“

Lothar Bolz betonte, daß die Garantien für Frieden und Sicherheit in erster Linie auf deutschem Boden von beiden deutschen Staaten geschaffen werden müssen durch friedliche Koexistenz der DDR und der BRD, durch vertraglich vereinbarten Verzicht auf Gewaltanwendung, wie ihn die Regierung der DDR wiederholt vorgeschlagen hat.

Abschließend richtete Dr. Bolz an die Völker der nordeuropäischen und Ostseeanliegerstaaten den Appell, sich zur Sicherung des Friedens zusammenzuschließen und den Expansionsbestrebungen der Bonner herrschenden Kreise entschieden entgegenzutreten.

Kostas KOTSIAS

Schon in den ersten Minuten nach dem „Staatsstreich der Obersten“ in der Nacht zum 21. April 1967 sahen selbst die Naivsten in Griechenland ein, daß sie sich unter der eisernen Ferse eines Regimes befinden, das dem der Hitlerokkupation täuschend ähnelt, und daß der Umsturz, der die Militärjunta an die Macht brachte, ein Werk Washingtons war.

Es wäre falsch, die Haltung der USA einzig und allein mit dem Wunsch zu erklären, die Unannehmlichkeiten loszuwerden, die ihnen die griechische Linke bereitete, und die Bewegung zu unterdrücken, die für die Wiederherstellung der Demokratie im Lande eintrat. Ich bin der Ansicht, daß die Zwecke des Umsturzes weit über die Grenzen meines Landes hinausgehen. Vor allem kann man ihn als eine amerikanische Gegenoffensive in Süd-europa bezeichnen. Das ist ein Ablenkungsmanöver, hervorgerufen durch die jetzige Einstellung Frankreichs zur NATO und durch die Tendenzen zur Annäherung zwischen europäischen NATO-Partnern und den Warschau-Vertragsländern zwecks Normalisierung der ökonomischen und politischen Situation in Europa. Ferner könnte man mit Hilfe des faschistischen Griechenlands als einer Handhabe Washingtons versuchen, eine „proatlantische“ Lösung der Zypernfrage herbeizuführen und Voraussetzungen für weitere Abenteuer im Nahen Osten zu treffen. Es ist wohl kein Zufall, daß ein Krieg gerade dort ausgebrochen ist.

Wir dürfen ferner nicht vergessen, daß provokatorische Abenteuer von seiten der faschistischen Regierung in Athen selbst durchaus möglich sind. Ist es denn reiner Zufall, daß gleich nach dem Umsturz der Sender der Athener Junta die Frage des Nord-epirus hervorholte und zu seiner Wiedervereinigung mit Griechenland aufrief? Zudem ging das mit einer Kündigung des griechisch-jugoslawischen Abkommens und mit der Schließung der Grenze zwischen den beiden Ländern einher.

Angesichts der Vorgänge in Griechenland steht die Militärgruppierung der NATO in einem neuen Schlaglicht da. Wir haben uns davon überzeugt, daß der NATO ein Mechanismus einmontiert ist, der sie befähigt, jederzeit die Demokratie in den Ländern dieser Gruppierung zu erdrosseln. Die „Verschwörung der Obersten“ ist im Grunde nur dank diesem Mechanismus gelungen.

Was sich in Griechenland zugetragen

Die Kulturschaffenden und die Offensive des Neofaschismus

hat, muß für ganz Europa eine ernste Lehre sein. Alle fortschrittlichen Parteien und Organisationen, die für Demokratie kämpfen, sollten die nötigen Schlußfolgerungen ziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man die Situation in Europa neu einschätzen müssen wird. Es gilt, wirksame Maßnahmen zu erhöhter Wachsamkeit und dazu zu ergreifen, die Demokratie vor Plänen wie dem „Unternehmen Prometheus“ zu schützen. Nach den tragischen Ereignissen in Griechenland muß die Öffentlichkeit jedes NATO-Landes folgendes Problem untersuchen: inwiefern ist es wahrscheinlich, daß die Streitkräfte des jeweiligen Landes zu einem gewissen Zeitpunkt und unter gewissen Umständen zu einer blitzartigen Machtergreifung und zur Errichtung des Faschismus im Lande benutzt werden können?

Der Faschismus hat alle demokratischen Kräfte Griechenlands zu einer Einheitsfront gegen die Diktatur zusammengeschmiedet. Der Widerstand hat bereits begonnen. Der Kampf gegen den Faschismus geht aber nicht bloß die Griechen an. Er betrifft unmittelbar die Interessen aller anderen europäischen Völker. Wer zweifelt denn daran, daß man den Faschismus in Griechenland

schleunigst entmachten muß? Man darf es nicht zulassen, daß er sich wie eine Infektionskrankheit auf andere Länder überträgt.

Die neofaschistische Invasion in Europa, eine freche Offensive des Imperialismus, die beispiellose Eskalation seiner Aggressivität auf unserem Kontinent sowie die Vorgänge im Nahen Osten zwingen die Kräfte des Friedens und Fortschritts zu neuen und effektiven Maßnahmen. Eine solche Maßnahme wäre die Schaffung einer breiten antifaschistischen Front, die dazu beitragen würde, der Gefahr, in der Europa schwebt, entgegenzutreten.

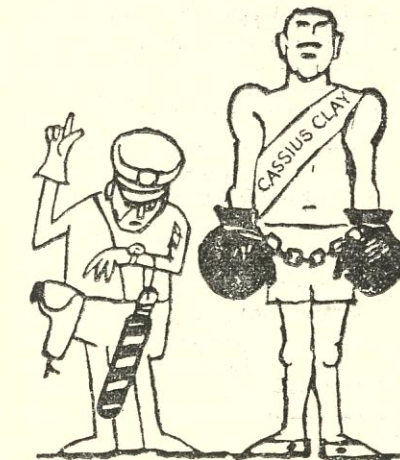
Wenn ich von der Schaffung einer antifaschistischen Front schreibe, so meine ich damit eine wichtige Idee. Sie entstand während des IV. sowjetischen Schriftstellerkongresses Ende Mai in Moskau. Kulturschaffende aus vielen Ländern verurteilten dort voller Zorn die finsternen Kräfte des Imperialismus und die militaristischen Kreise Washingtons, die skrupellos Knechtungs- und Mordmethoden gegen ganze Völker anwenden, zum Beispiel in Vietnam. Nun haben sich diese Kräfte dazu versteigert, den militaristischen Apparat der NATO zu benutzen, um in Europa die Demokratie zu unterdrücken und neofaschistische Regimes zu errichten. Die Teilnehmer des Kongresses beschränkten sich nicht darauf, die neofaschistische Invasion zu verurteilen, sondern brachten Vorschläge ein, um diese Gefahr zu verhüten.

Am konkretesten war der Vorschlag des sowjetischen Schriftstellers Konstantin Simonow, in nächster Zeit einen antifaschistischen Schriftstellerkongreß einzuberufen. Er sagte:

„Wir wissen, daß die Schriftsteller in Italien, Frankreich und vielen anderen europäischen Ländern über den faschistischen Umsturz sehr besorgt sind, daß sie darüber schreiben und dagegen schärfstens protestieren. Ist es denn nicht höchste Zeit, daß wir Schriftsteller irgendwo in Europa einen neuen internationalen Kongreß gegen die Wiedergeburt des Faschismus abhalten, ganz gleich, unter welchem Himmel er restauriert werden soll?“

Wir Schriftsteller haben unsere Auseinandersetzungen, verschiedene

Ausgezählt



„Eins, zwei, drei, vier, fünf — Jahre Gefängnis!“

T. Pindarew, Strshel, Sofia

Griechenland, Sommersaison 1967



Le Canard enchainé, Paris

Ansichten über verschiedene Probleme. Ich glaube aber, daß alle aufrechten Schriftsteller Europas, ja der ganzen Welt sich heute, nach Oradour, Coventry, Lidice, Leningrad, Auschwitz und Dachau darüber einig sind, daß der Faschismus das Hauptübel für die Menschheit und die Kultur war und bleibt und daß wir Schriftsteller dem wieder-aufstrebenden Faschismus immer, auf welchem Kontinent er sein Haupt auch erheben mag, deshalb unser Nein entgegen-schleudern müssen. Es muß ein gemeinsames Nein sein, das in allen Sprachen durch die ganze Welt erschallen soll. Je früher, desto besser!"

Alle sowjetischen Schriftsteller und alle hervorragenden Kulturschaffenden der Welt, die zum Kongreß eingeladen waren, stimmten darin überein, daß man sobald wie möglich Schritte zum Kampf gegen den angreifenden Faschismus unternehmen muß. Der Dichter Pablo Neruda sagte:

„Das faschistische Regime in Griechenland muß im Keime erstickt werden, denn es ist ein Schandfleck für Europa. Die Völker Europas müssen diesen Schandfleck gemeinsam mit allen internationalen Bewegungen vernichten, die in ihm eine Bedrohung der Zivilisation und der Menschheit, die Gefahr eines Neuaufkommens des Hitlerismus sehen!"

Für praktische Maßnahmen im Zusammenhang mit der entstandenen Situation trat auch der Generalsekretär der Europäischen Schriftstellergemeinschaft, Giancarlo Vigorelli, ein. Ferner möchte ich hier einen Passus aus der Rede des bekannten italienischen Schriftstellers und Malers Carlo Levi zitieren, der ein charakteristisches Moment der gegenwärtigen Lage hervorhob. Er sagte:

„Der Umsturz in Griechenland hätte ohne sorgfältige Vorbereitung und ohne Einsatz moderner Methoden und Mittel, wie sie für die amerikanische CIA bezeichnend sind, nicht erfolgen können. Das ist eine vervollkommnete Methode zur Führung politischen Kampfes mit Hilfe von Elektronenrechenzentralen und ausführlicher Karteien."

Im Sinne dieser Stellungnahmen sollten wir, finde ich, praktische Maßnahmen ergreifen. Es gilt, nicht einfach eine antifaschistische Front aufzustellen, sondern eine antifaschistische Front neuer Prägung, die imstande wäre, den von der Weltreaktion ausgehenden und ins Treffen geführten neuen Angriffsmethoden entgegenzutreten. Es ist möglich, daß diese Front als Ergebnis einiger breiter antifaschistischer Kongresse von Schriftstellern, Künstlern, Studenten, Film- und Bühnen- sowie anderen Kulturschaffenden entstehen könnte.

KAMERUN

Ein Überblick

Die Bundesrepublik Kamerun liegt an der afrikanischen Westküste. Ihr Gebiet (475 400 Quadratkilometer) erstreckt sich vom zentralafrikanischen Tschad-See bis zum Golf von Guinea.

Die mehr als 5 Mill. Einwohner Kameruns gehören verschiedenen Stämmen an. Im Süden und Südosten leben Bantu-Stämme, im Norden Haussa und ihnen verwandte Völkerschaften. Die Völkerschaften Mittelkameruns gehören zu den Ost-Bantuiden. Die Waldgebiete sind auch von den ältesten Eingeborenen des tropischen Afrikas, den Pygmäen, besiedelt. Die buntscheckige ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und die Vielzahl der Sprachen ist ein wesentlicher Zug Kameruns.

Europäische Kolonisten drangen zum ersten Mal 1472 in Kamerun ein. Damals erreichte eine portugiesische Expedition unter Fernão Pó die Mündung eines unbekannten Flusses an der Westküste Afrikas. Den Portugiesen fiel auf, daß es dort von Krabben wimmelte. „Das ist ein Krabbenfluß!" (Rio dos Cameros) rief ein Matrose aus, und daher kommt der bei den Europäern bräuchliche Namen des Landes wie auch des großen vulkanischen Gebirges an seiner Küste. In seinem Zentralteil erhebt sich der 4070 Meter hohe Kamerunvulkan, der höchste Punkt Westafrikas.

Nach der Entdeckung Kameruns durch die Portugiesen wurde das Land von Sklavenhändlern heimgesucht, die die amerikanischen Plantagen mit Arbeitskräften versorgten. Später begann unter den Westmächten ein Kampf um Kamerun. Anfangs siegte Deutschland, das das Land 1884 zu seinem „Schutzgebiet" erklärte. Nach Deutschlands Niederlage im ersten Weltkrieg wurde Kamerun von England und Frankreich besetzt, denen der Völkerbund das Land 1922 als Mandatsgebiete zuwies. Der Ostteil fiel an Frankreich, der westliche an Großbritannien. Nach dem zweiten Weltkrieg (Ende 1946) wurden beide Teile zu Treuhandgebieten der UNO unter britischer und französischer Verwaltung erklärt.

Einst bestanden auf dem Territorium Kameruns mehrere souveräne Staaten, die einen hohen Kulturstand erreicht hatten und mit vielen Ländern Afrikas

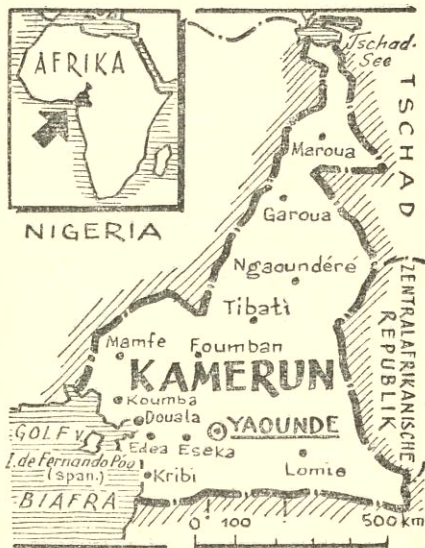
Handel trieben. Die Kolonialexpansion der europäischen Mächte brachte diese Staaten zum Verschwinden.

Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika führte nach dem zweiten Weltkrieg zu einer Wende im Geschick Kameruns. Unter dem Druck dieser Bewegung gewährte Frankreich Kamerun 1957 den Status eines autonomen Staates im Bestand der Französischen Gemeinschaft, und am 1. Januar 1960 konstituierte sich Ostkamerun als selbständige Republik. Durch einen Volksentscheid im Februar 1961 fiel der Nordteil Westkameruns an Nigeria, während sein südlicher Teil der Republik Kamerun angeschlossen wurde. So entstand die Bundesrepublik Kamerun, deren Hauptstadt Yaounde 100 000 Einwohner zählt.

Staatsoberhaupt ist der Präsident der Republik, den ein Wahlmännerkollegium für fünf Jahre wählt und der mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet ist. Höchste gesetzgebende Körperschaft ist die Bundesnationalversammlung. Ihre 50 Abgeordneten werden in allgemeiner Abstimmung für fünf Jahre gewählt. Die Exekutivgewalt liegt in der Hand des Ministerrates.

Kamerun ist reich an Bodenschätzen wie Eisenerz, Bauxit, Titan, Zinn und Gold. Es sind auch Lagerstätten von Uran- und Manganerz entdeckt worden. Nach Erdöl wird gesucht.

Die langen Jahre der Kolonialunterdrückung haben der Wirtschaft Kameruns ihren Stempel aufgedrückt. Es ist immer noch ein schwachentwickeltes Agrarland. Etwa 90 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Wirtschaft beruht auf dem Anbau von tropischen



Pflanzen, der Nutzung der Wälder und der Viehzucht.

Ein Drittel des Gebiets der Republik ist von Wäldern bedeckt. Sie bilden eine gewaltige natürliche Schatzkammer, deren Schätze erst erschlossen werden. Im vorigen Jahr wurden dort 500 000 Kubikmeter Edelhölzer aufgebracht. Die Hälfte davon wurde exportiert.

Der für Kamerun höchstwichtige Anbau von tropischen Kulturen (vor allem Kakao und Kaffee) liegt hauptsächlich in der Hand ausländischer Pflanzler. Große Bedeutung gewinnt die Baumwoll- und die Kautschukerzeugung.

Hauptexportartikel und Hauptquelle des Nationaleinkommens ist Kakao. Im Jahre 1966 belief sich der Ertrag der Kakaobohnen auf fast 100 000 Tonnen, der Ertrag der Kaffeeplantagen auf etwa 70 000 Tonnen. Es wurden 57 500 Tonnen Baumwolle und 12 600 Tonnen Kautschuk aufgebracht.

Die jetzige Regierung von Kamerun leistet Beträchtliches zum Ausbau der nationalen Wirtschaft, zur Beseitigung ihrer Abhängigkeit vom kapitalistischen Markt und zur Schaffung einer Industrie, da diese bisher kaum entwickelt ist. Sie besteht aus einigen Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe, Textilfabriken, Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie und der Chemie sowie Aluminiumwalzwerken.

Kamerun hat den Weg der Planwirtschaft betreten. Der erste Fünfjahrplan (1960—1965) brachte eine jährliche Vergrößerung der Bruttoproduktion des Landes um 7,3 Prozent. 1959 belief sich der Anteil des Agrarsektors am Bruttoprodukt auf 48 Prozent, 1963 und 1964 auf 41,3 Prozent. Der Anteil des industriellen Sektors stieg in der gleichen Zeit von 11,1 auf 14,6 Prozent. Seit das Land unabhängig ist, hat es also bestimmte Erfolge in der Entwicklung seiner Wirtschaft, in erster Linie der Industrie, erzielt.

Vom 1. Juli 1966 an läuft der zweite Fünfjahrplan für die ökonomische und soziale Entwicklung. In seinem Rahmen sollen bis Juni 1971 in der Wirtschaft und im Bildungswesen 164 876 000 000 Afrika-Franc angelegt werden, davon rund 30 Prozent in der Landwirtschaft und 36,6 Prozent in der Industrie.

Im Rahmen des zweiten Fünfjahrplans sollen eine Alu-Walzstraße, eine Zementfabrik, ein Mühlenkombinat, eine Schokoladenfabrik, eine Furnierholzfabrik, ein Düngemittelwerk, eine Glashütte, eine Zuckerfabrik und mehrere kleinere und mittlere Betriebe zur Ver-

Biographisches

Ahmadou Ahidjo



Am 5. Juli traf der Präsident der Bundesrepublik Kamerun, Ahmadou Ahidjo, auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein.

Ahidjo wurde 1924 in Garoua (Nordkamerun) geboren. 1942 absolvierte er die Verwaltungshochschule in Yaounde und entfaltete eine aktive öffentliche und politische Tätigkeit. Nachdem Kamerun 1957 eine innere Autonomie erlangte, trat Ahidjo der Regierung bei, zunächst als stellvertretender Ministerpräsident, dann, seit Februar 1958, als Ministerpräsident. Dieses Amt bekleidete er bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit Kameruns (1960). Am 5. Mai 1960 wurde er zum ersten Präsidenten gewählt; er ist gleichzeitig Oberhaupt der Regierung von Kamerun.

Nachdem im Oktober 1961 Ost- und

Westkamerun zur Bundesrepublik vereinigt wurden, wurde Ahidjo Präsident und Chef der Bundesregierung. Im März 1965 wurde er für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Ahidjo ist Führer der Regierungspartei Nationalverband, die im September 1966 gegründet wurde.

Ahmadou Ahidjo tritt für eine blockfreie Politik, für Aufrechterhaltung und Entwicklung der Freundschaftsbeziehungen zu allen Ländern, für Festigung des Weltfriedens, gegen Kolonialismus und Rassendiskriminierung auf.

arbeitung örtlicher Rohstoffe gebaut werden.

Eine wesentliche Entwicklung des Bergbaus ist einstweilen nicht geplant. Präsident Ahidjo erklärte vor der Bundesnationalversammlung in seinem Bericht über den Fünfjahrplan, der Abbau der großen Eisenerzvorkommen bei Kribi wie auch der Bauxitlagerstätten sei „keine Sache der nächsten Zukunft, da dafür weder technische noch wirtschaftliche Voraussetzungen bestehen".

Die Bundesrepublik Kamerun unterhält freundschaftliche und sachliche Beziehungen zur Sowjetunion. Im September 1962 wurde in Moskau ein Handelsabkommen unterzeichnet, nach dem die Sowjetunion in Kamerun Kautschuk, Erdnüsse, Kaffee und Edelhölzer ankauft. Am 15. April 1966 wurde in Yaounde ein weiteres Abkommen über Zusammenarbeit beim Bau und bei der Ausstattung einer Landwirtschaftsschule in Westkamerun und einer Forstwirtschaftsschule unweit von Yaounde unterzeichnet. Die Sowjetunion gewährt Kamerun zu diesem Zweck einen 4-Millionen-Rubel-Kre-

dit und stellt ihm technische Fachleute zur Verfügung.

Der Besuch, den Präsident Ahmadou Ahidjo der Sowjetunion Anfang Juli d. J. abstattete, zeugt von der weiteren Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Präsident Ahidjo erklärte in Moskau, was die UdSSR und Kamerun einander besonders nahe bringe, sei ihr Streben nach Gewährleistung und Festigung eines dauerhaften Weltfriedens.

Kamerun unterstützt aktiv die Organisation der Afrikanischen Einheit, befürwortet die internationale Neutralität der afrikanischen Staaten und wendet sich gegen die Umtriebe der aggressiven Kräfte.

Kamerun gehört zu den afrikanischen Ländern, die allen Schwierigkeiten zum Trotz bestrebt sind, die Nachwirkungen der kolonialen Unterdrückung durch Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft zu überwinden und die ihre Beziehungen zu allen Staaten nach den Grundsätzen der Verständigung und freundschaftlichen Zusammenarbeit gestalten.

INTERNATIONALE UMSCHAU

SÜDVietnam

Ein Elektronenhirn hat sich verrechnet

In einem Saigoner Vorort befindet sich in einem bescheidenen weißen Häuschen eine Waffe, von der sich das amerikanische Militärkommando in Südvietnam viel verspricht.

Es handelt sich um eine Elektronenrechenmaschine, Modell 1430. Sie funktioniert Tag und Nacht und verarbeitet diverse Angaben, Tonnen von Dokumenten für den militärischen Nachrichtendienst. Bedient wird sie von mehr als 1000 Personen. Das Elektronenhirn analysiert Agentenberichte, die Ergebnisse von Verhören gefangener Soldaten der Befreiungsarmee und „Verdächtiger“, Angaben der Fotospionage, Mitteilungen der Marionettenverwaltung und eine Unmenge sonstigen Materials. Die Maschine soll feststellen, wo sich die

Kräfte der Patrioten befinden, wie stark sie sind, um auf diese Weise den Aggressoren behilflich zu sein, Strafexpeditionen zu entsenden.

Welches sind die Resultate dieser Elektronenspionage?

„Trotz seiner erstaunlichen Fähigkeiten“, schreibt die französische Zeitschrift *L'Express* am 9. Juli, „hat das Elektronenhirn 1430 den Überfall nicht vorausagen können, den die Vietkong vorige Woche auf ein Lager amerikanischer Sondertruppen in Dak To auf dem Hochplateau Zentralvietnams unternahm.“

Bei diesem Angriff erlitten die amerikanischen Strafruppler eine ernste Niederlage; viele Soldaten kamen ums Leben. Wie nach dem Gefecht ermittelt wurde, hatten die Patrioten vorher um den Stützpunkt Befestigungen ausgehoben und den Angriff vorbereitet. Das Elektronenhirn ließ keine Warnung ergehen, und der Angriff kam für das amerikanische Kommando völlig überraschend.

VENEZUELA

Gangster vom Volkswagen-Konzern

Am Morgen des 6. Juli knallten Schüsse in Moron vor dem Tor der Kraftwagen-Montagefabrik des westdeutschen Volkswagen-Konzerns. Maximo Martínez, ein Führer der unabhängigen Gewerkschaftsorganisation des Betriebs, brach mit einer schweren Kopfwunde zusammen. Der westdeutsche Direktor der Fabrik hatte von der Waffe Gebrauch gemacht, als Martínez versuchte, dem Präsidenten des Metallarbeiterverbandes, Jose Mollegas, zu helfen.

Das kam so. Ein westdeutscher Betriebsleiter fuhr mit seinem Wagen in eine Gruppe von Arbeitern, die vor dem Fabriktor standen. Der Wagen überfuhr Mollegas. Er erlitt einige Brüche und eine Kopfverletzung.

Die Gangstermethoden der Direktoren dieser Volkswagen-Fabrik kommen

nicht von ihrem heißen Blut, sondern daher, daß die beiden verwundeten Gewerkschaftler Führer des Streiks waren, der am 4. Juli in der Fabrik ausbrach. Die Arbeiter forderten höhere Löhne und die Wiedereinstellung entlassener Kollegen. Alle Versuche der Unternehmer, den Streik zu unterdrücken, waren vergeblich. Da griffen sie zu Terrormaßnahmen.

Der Anschlag auf das Leben zweier Gewerkschaftsführer hatte in der Arbeiterklasse Venezuelas Empörung ausgelöst.

„Noch nie in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Venezuelas hat es ein so hinterhältiges Verbrechen von Unternehmern gegeben wie dieses, das heute gegen zwei bekannte Arbeiterführer begangen wurde“, erklärte der Vorsitzende der Konföderation der Werktätigen Venezuelas, Jose Gonzalez Navarro.

Die Konföderation hat den westdeutschen Betrieb als unerwünscht für die Arbeiterklasse Venezuelas erklärt und die westdeutsche Botschaft darüber informiert.

Der Landesverband der Hafenarbeiter hat einen Boykott über die Volkswagen-Fabrik verhängt, „solange ihre Leiter nicht bestraft werden“.

„Der Betrieb des Volkswagen-Konzerns“, schreibt die venezolanische Zeitung *Republica*, „ist in Venezuela dafür bekannt, daß er die niedrigsten Löhne zahlt, sich den Arbeitern gegenüber unerbittlich verhält und den Gewerkschaften die elementaren Rechte abspricht.“

DÄNEMARK

Eine verdorbene Feier

Einer alten Tradition gemäß wird in Dänemark alljährlich der Unabhängigkeitstag der USA begangen. Am 4. Juli findet in dem Städtchen Rebild eine Festversammlung statt; allerdings bereiten die Feierlichkeiten in Rebild seit einiger Zeit, genauer seit der Eskalation

des schmutzigen Krieges in Vietnam, den dänischen Behörden Scherereien. Die vielen dänischen Kriegsgegner machen nämlich an diesem Tag ihrer Empörung über die amerikanische Aggression gegen das vietnamesische Volk Luft. Im vorigen Jahr wurde die Feier in Rebild von Demonstranten verdorben. Deshalb haben die Behörden dieses Jahr in Rebild ein großes Polizeiaufgebot eingesetzt.

Dennoch lief dieser Julitag nicht ohne Protestdemonstrationen ab.

In der Nacht zum 4. Juli drang eine Gruppe Dänen in den Zentralen Flughafen von Kopenhagen ein und malte auf das Flugzeug der USA-Botschaft in großen Lettern die Losung „Raus aus Vietnam!“ Eine andere Gruppe von Gegnern der amerikanischen Aggression malte ähnliche Losungen auf 43 Waggonen der Stadtbahn. Die Farbe ließ sich nicht abwaschen, und den ganzen 4. Juli rollten die Waggonen durch Kopenhagen und Umgegend und agitierten für den Abzug der USA-Truppen und für Frieden in Vietnam.

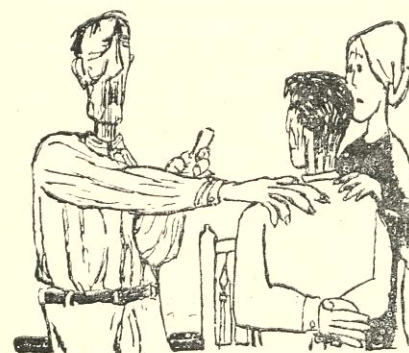
AFRIKA

Einleuchtend

Die *New York Times* hat ihren Sonderkorrespondenten T. A. Welles nach Afrika gesandt, um das Verhalten der dortigen Länder zur Politik Washingtons zu ermitteln.

Welles legte insgesamt 12 000 Meilen

In der „freien Welt“



„Nun, Junge, du bist schon groß und mußt dir Arbeit suchen. Da hast du eine Fahrkarte nach Westdeutschland.“

Arriba, Madrid

zurück und besuchte zwölf Länder. Er sprach mit Staatschefs, Ministern, Gewerkschaftlern, Unternehmern und anderen Personen. Überall stieß er auf Kritik an den USA. Seine Eindrücke und Schlußfolgerungen schilderte er in den *New York Times* vom 27. Juni.

Seinen Beobachtungen zufolge sind die Afrikaner am meisten empört über „die Rolle der USA in Vietnam, die man als die Intervention einer weißen Großmacht gegen ein kleines Asienland empfindet, das sich weit von ihrer Küste befindet... Besonders scharf werden die Bombardierungen Nordvietnams verurteilt.“

Ferner, schreibt Welles, werden die

USA dafür kritisiert, daß sie nichts unternehmen, um „die weißen rassistischen Regimes in Rhodesien, der Südafrikanischen Republik, Angola, Moçambique und Portugiesisch-Guinea zu überreden, anzuerkennen, daß schließlich das Prinzip der Herrschaft der afrikanischen Mehrheit obsiegen muß“.

Welles verweist darauf, daß die Afrikaner, die die Kolonialherrschaft abgeschüttelt haben, über die Rassendiskriminierung in den USA entrüstet sind.

Die Washingtoner Politiker, die sich mitunter bestürzt fragen, weshalb das Ansehen der USA in Afrika sinkt, könnten in Welles' Bericht eine einleuchtende Antwort finden.

Majestätsbeleidigung

Monarchen sind bekanntlich nicht die einzige Art von Königen. Es gibt noch Öl-, Kanonen-, Stahl-, Chemiekönige usw. usf. Westdeutschland besitzt auch einen Kaufhauskönig: Helmut Horten mit einem Jahresumsatz von 1,65 Milliarden DM. Kein Wunder, daß Majestät etwas großwahnsinnig ist. Und da erküht sich ausgerechnet ein Schlagersänger, den gleichen Namen zu führen! Von Haus aus hörte dieser Österreicher zwar auf den Namen Peter Müller, tritt aber als Peter Horten auf.

Zwei namhafte Anwälte strengten im Auftrag des Kaufhauskönigs im Landgericht Düsseldorf einen Prozeß gegen den Kabarettisten an, um zu erreichen, daß ihm „bei Meidung einer ... Geldstrafe bis zu unbegrenzter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten“ untersagt werde, den kostbaren Namen Horten zu führen.

Da das Gericht nicht sofort parierte, traf der „König“ seine Maßnahmen. Auf seine Intervention wurde eine Fernseh-sendung mit dem Sänger abgesetzt.

Aber der junge Österreicher ließ sich nicht ins Bockshorn jagen. Der Kaufhauskönig, sagte er, sei ihm kein Begriff, und den Namen Horten habe er nur gewählt, weil er besser als Müller klinge. Zudem heißt ein berühmter Boxer, der gelegentlich auch singt, ebenfalls Peter Müller. Hätte dieser erfahren, daß ihm eine Konkurrenz des gleichen Namens erwachsen sei, so hätte es seinem Namensvetter schlecht ergehen können. In seinem jugendlichen Leichtsinne fürchtete unser Kabarettist die Millionen des Kaufhauskönigs offenbar weniger als Boxerfäuste. Schließlich mußte aber auch er sich einen Anwalt nehmen, und dieser entdeckte in Adreßbüchern weitere 27 Horten, darunter einen Autoschlosser, eine Putzhilfe, einen Hutmacher und einen Gärtner.

Das Gericht wies die unsinnige Klage ab. König Horten ist aber nicht gewillt, sich damit abzufinden, und hat seinen Anwälten Order erteilt, weiterzuklagen.

W. Rosen



Herblock, Washington Post

Amerikanische Provinzeindrücke

Wer in den USA war, hat bestimmt von Amerikanern gehört, New York sei noch gar nicht Amerika. Ja, der mittlere Westen oder der Süden...

In einem Standardland ist „Provinz“ ein relativer Begriff. Überall die gleichen Werbeschilder der ESSO und der Standard Oil an den Straßen, überall das gleiche fade Essen in den Cafeterien, die gleichen breiten, gut instand gehaltenen Autostraßen und die gleichen Probleme. Höchstens, daß es dort keine Wolkenkratzer gibt.

Das einzige, was das mechanische Zeitalter der Provinz nicht ganz hat nehmen können, ist die reine Luft und die Stille. Ich denke noch daran, wie verblüfft ich in Tuscaloosa war, als ich am Morgen in meinem Motel, das vier bis fünf Häuserblöcke vom Zentrum entfernt war, einen Hund bellen und Vögel zwitschern hörte.

„Es kommt der Tag...“

Meinen Bericht von einer Reise in die Südstaaten der USA, die ich mit mehreren sowjetischen Kollegen machte, möchte ich mit einer Begegnung in Jackson, der Hauptstadt von Mississippi, einleiten.

Im dortigen Museum, in dem die „gute alte Zeit“ und die militärische Tüchtigkeit der Konföderierten gepriesen wird, die vor hundert Jahren für die Privilegien der Sklavenhalter kämpften, lernten wir eine Frau mittleren Alters kennen, die Souvenirs verkaufte. Im Süden großgeworden, hatte sie gleichsam alle dort üblichen Vorurteile in sich aufgenommen. Als wir sagten, sie hätte russische, sowjetische Korrespondenten vor sich, wollte sie das einfach nicht glauben.

„Ich habe viele Gründe, Ihnen nicht zu glauben“, sagte sie.

„Welche zum Beispiel?“

„Davon will ich lieber nicht reden.“ Und sie verstummte.

Auf unserem langen Weg durch die Bärenwinkel des „einstöckigen Amerikas“ begegneten uns wiederholt Menschen, die über die Begegnung mit uns aufrichtig verwundert waren. In ihrem ganzen Leben hatten sie ja noch nie jemand aus der Sowjetunion kennengelernt. All das war verständlich und natürlich. Und niemand nahm Abstand davon, zu sagen, was er dachte. In Mis-

issippi herrschte jedoch eine ganz andere Atmosphäre.

Dort bringt man sogar Amerikanern aus den Nordstaaten Argwohn entgegen. Man sieht in ihnen potentielle „Aufrührer“, Teilnehmer an Verschwörungen, durch die die alte Lebensweise des Südens untergraben werden soll. Und wenn erst sowjetische Menschen kommen! Als ich im Frühjahr 1962 zum ersten Mal nach Jackson kam, fragte mich ein Vertreter der dortigen Handelskammer, ein ausgesprochener Rassist, gehässig:

„Meinen Sie nicht, daß Ihnen hier etwas zustoßen kann? Vergessen Sie nicht: Sie sind nicht in Washington.“

Für mich war es interessant, die heutige Lage in Mississippi mit der vor fünf Jahren zu vergleichen. Der erste Eindruck: Es hat sich nichts verändert. Die gleiche Haßatmosphäre, in Presse und Rundfunk das gleiche Geheul von der „kommunistischen Gefahr“, die gleichen wutschäumenden Angriffe auf die Kämpfer für die Bürgerrechte und auf die Bundesbehörden. Der gleiche heftige Widerstand gegen gemeinsame Schulen. Im Schuljahr 1965/66 besuchte nur ein halbes Prozent der Negerkinder Schulen, in denen auch Weiße lernten. Im Senat ist der Staat immer noch durch den geschworenen Rassisten Eastland vertreten. Und doch gibt es Wandlungen — trotz des Terrors, trotz der raffinierten Formen, durch die die Negerbevölkerung eingeschüchtert werden soll. Die Aktionen für Bürgerrechte sind nicht spurlos vergangen, das Blut ist nicht vergebens geflossen.

Den 27jährigen Neger Jack Levy lernten wir auf dem Felde kennen, auf dem er mit einer Baumwoll-Vollerntemaschine arbeitete. Wir bemerkten sie schon von weitem, in der Nähe des Städtchens Durham, an der Bundesstraße 51, über die der berühmte vieltägige „Marsch gegen die Angst“ ging. Wer im Süden war, weiß, wie schwer es ist, einen Neger oder eine Negerin ins Gespräch zu ziehen. Auch der hochgewachsene, schlanke Jack Levy in seinem Overall war sehr zurückhaltend.

Wir fragten ihn nach dem berühmten

Marsch. Er sagte, er habe ihn nicht gesehen, er sei damals in Nordkarolina zu Besuch gewesen. Aber hier spräche man heute noch überall von jenen Tagen:

„Nach dem Marsch ließen sich viele zum ersten Mal als Wähler registrieren. Auch ich tat es. In unserer Grafschaft gibt es integrierte Schulen. Gewiß, einstweilen kann man die Negerkinder in ihnen noch an den Fingern abzählen, aber ich glaube, bald sind es mehr.“

Interessant war es, wieder in die kleine Universitätsstadt Oxford, eine Hochburg des Rassismus, zu kommen. Bis zur letzten Zeit konnte dort kein Neger die Schwelle der Universität überschreiten, selbst wenn seine Eltern imstande waren, die 2000 Dollar zu bezahlen, die die jährlichen Studiengebühren ausmachen. Aber im Herbst 1962 lehnte sich der junge Neger James Meredith gegen die alte Ungerechtigkeit auf, und er setzte sich durch. So wurde in die Mauer der Diskrimination eine Bresche geschlagen.

In der Universität sprachen wir mit Mr. Mik, ihrem Public-Relations-Mann. Wie er uns sagte, sind nach Meredith über 20 Neger an der Universität immatrikuliert worden.

„Waren Sie persönlich gegen die Aufnahme Merediths?“

Mr. Mik machte keine Ausflüchte:

„Ja, ich bin gegen die Integration. Aber ich glaube, ein Gesetz muß eingehalten werden, mag es auch noch so schlecht sein. Wir müssen uns eben fügen.“

Die Männer, die Mississippi beherrschen, haben nach wie vor die Hebel in der Hand, besonders in der Wirtschaft. Aber der Orkan der Bewegung gegen die Diskrimination hat bereits die schmählichen Tafeln „Nur für Weiße“ und „Für Farbige“ hinweggefegt, die vor ein paar Jahren noch auf Schritt und Tritt anzutreffen waren. Vor allem aber wächst das Selbstbewußtsein der Menschen, die jahrhundertlang unterdrückt waren. Das gilt vor allem für die jungen Neger.

Kürzlich kam mir ein schmales

Bändchen in die Hand. Sein Umschlag zeigt eine schlichte Kinderzeichnung: Ein Negerjunge läutet eine Glocke. Darüber der Titel: „Poesie der Freiheitsschule“. Die Zeichnung zeigt nicht von ungefähr ein Kind: Das Bändchen besteht aus Werken von Kindern und Jugendlichen Mississippis.

Und hier seine Geschichte. Im Sommer 1955 wurde in Mississippi Emmitt Till ermordet, ein vierzehnjähriger Negerjunge. Der Grund: Er habe „beim Anblick einer weißen Frau gepfiffen“. Neun Jahre später, heißt es in dem kurzen Vorwort, sind in derselben Gesellschaft, die es erlaubte, Emmitt Till, Herbert Lee, Louis Allen, Medgar Evers, Andrew Goodman, Michael Schwerner und viele andere, deren Namen wir nie erfahren werden, zu ermorden, diese Verse erschienen, die den Empfindungen, Hoffnungen und Idealen der dunkelhäutigen Kinder von Mississippi Ausdruck geben.

Das kleine Buch enthält etwa 50 Gedichte, und jedes von ihnen ist der Schrei einer Kinderseele aus der Hölle des Rassismus. In ihnen klingt bittere Wehmut und zugleich der Ruf nach Befreiung; wie eine Sturmglocke hallt das letzte Gedicht, dessen Verfasser Mitchell M. aus Hattiesburg ist:

Es kommt der Tag,
da jeder sagt:
FREIHEIT!
Da das Herz befiehlt
und die Seele drängt:
Sag FREIHEIT!

„Land der Möglichkeiten“

Als wir die Mississippi-Brücke überquerten, über die unsere Fahrt westwärts ging, hatte sich schon die finstere Nacht des Südens über den Strom gebreitet. Am anderen Ufer fiel das Licht unserer Scheinwerfer auf die Tafel: „Arkansas, das Land der Möglichkeiten“.

Viele Reiseeindrücke verflüchtigen sich bald, aber Arkansas und das Gefühl unsäglicher Niedergeschlagenheit, das es hervorruft, werden wir lange nicht vergessen. Wir durchqueren den Staat von Osten nach Westen, kamen durch Siedlungen, die man nur mit Mühe auf der Karte findet, und sahen fast überall das gleiche: Graue, ungetünchte Häuser, finstere Menschen, die sich nicht losmachen können von ihren Sorgen und Kümernissen. Und alles trug den Anstrich bedrückender Hoffnungslosigkeit.

Wir rasteten in dem Höhenluftkurort Hot Springs, der für seine Mineralwasserquellen und seine (jetzt allerdings

offiziell nicht mehr erlaubten) Spielhöllen berühmt ist. Am Abend betraten wir eines der vielen hellerleuchteten Versteigerungslokale. Im Saal mochten etwa 15 Interessenten sein. Der heisere, offenbar erkältete Auktionator, ein Sechziger, war bemüht, irgendwelchen Hausrat an den Mann zu bringen: Küchengerät, Servietten. Aber es fanden sich keine Käufer. Um die Anwesenden etwas in Stimmung zu bringen, spöttelte der Alte über die leeren Portemonnaies der Bürger der „großen Gesellschaft“. Für Arkansas war das kein Scherz, sondern bittere Wahrheit.

Der Staat hat etwa 2 Millionen Einwohner, davon fast die Hälfte ohne irgendwelchen Besitz. Genauer gesagt: 48 Prozent der Einwohner, noch genauer 215 627 Haushalte leben nach offiziellen Angaben unterhalb der „Armutslinie“. Davon sind 71 Prozent Weiße, die übrigen Neger.

Nicht etwa, daß die Behörden von der schweren Lage im Staat nichts wüßten. Darüber wird sogar viel gesprochen. In der *Arkansas Gazette* fand ich einen Bericht über eine Rede von Dr. Evans, dem Direktor der dortigen „Verwaltung für wirtschaftliche Möglichkeiten“. Unter Berufung auf die Statistik forderte er die Geschäftsleute und die Vertreter der Behörden auf, endlich der Wahrheit ins Auge zu blicken. Es dürfe nicht mehr geduldet werden, daß 35 Millionen Amerikaner im Lande am Rande der Verzwelgung leben. Er suchte seinem Publikum sogar damit bange zu machen, daß die Leute beginnen könnten, nach einem anderen Ausweg zu suchen, was „unerwünschte“ und „gefährliche“ Folgen haben könnte.

Aber solche Appelle stoßen auf taube Ohren. Washington hat zwar den „Krieg gegen die Armut“ erklärt, verpulvert aber Dutzende Milliarden für einen ganz anderen Krieg: den gegen das vietnamesische Volk. Wie ein Hohn nahmen sich darum die Prahlereien des ehemaligen Gouverneurs von Arkansas, Faubus, aus. Als er seine Obliegenheiten an Winthrop Rockefeller übergab, dem er bei den vorjährigen Wahlen unterlegen war, strich er, ohne mit der Wimper zu zucken, die Erfolge heraus, die unter seiner Leitung erzielt worden seien. Schöne „Erfolge“!

Auf einem Gebiet kann sich Faubus allerdings einer echten Leistung rühmen. Er wurde sogar weit über Arkansas hinaus bekannt, als er 1957 in der kleinen Stadt Little Rock Militär und Ku-Klux-Klaner aufbot, um zu verhindern, daß neun farbige ABC-Schützen, die auf Gerichtsbeschuß in eine Schule aufgenommen worden waren, die bisher

nur von Kindern weißer Eltern besucht worden war, die Schwelle dieser Schule überschritten. Seitdem sind zehn Jahre vergangen, aber die überwiegende Mehrheit der Schulen in Arkansas ist immer noch nicht integriert.

Archy Mixon, der Rektor der Neger-schule in der kleinen Ortschaft Grady, ist stolz auf seine Anstalt. Er gibt jedoch zu, daß seine Schule sich in schlechteren Verhältnissen befindet als die Schulen für die Weißen. Auch das Lehrprogramm ist weniger umfangreich. Es mangelt an Lehrkräften, an Geld, an Schulraum. Zudem ist der Bretterbau der Schule längst abbruchreif.

Mixon hat 700 Schüler. Von seinen Zöglingen sagte er, daß die meisten nach der Beendigung der Schule sofort arbeiten gehen. Etwa 30 Prozent lernen an Colleges weiter, viele gehen in die Armee. Er selbst absolvierte nach seiner Dienstzeit ein Landwirtschaftscollege und erteilt in seiner Schule Unterricht in Naturkunde.

Wir kamen auf Darwins Theorie zu sprechen und erinnerten uns dabei an den „Affens-Prozeß“ im Staate Tennessee, der vor Jahren großes Aufsehen erregte. Da sagte der Rektor:

„Auch bei uns ist es noch nicht erlaubt, Unterricht im Darwinismus zu erteilen. In ganz allgemeinen Umrissen kläre ich meine Schüler über den Darwinismus auf, aber in den Schulen von Arkansas gibt es kein solches Fach. Haben Sie gehört, welchen Skandal es vor kurzem in Little Rock gab? Ein Lehrer hatte beschlossen, in den Klassen, die er unterrichtete, einen Kurs des Darwinismus einzuführen. Jetzt wird er entlassen.“

Archy Mixon bestand darauf, daß wir mit ihm zu Mittag aßen. Er führte uns durch die Klassen, machte uns mit den Lehrern bekannt. Er wollte wissen, wie das Bildungswesen in der Sowjetunion gestaltet ist.

„Als Zeitungsleser kann ich die Widersprüche gar nicht alle zählen. Wieviel Jahre wurde geschrieben, Rußland sei technisch rückständig. Und dann der erste Sputnik, der erste Kosmonaut...“

Das Gespräch kam auch auf den Vietnamkrieg. Was er dazu sagte, ist für viele Amerikaner typisch:

„Was haben wir in Vietnam zu suchen? Mögen die Vietnamesen ihre inneren Probleme selbst entscheiden. Sie kennen doch unser Steuersystem, nicht wahr? Unsere Dollars werden für den Krieg hinausgeworfen, obwohl wir in unserer Schule und in ganz Arkansas solchen Mangel leiden!“

Vor 307 Jahren, 1660, kam dem polnischen König Jan Kazimierz Waza und seinen Hofleuten nach dem Krieg mit Schweden die Idee, die erste polnische Zeitung zu gründen. Diese Zeitspanne umfaßt eine von der Sektion für polnische Periodika bei der Polnischen Akademie der Wissenschaften verfaßte Bibliographie der polnischen Zeitungen und Zeitschriften. Erschienen sind bereits zwei Bände mit mehr als 2000 Titeln.

Die Zeitung *Merkuriusz Polski*, die in Polen gewöhnlich bei jeder Pressefeier erwähnt wird, erschien vor 307 Jahren in einer Auflage von 100 bis 250 Exemplaren. Zur Zeit beträgt die Tagesauflage der Zeitungen in Volkspolen 194 Exemplare je 1000 Einwohner. *Trybuna Ludu*, Organ des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, erscheint in einer Auflage von 310 000 und ist eine der meist gelesenen Tageszeitungen. Die Auflage von *Życie Warszawy* beträgt 272 000. Die beiden Zeitungen haben zudem erweiterte Sonntagsausgaben, deren Auflage noch größer ist und die neben den üblichen reichhaltigen Informationen Auslandsberichte, Reportagen, Essays sowie Beiträge über Literatur und Kunst enthalten.

Zur Zeit erscheinen in Polen 52 Tageszeitungen, 116 Wochenschriften, 67 Halbmonatsschriften, 282 Monatschriften, 136 Zweimonats-, Vierteljahrsschriften usw.

Die einmalige Auflage dieser Publikationen beträgt 25,5 Millionen Exemplare. Bekanntlich erscheinen in der Sowjetunion mehr als 600 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 64 Millionen Exemplaren. Die Auflage der Moskauer Zentralzeitungen beträgt 52 Millionen. Für Polen mit seiner Bevölkerung von 32 Millionen, ein Land, das vor 22 Jahren seine Presse buchstäblich aus dem Nichts aufbaute (sämtliche Druckereien waren zerstört, es gab fast keine journalistischen Kader), sind auch diese Zahlen überwältigend.

Schreibt man über die Presse, so schweifen die Gedanken ungewollt in die Zeit zurück, als in Lublin und in der kleinen Stadt Chelm, die eben erst durch die Sowjetarmee und das Wojsko Polskie befreit worden waren, erstmals

Die polnische Presse

nach der Nazibesetzung Zeitungen erschienen.

Am 23. Juli 1944 kam die erste Nummer der Zeitung *Rzeczpospolita* heraus; sie wurde auf einer Handpresse gedruckt, es gab kein Papier, keine Schrift, keine Setzer. Die Zeitung entstand wie ganz Polen aus dem Glauben, den Hoffnungen, dem leidenschaftlichen Wunsch, etwas zu leisten.

Vor mir liegt eine Nummer des Warschauer *Biuletyn Praski* vom Oktober 1944. Das Wort Zeitung paßt eigentlich nicht auf diese zwei Seiten in Kleinformat. Vergegenwärtigt man sich aber die Lage, in der sie auf einer befreiten Handbreit Boden, in Praga, dem Teil Warschaus am rechten Wislaufer, entstand, so wird alles klar. Die Zeitung erschien täglich ab 21. September 1944. Sie wurde bei Karbidlampenlicht gedruckt und in den Straßen gratis verteilt oder wie Flugblätter an Häusermauern geklebt. Am 15. Oktober 1944 wurde sie von *Życie Warszawy* abgelöst, die seither zu den gefragtesten Tageszeitungen Polens gehört.

„Leute, die beobachten und beschreiben können“, wurden mittels Inserate gesucht und fingen unter schwierigen Kriegsverhältnissen an; die meisten von ihnen sind auch heute in der Presse tätig. All die Jahre bemühten sie sich, nicht nur mit den wichtigsten Ereignissen Schritt zu halten, um darüber den Lesern zu berichten. Es ist ihnen ferner darum zu tun, und das gereicht ihnen zu Ehren, ihre Leser zu erziehen: jahrhundertealte Vorurteile, verknöcherte Gewohnheiten auszumerzen, neue Verhaltens- und Moralnomen zu schaffen, eine neue Denkart zu formen.

Ein wesentlicher und erfolgreicher Aspekt der polnischen Presse ist der Beistand zur Festigung unseres sozialen Systems, die Verwirklichung des Programms der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Die Journalistik bietet die Möglichkeit, Tag für Tag tatkräftig bei der Formierung und Vervollkommen unserer Wirklichkeit mitzuwirken. Wie alle anderen Mitglieder der großen Bruderschaft der Journalisten aus den sozia-

listischen Ländern bemühen wir uns stets, das Programm unserer Partei mit aller Tatkraft, allen Kenntnissen und Begabungen, die uns zu Gebote stehen, zu verwirklichen.

Als wir noch Studenten der Fakultät für Journalistik der Warschauer Universität waren, hieß es immer wieder: Selbst die richtigsten Ansichten, Gedanken und Ziele wirken unüberzeugend, ja rufen Widerstreben und Langeweile hervor, wenn es abgedroschene Phrasen sind, die von Gemeinplätzen strotzen. Die meisten unserer Presseorgane suchen nach neuen Formen, nicht für den Leser, sondern *gemeinsam* mit ihm; sie beraten sich unablässig mit ihm, ersuchen ihn um seine Meinung und lassen ihn häufig zu Worte kommen. Die Anerkennung, daß jede Zeitung und jeder ihrer Mitarbeiter Individualitäten sind, ist höchst wichtig, das bestimmt den Erfolg unserer Presse, ihr Ansehen und das Vertrauen, das man ihr entgegenbringt.

Zur Zeit erscheinen bei uns z. B. 10 Frauen-, 19 Jugend-, 16 Sport-, 6 Kinder-, Dutzende Fach- und sonstige Zeitschriften.

Immer interessanter werden die Provinzzeitungen und -zeitschriften. Die Sonntagsausgabe des Śląsker Parteiorgans *Trybuna Robotnicza* erreicht fast eine Million Exemplare.

Die polnische Presse hat auch weit jenseits der Grenzen unseres Landes Leser, und wir sind häufig außerstande, allen Anforderungen zu genügen. Unsere Publikationen gehen in mehr als 100 Länder. Unsere Presse erreicht entlegenste Gebiete Afrikas und Lateinamerikas, Asiens und Australiens, ja sogar die Südseeinseln Hawaii und Tahiti. Was uns besonders freut, ist, daß die meisten unserer ausländischen Leser in der Sowjetunion leben, sie erhalten in diesem Jahre rund 400 polnische Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 700 000 Exemplaren.

Außer der blitzschnellen und umfassenden Information, außer der reichhaltigen Publizistik findet der Leser in den polnischen Zeitungen und Zeitschriften interessante Umfragen zur Erforschung

der öffentlichen Meinung über viele wichtige wirtschaftliche und soziale Probleme.

Hier einige in letzter Zeit von der *Trybuna Ludu* veranstaltete Umfragen:

Die Umfrage „Ohne Beschwerden“ betraf die Qualität der Erzeugnisse. Das Wort ergriffen Arbeiter, Ingenieure, Techniker, Sekretäre von Gebietskomitees der PVAP, die sich mit Wirtschaftsfragen befassen;

die Umfrage „Vom Projekt zum Effekt“ galt einer rationelleren Verwendung unserer Investitionen;

die Umfrage „Meine Sommerferien“ bezweckte, die zahlreichen Mängel bei der Organisierung der Erholung der Werktätigen im Sommer aufzudecken und die unbenutzten Möglichkeiten und Ressourcen in diesem Bereich zu erschließen.

Die Antworten wurden in der Zeitung veröffentlicht und darüber hinaus als Berichte an Partei und Regierung abgefaßt.

Życie Warszawy veranstaltete unter ihren Lesern eine Umfrage mit dem Titel „Meine Familie“; das entwarf uns ein höchst interessantes Bild der modernen Familie mit ihren Freuden und Sorgen. Thema und Materialien lösten größtes Interesse aus. Die beachtenswertesten Stellungnahmen wurden in einem Buch zusammengefaßt, das vergriffen ist, obwohl es inzwischen mehrere Auflagen erlebt hat. Die Antworten gaben Soziologen und Psychologen viel interessantes Material.

„Der Pole arbeitet“ heißt eine neue Umfrage von *Życie Warszawy*. Wie arbeiten wir? Wie ist unser Chef? Machen wir uns am Morgen gern an die Arbeit, an die Maschine, an unseren Schreibtisch? Wenn nicht, warum?

Auch diese Umfrage wird wohl viel Wertvolles und Wissenswertes bieten, vor allem denen, die sich mit der Humanisierung der Arbeit und den Beziehungen zwischen den Menschen befassen.

In einem Zyklus von Materialien in der Rubrik „Bürger, nicht radebrechen!“ ruft die Wochenschrift *Polityka* dazu auf, fremde Sprachen zu erlernen. Unter dieser Devise wurden zahlreiche Russisch-, Französisch- und Englischkurse organisiert. Zur Zeit lernen in Polen Millionen eine Fremdsprache. Bei den Aufnahmeprüfungen an Hochschulen muß eine Fremdsprache abgelegt werden.

Ist das ein Ergebnis der von *Polityka* eingeleiteten Kampagne? Schwer zu sagen. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß viele lösungsreife Probleme, viele wesentliche Lücken und Mängel dank

der Presse im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Die Jugendzeitschriften z. B. stellen ihren Lesern die Frage: Welche Reihenfolge vorzuziehen sei: Kind, Ehe, Wohnung? oder umgekehrt? Ein wichtiges Problem sind Eheschließungen zwischen blutjungen Menschen, die keine Lebenserfahrung, keinen Beruf haben und noch ihren Eltern zur Last fallen. Die Appelle, gleich zu Beginn der Arbeitstätigkeit Geld für eine Wohnung in einer Baugenossenschaft beiseite zu legen, fallen nicht von ungefähr mit der Erhöhung der Altersgrenze in unseren neuen Ehe- und Familiengesetzen zusammen.

Das neue Verhältnis zur Ehe, zur Familie, zu den gesellschaftlichen Verpflichtungen muß man nicht unbedingt mit didaktisch erhobenem Zeigefinger anerziehen, was die Jugend nicht aussteht. Die reich illustrierte Halbmonatsschrift für Backfische *Filipinka* erteilt ihren Leserinnen nicht nur Ratschläge, wie sie ihre Sommersprossen loswerden können, ihr Haar tragen und sich ein schickes Kleid nähen können, sondern fordert sie auch auf, die folgenden Fragen zu beantworten:

Wie wird dein Heim aussehen? Wie werden die Familienpflichten verteilt sein? Wie wirst du deine Kinder erziehen?

Möchtest du, daß deine künftige Familie der gleiche, in der du aufgewachsen bist?

Ich habe 1500 Antworten auf diese Fragen sowie auf eine andere Umfrage unter Mädchen gelesen, die zum ersten Male ein Arbeitsverhältnis angetreten haben. Die beiden Umfragen sind wie übrigens die ganze Publizistik der *Filipinka* in ernstem Ton gehalten, ohne Anpassung an die Jugend der Leserinnen.

Kobieta i Życie und *Przyjaciółka* sind zwei der populärsten Frauenzeitschriften. Außer praktischen Ratschlägen in Wirtschafts- und Erziehungsfragen kämpfen sie gegen schlechten Geschmack, reden ihren Leserinnen zu, ihre Wohnungen nicht mit schablonenhaften Wandteppichen und billigen Bildern zu schmücken. Die Wochenschrift *Przyjaciółka* brachte lange gute Reproduktionen polnischer und sonstiger Künstler in Großformat.

Die Redaktion hat von Frauen aus dem Dorf Hunderte Briefe mit Danksagungen für die farbigen Reproduktionen erhalten. Viele haben sie einbinden lassen und schreiben, daß sie nun zu Hause erstklassige Mappen mit Bildern von Jan Matejko oder Chelmoński haben, „ganz wie im Museum“.

Eine Neuheit der letzten zwanzig Jahre, Resultat der sozialen Veränderungen und der kulturellen Entwicklung breiter Massen ist, daß das Dorf intensiv liest wie nie zuvor.

Außer den Publikationen für das Dorf wie *Gromada*, *Chłopska Droga* oder *Nowa Wieś*, die in Millionen Absatz finden, ist auf dem Lande die Nachfrage nach literarischen Publikationen, Schriften über Kultur und Gesellschaft sowie nach Illustrierten und nach Fachliteratur, besonders über Landwirtschaft, enorm gewachsen.

Diese erfreuliche Erscheinung hat aber auch große Schwierigkeiten entstehen lassen: Es mangelt an Papier und an Druckereien. Augenblicklich mangelt es uns an fünf Millionen Exemplaren der einmaligen Auflage.

Die Pressevertriebsorganisation Ruch (26 000 Stände und Geschäfte in Stadt und Land) ist bestrebt, den Bedarf an Druckschriften auch nur teilweise zu decken, und hat die folgende nützliche Anregung gemacht: in jedem Bezirk Presse- und Bücherklubs „Ruch“ zu eröffnen. Dort kann man bei einer Tasse Kaffee oder Tee polnische und ausländische Zeitungen und Zeitschriften in vielen Sprachen lesen. In Arbeitersiedlungen, kleinen Städten und Dörfern ist in letzten Jahren ebenfalls ein dichtes Netz von Presseklubs entstanden. Es handelt sich nicht nur um das Lesen von Zeitungen, sondern auch um neue Formen kulturvollen Zeitvertriebs in diesen Klubs. In den Dörfern war die Kneipe häufig der einzige Sammelpunkt. Heute gibt es dort modern eingerichtete Lokale, wo man Schach spielen, sich unterhalten und lesen kann. Die Leute treffen sich dort immer häufiger nicht bei einem Schnaps, sondern bei einer Tasse Kaffee.

Der polnische Journalistenverband zählt 4700 Mitglieder. Wie jeder Beruf hat auch unser seine Licht- und seine Schattenseiten. Von den Lichtseiten ist vor allem die zu begrüßen, daß man sich aktiv in den Aufbau des neuen Lebens im sozialistischen Polen einschalten kann. Wir legen darauf Wert, nicht nur Beobachter, Chronisten der Veränderungen zu sein, sondern auch schöpferisch mitzuwirken.

Wir haben unseren Platz in der Bruderschaft der Presse der sozialistischen Länder und bemühen uns, nicht nur für das Wohl der Heimat zu wirken und zur Erfüllung des Programms unserer Partei beizutragen, sondern auch von ganzem Herzen den Ideen des Internationalismus und der Einheit der Arbeiterbewegung zu dienen.

Das Vietnam-Tagebuch des Iwan Anh Tu

Will man in Hanoi außer den offiziellen Begegnungen mit gut unterrichteten Menschen Bekanntschaft schließen, braucht man sich abends nur in die Bar des Hotels Thong Nhat zu setzen. Einst, unter den Franzosen, hieß dieses Hotel Métropole, und es kam vor, daß in der Bar Graham Greene, der Autor des vielgelesenen „Stillen Amerikaners“, bei einem Glas Wermut seine Zeit vertrieb. Seither hat sich dort natürlich vieles verändert, doch das prächtige Silberbesteck wird nach wie vor auf Hochglanz poliert, alles ist blitzsauber, und die Kellner sind außerordentlich höflich und zuvorkommend. Mitunter verschwinden sie allerdings samt und sonders: während der Fliegeralarme, wenn USA-Flugzeuge die Stadt heimsuchen, die Flak bellt, Raketen die Aasgeier jagen und Angehörige der Volkswehr von den Dächern mit Gewehren auf sie schießen. Nach der Entwarnung strömen die Kellner in Thong Nhat einen leisen Pulver- und Gewehrgeruch aus.

In der Bar finden sich fast jeden Abend Diplomaten und Journalisten ein. Die frontähnliche Atmosphäre und die Tropenhitze verwischen die Dienstbarrieren zwischen Botschaftern, Attachés und Korrespondenten. An den niedrigen Tischen tauscht man die letzten Neuigkeiten aus. Man hört auch Russisch sprechen.

In dieser Bar traf ich im vorigen Sommer einen schwarzhaarigen, selbst für dortige Verhältnisse lässig gekleideten Mann, der Knasterzigaretten kettente. Er sah abgehärmt aus, sein Anzug schlotterte ihm um den Leib. Seine Gesichtsfarbe war ungesund gelblich, durch die Brille blickten mich müde graublaue Augen an. Er gab mir die Hand und sagte:

„Iwan Stschedrow, Korrespondent der Prawda.“

Stschedrow ist der einzige sowjetische Journalist, der bei den Partisanen Südvietnams war. Dort ist er als Iwan Anh Tu bekannt. Auf seinem Konto stehen Hunderte Kilometer durch Dschungeln, Sumpf und Reisfelder im Feuer des Krieges in Vietnams Süden. Der Prawda-Korrespondent bewegte sich mit seinen Weggenossen, den Partisa-

nen, hauptsächlich nachts fort; sie umgingen Posten und Garnisonen der Saigoner und der amerikanischen Truppen. All das und vieles andere kann man nun in Stschedrows Buch „15 Kilometer vor Saigon“, einem Tagebuch seiner Odyssee in Südvietnam, lesen.

Im Grunde ist das eine Sammlung von Stschedrows südvietnamesischen Reportagen, die ihm den Worowski-Preis für Journalistik eingebracht haben. Diese Sammlung bietet nun die seltene Möglichkeit, das höchst schwierige Vietnam-Problem fast in allen Aspekten zu betrachten. Das in Tagebuchform ungemein dynamisch geschriebene Buch ist eine spannende Lektüre. Zugleich ermöglichen es die dort geschilderten stürmischen Begebnisse und seltsamen Begegnungen, sich in den politischen Hintergründen und den Aussichten des Partisanenkrieges in Südvietnam zurechtzufinden. Es ist, finde ich, Iwan Stschedrow hoch anzurechnen, daß er den lebenspendenden Kräften und der Unbesiegbarekeit der FNL auf den Grund gegangen ist.

Es gibt in dem Buch folgende Episode: Als Frau verkleidet, erscheint der Korrespondent eines Tages in einem kleinen Dorf bei Saigon. Ringsum starrt es von amerikanischen und Saigoner Truppen. Das Dorf scheint von ihnen restlos „befriedet“ zu sein: Partisanen sind nicht zu sehen, die Bauern machen sich auf den Feldern zu schaffen. Stschedrow tritt in die erstbeste Hütte mit Palmblättdach und sieht, daß auf dem Boden flache Steine angehäuft sind; in der Mitte aber klafft ein schwarzes Loch: ein unterirdischer Gang. Sobald Gefahr droht, flüchten alle Frauen, alten Leute und Kinder viele Kilometer weit durch diesen Gang, während die Männer aus dem Versteck Maschinenpistolen holen und sich den Feinden entgegenstellen. So hält sich in diesem Dorf buchstäblich vor der Nase der Saigoner Behörden die Volksmacht schon seit sechs Jahren! Was befähigt aber die Bauern zu einem so aufopferungsvollen bewaffneten Kampf?

Vor allem natürlich der Patriotismus, der Wunsch, ihre Heimat frei und unabhängig zu sehen. Außerdem wollen die Bauern die Errungenschaften der

И. ЩЕДРОВ. В пятнадцати километрах от Сайгона.

Издательство «Правда». Москва, 1967.

Volksmacht nicht aufgeben: Vor ihrer Einrichtung in diesem Dorf hatten von den 250 dortigen Familien 150 keinen Grund und Boden, jetzt aber, nach den Agrarumgestaltungen, gibt es überhaupt keine landlosen Bauern mehr. Die FNL hat in den von ihr kontrollierten Gebieten mehr als 2 Millionen Hektar Ackerboden unter die armen Bauern verteilt. Freiheit und Boden: Was kann sich ein Bauer noch wünschen? Deshalb kämpft er bis zum letzten Atemzug für die FNL, für die Vietkong.

Bei der Bodenverteilung schränkt die FNL den Großgrundbesitz und den Besitz der reichen Bauern ein, beschlagnahmt jedoch nicht deren ganzes Eigentum. „Die Politik der FNL“, schreibt Stschedrow, „bezweckt, alle Volksschichten in die breiten Bahnen des Befreiungskrieges einzubeziehen.“ (S. 91.)

In diesem Zusammenhang schreibt der Verfasser darüber, wie umfassend die FNL ist: In ihren Reihen kämpfen „Demokraten, Sozialradikale und Kommunisten, Buddhisten und Katholiken, Vertreter der revolutionären Gewerkschaften und der Saigoner Nationalbourgeoisie. Im Grunde ist das eine linke demokratische Front im Kampf um nationale Unabhängigkeit.“ (S. 124.)

Darauf ist es auch zurückzuführen, daß vier Fünftel des südvietnamesischen Territoriums von der FNL befreit sind, obwohl die amerikanisch-Saigoner Truppen den Kräften der südvietnamesischen Patrioten in militärtechnischer Hinsicht überlegen sind.

In den befreiten Gebieten haben die Patrioten Hunderte Werkstätten und Fabriken für Schießwaffen, Munition, Granaten und Minen. Es gibt Fabriken, die landwirtschaftliche Geräte, Medikamente, Stoffe, Kleider und Schuhe herstellen. Es funktioniert ein weitverzweigtes Transportnetz mit den verschiedensten Verkehrsmitteln, von zweirädrigen Karren bis zu LKWs, von Kähnen bis zu Motorbooten. Die FNL verfügt über beträchtliche Finanzmittel. Sie treibt Steuern bei den ausländischen Plantagenbesitzern und bei einigen Betrieben ein, bezieht Bodenpacht, veranstaltet freiwillige Sammlungen und erhält Geldhilfe von internationalen Organisationen.

Nach den von Stschedrow angeführten Angaben hat die FNL mehr als 1,2 Millionen Kämpfer. Die reguläre Befreiungsarmee Südvietnams hat genügend Waffen, eigene Militär- und Offiziersschulen. In jeder der vierzig südvietnamesischen Provinzen operieren einige Bataillone dieser Armee. Sie werden von Partisanentrupps unterstützt,

die es fast in jedem Dorf gibt. In den Städten sind illegale bewaffnete Gruppen tätig.

Alle diese Formationen bilden eine große Stoßkraft und unterstehen dem Hauptstab der FNL. Die vietnamesischen Patrioten blicken auf langjährige Erfahrungen des Partisanenkrieges zurück; sie sind in vielen Schlachten gestählt.

Sie glauben fest daran, daß ihre Sache gerecht ist. Die Moral dieser Kämpfer ist ungemein hoch.

In Washington meint man, das Volk Südvietnams mit Hilfe modernen Kriegsmaterials und der Truppen der USA sowie ihrer Satelliten in die Knie zwingen zu können. Vergebliche Hoffnungen!

Ein Nachruf für Konni Zilliacus

Während meines Aufenthalts in Moskau las ich in der Prawda die Meldung, daß Konni Zilliacus im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Schwer zu glauben, daß ein Mann so unbändiger Energie und Vitalität nicht mehr unter uns weilt.

Konni Zilliacus oder einfach Zilly, wie ihn seine Freunde nannten, kannte ich seit mehr als 30 Jahren. In seinen Adern floß ein seltsames Gemisch von englischem, polnischem und finnischem Blut. Sein Name war finnisch, er selbst aber — blond, rosig, mit etwas vorstehenden Oberzähnen — sah wie ein „perfekter“ Brite aus, beherrschte jedoch vollkommen einige Sprachen, darunter Polnisch, Russisch und, wenn

ich nicht irre, Japanisch, denn er wurde in Japan geboren. Mag sein, daß diese gemischte Herkunft in gewisser Hinsicht erklärt, daß Zilly mehr denn jeder andere in der britischen Labourpartei Internationalist im besten Sinne des Wortes war. Er konnte sich in einen fremden Standpunkt besser hineinversetzen als die meisten seiner Kollegen und krankte nicht an insularer Engstirnigkeit und an Provinzialismus wie Leute vom Schlage Ernest Bevin.

Zilliacus lernte ich 1933 oder 1934 kennen, als er im Völkerbund in Genf einen hohen Posten bekleidete. Damals schien der Völkerbund in den letzten Zügen zu liegen: Nazideutschland, das faschistische Italien und das militaristische, aggressive Japan waren ausgetreten oder drauf und dran, es zu tun. Plötzlich kam dem Völkerbund 1934 ein neuer Hoffnungsstrahl, ein neuer Zustrom von Lebensenergie: mit der aktiven Unterstützung von Louis Barthou, dem hervorragenden französischen Staatsmann, der sich mit einem Sieg des Faschismus in Europa nicht im Voraus abfinden wollte, trat die Sowjetunion dem Völkerbund bei. Niemand war darüber glücklicher als Zilliacus. Bald knüpfte er enge freundschaftliche Beziehungen zur sowjetischen Delegation an; an ihrer Spitze stand der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinow, dessen Gedanken vom „unteilbaren Frieden“ Zilliacus restlos befürwortete.

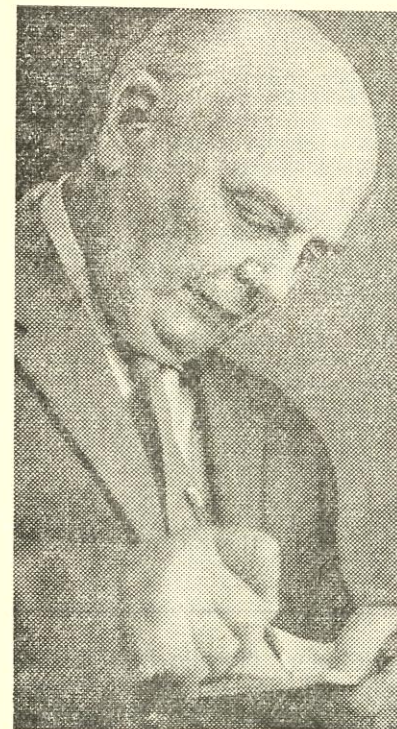
Da Zilliacus Beamter des Völkerbunds war, konnte er nicht unter seinem Namen schreiben, sondern tat das unter verschiedenen Pseudonymen, von denen „Vigilantes“ der bekannteste war. Aus seiner Feder stammen viele Beiträge und Bücher, in denen er mit größter Beschlagenheit, Überzeugungskraft und Leidenschaft die verhängnisvolle Politik einer „Befriedung“ des Faschismus verurteilte, wie sie damals von England und Frankreich betrieben wurde, nachdem von Italien und

Deutschland gedungene Ustaschi-Terroristen Barthou im Oktober 1934 ermordet hatten. Zilliacus gehörte zu den hervorragendsten Publizisten, die England und Frankreich davor warnten, die Aufrüstung Deutschlands, die italienische Aggression gegen Äthiopien, die nazistische Besetzung des Rheinlands, die Naziinvasion Österreichs und schließlich die schmachvolle Okkupation der Tschechoslowakei nach der Münchner „Regelung“ stillschweigend zu akzeptieren.

Die Münchner Abmachung, mit der die Sowjetunion nichts zu tun hatte, restaurierte besonders krasse den unheilvollen Viermächtepakt und gab Nazi-Deutschland deutlich zu verstehen, daß man ihm in Osteuropa Handlungsfreiheit ließ. Kurz, alles Unheil, das Zilliacus seit Hitlers Machtantritt vorausgesagt hatte und das von der Trägheit und Kurzsichtigkeit der englischen und französischen Politiker herrührte, wurde 1938 bzw. 1939 Tatsache.

Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes widmete sich Zilliacus der politischen Tätigkeit in England. Von 1941 an, als die Nazis die Sowjetunion überfielen, wurde er zu einem der eloquentesten Anhänger einer Zweiten Front, die Churchill Monat für Monat, Jahr für Jahr hinzog, um erstens die Russen zu zwingen, die ganze Bürde zu tragen, und zweitens die Sowjetunion maximal zu schwächen in ihrem gewaltigen Ringen mit der nazistischen Kriegsmaschine.

1945, im Jahr des großen Parlaments-sieges der Labourpartei, wurde Zilliacus Mitglied des Unterhauses. Dort zeigte er wiederum seinen bewundernswerten politischen Mut und seine intellektuelle Unabhängigkeit. Vom Standpunkt vieler Labourmitglieder, vom Außenminister Ernest Bevin schon gar nicht zu reden, bestand die einzige Rettung für England darin, aufs engste mit den USA zusammenzuarbeiten und wirtschaftlich, finan-



ziell und politisch von ihnen abzuhängen. Bevin trottete hinter Präsident Truman dahin, haßte die Sowjetunion und begrüßte enthusiastisch sowohl die Truman-Doktrin als auch den Marshall-Plan. Zilliacus war einer der wenigen Labourmitglieder und zweifellos der brillianteste Exponent „ketzerischer“ Meinungen, der England vor der Gefahr und den verhängnisvollen Folgen der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans, dieses Instruments einer Spaltung Europas, warnte und immerzu hervorhob, daß es Truman und seinen Ministern, denen Bevin und leider auch die meisten Labouristen restlos beipflichteten, nicht gelingen werde, die Sowjetunion mit der „Atomdiplomatie“ einzuschüchtern.

In der UdSSR wurden die Äußerungen Zilliacus' als die Stimme der Ver-

nunft in der englischen Linken betrachtet. Zilliacus bewies hohen Mut, als er die labouristischen Führer dadurch herausforderte, daß er im April 1949 an dem berühmten Friedenskongreß im Pleyel-Saal, Paris, teilnahm. Gemeinsam mit Joliot-Curie, Pietro Nenni, Ehrenburg, der Mutter Soja Kosmodemjanskajas und sonstigen Delegierten aus der Sowjetunion und vielen anderen Ländern trat Zilliacus dort leidenschaftlich gegen den gefährlichen und sinnlosen kalten Krieg auf, gegen die vergeblichen Anstrengungen der amerikanischen „Atomdiplomatie“, für friedliche Koexistenz von Ost und West. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Labourspitze Zilliacus als einen „Agenten des Kommunismus“ behandelte und bald darauf, vor allem wegen seines mutigen Auftretens in Paris, aus der Labourpar-

tei ausschloß. Erst einige Jahre später wurde er „rehabilitiert“.

Eines Tages traf ich Zilly 1965 nach dem Wahlsieg der Labouristen. Ich kann mich kaum erinnern, daß Zilliacus jemals von seinem Scharfblick und seiner Prophetengabe im Stich gelassen worden wäre. Damals gab er sich großen Illusionen über die politische Weisheit Harold Wilsons hin, den er weit über die meisten anderen Labourführer stellte. Wie wir nun wissen, hat Wilson die Erwartungen Zilliacus' getäuscht. Anders als Frankreich, fährt England fort, Washington fast blindlings Gefolgschaft zu leisten, namentlich in der Vietnamfrage. Das hat Zilliacus sicherlich enttäuscht, doch bis zuletzt glaubte er fest an den Sieg des gesunden Menschenverstands und trat energisch dafür ein.

Alexander Werth

Juli 1967

1.—3. In Kairo tagt eine außerordentliche Konferenz der Organisation für Afro-Asiatische Solidarität.

3.—4. Auf Einladung des irakischen Präsidenten weilt N. Podgorny, Präsidentsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, zu einem Freundschaftsbesuch in der Republik Irak.

3.—6. Anlässlich einer jugoslawischen Industrieausstellung weilt in Moskau M. Spiljak, Vorsitzender des Bundesexekutivrats.

3.—8. Auf Einladung der Sowjetregierung stattet der französische Ministerpräsident G. Pompidou in Begleitung Außenminister Couve de Murvilles der Sowjetunion einen offiziellen Besuch ab.

4. Die UNO-Vollversammlung nimmt zwei Resolutionen an. Die eine sieht Maßnahmen zur Erleichterung der durch Israels Aggression verursachten Leiden der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen aus den arabischen Ländern vor, die andere ruft Israel auf, alle Maßnahmen zur Änderung des Status von Jerusalem rückgängig zu machen, und empfiehlt, von allen Handlungen abzusehen, die den Status der Stadt verändern könnten.

5. In Moskau beginnen die V. Internationalen Filmfestspiele.



● Auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung trifft Ahmadou Ahidjo, Präsident der Bundesrepublik Kamerun, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein.

● Die Sondertagung der UNO-Vollversammlung unterbricht ihre Arbeit für eine Woche, damit die Delegierten ihre Konsultationen über eine Entscheidung fortsetzen können, die die Beseitigung der Folgen der Aggression Israels im Vorderen Orient betrifft.

● In Kongo (Kinshasa) setzen zwei Flugzeuge einen Trupp weißer Söldner ab, die den Flugplatz von Kisangani besetzen. In Bukavu bilden weiße Siedler Militärtruppen, die die Positionen der kongolesischen Armee angreifen. Im Zusammenhang mit der neuen imperialistischen Aggression verhängt Präsident Mobutu den Ausnahmezustand über das ganze Land.

6 Der UNO-Sicherheitsrat tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Beschwerde der Republik Kongo (Kinshasa) über die be-

waffnete Intervention in Kongo zu erörtern.

6.—9. In Stockholm (Schweden) tagt eine Weltkonferenz über Vietnam, an der Vertreter von mehr als 60 Ländern und von 22 Friedensorganisationen teilnehmen.

7. Auf Einladung des Obersten Sowjets der UdSSR trifft eine Delegation der Nationalversammlung der Republik Kongo (Brazzaville) zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. An der Spitze der Delegation steht André-Georges Mouyabi, Vorsitzender der Nationalversammlung.

8. Der nigerianische Oberbefehlshaber Gowon erteilt seinen Streitkräften den Befehl, in das Ostgebiet Nigerias einzumarschieren, um das Ojukwu-Regime zu beseitigen.

9. Houari Boumédiène, Vorsitzender des Revolutionsrats Algeriens, trifft in Kairo ein, um mit Präsident Nasser die Lage im Vorderen Orient zu besprechen.

10. J. Mobutu, Präsident von Kongo (Kinshasa), teilt mit, daß die kongolesische Nationalarmee Bukavu und Kindu völlig befreit hat und einen Großteil von Kisangani kontrolliert, wo nur noch der Flugplatz von den weißen Söldnern besetzt ist.

● Zu Verhandlungen mit Präsident Nasser und H. Boumédiène trifft in Kairo König Hussein von Jordanien ein.

Redaktion: Moskau K-6,

Maly Putinkowski

pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA

Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker

Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow, M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

